



«ICH BIN ANFÜHRER*IN DER REVOLUTION»

AUFBRUCH UND

SOZIALE PROTESTE

IN WESTASIEN

Impressum

Erstellt mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Für diese Publikation ist allein die Herausgeberin verantwortlich. Die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt des Zuwendungsgebers wieder.

Für ihre Beiträge sind allein die Autor*innen verantwortlich. Die Inhalte entsprechen nicht zwingend den Positionen der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Redaktionsteam: Katja Hermann (V.i.S.d.P.), Astrid Fischer (Konzeption), Juliane Drückler

Lektorat (Dossier-Texte): Harald Etzbach

Gestaltung und Druck: Hinkelsteindruck

ISBN 978-3-948250-23-2

© 2020 Rosa-Luxemburg-Stiftung

Alle Rechte vorbehalten.

Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS)

Zentrum für Internationalen Dialog und Zusammenarbeit

Referat Westasien

Straße der Pariser Kommune 8a

10243 Berlin

Bildnachweis:

Fotos Titel, S. 2-3, S. 14-15, S. 46-47: Lilian Mauthofer

Fotostrecke (S. 62-81): Lilian Mauthofer und Dayna Ash

Foto (S. 84-85): Joud Hassan

Inhalt

«Ich bin Anführer*in der Revolution» – Stimmen aus dem Herbst 2019 und dem Jahr danach (Astrid Fischer).....	5
Der unvollendete «arabische Frühling» (Harald Etzbach).....	9
I. Verortung: Linke Perspektiven	17
I.I. Solidarität und politische Teilhabe.....	17
Vom Libanon bis zum Irak, von Bagdad nach Beirut... es ist eine Revolution (Ansar Jasim, Sami Adnan).....	17
«Many friends in the mountains» (Schluwa Sama)	21
Gleichberechtigung beginnt im Kopf (Norma Musih).....	24
I.II Strukturelle Ausbeutung und Gewalt	29
Die libanesische Revolution: Ohne die Hausangestellten (Banchi Yimer)	29
Ahlams Schreie – Es gibt keine Freiheit ohne die Freiheit der Frauen (Hanna Al-Taheer).....	32
I.III (Ohn)Macht und staatliches Versagen	35
Was Gaza mit München gemeinsam hat (Clemens Messerschmid)	35
Problematischer «Wiederaufbau» in Syrien (Harald Etzbach)	38
Die kurdische Frage als Klassenfrage (Schluwa Sama, Ardalan Bastani).....	41
II. Bewegung: Proteste, Aufbruch und Widerstand	49
II.I Forderungen im öffentlichen Raum.....	49
«Neue Wege, um miteinander in Beziehung zu treten» (Miriam Younes, Lara Bitar).....	49
Der Streik der Lehrer*innen in Jordanien 2019 (Hanna Al-Taheer).....	52
Trauer, Stolz und eine Geschichte, die noch nicht zu Ende geschrieben ist (Schluwa Sama)	56
II.II Kunst und Auseinandersetzung	59
«Kunst ist Widerstand gegen die Tötungsmaschinerie» (Anna-Theresa Bachmann, Saeed Al-Batal)	59
Fotoreportage: Das Dasein in Echtzeit und jenseits der Realität (Lilian Mauthofer, Dayna Ash)	62
«Unsere Zeit kommt wieder, wenn sich die Machthaber sicher fühlen» (Mareike Transfeld, Abdulsalam Al-Rubaidi)	82
III. Ausblick: Reflexionen zu Europa	86
«Satire ist ein gutes Mittel...» (Daniel Walter, Karl Sharro)	86
«Die internationale Hilfe greift zu kurz» (Anna-Theresa Bachmann, Karin Mlodoch).....	89
«Wir müssen Politiken für eine gemeinsame Zukunft formulieren» (Gamze Kafar, Neşe Özgen)	92
Die Arbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Westasien (Katja Hermann).....	96



«Ich bin Anführer*in der Revolution»

Stimmen aus dem Herbst 2019 und dem Jahr danach - eine Einleitung

Astrid Fischer

Seit Oktober 2019 kommt es im Libanon und im Irak zu Massenprotesten - und auch in anderen Ländern Westasiens¹ finden immer wieder Demonstrationen statt. Ungeachtet unterschiedlicher Ansätze, Entwicklungen und Akteure - gemeinsam ist den Bewegungen und Initiativen der Wille nach gesellschaftlichen Veränderungen, gerechten ökonomischen Verhältnissen und politischem Wandel. Die hier vorliegende Sammlung von Interviews, Kurzanalysen und Berichten ist der Versuch, die Vielschichtigkeit dieser breiten Protestbewegungen zu zeigen und ihre lautstarken Forderungen nach Veränderung möglichst authentisch zu übersetzen.²

Demonstrationen, soziale Proteste oder Revolution?

Nicht zuletzt bei der Erstellung dieser Publikation wurde die Frage, inwieweit man bei den Protestbewegungen von Revolutionen sprechen könne, kontrovers diskutiert. So wird der Herbst 2019 im Libanon häufig als «Oktoberrevolution» bezeichnet und auch die Protestierenden im Irak sprechen von einer Revolution. Ausschlaggebend aus ihrer Sicht ist dabei die breite, landesweite Unterstützung der Proteste vieler, sehr unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen. Diese neue Einheit

steht in krassem Widerspruch zu der klientelistischen Politik entlang konfessioneller Trennlinien der letzten Jahre und Jahrzehnte - in dem Sinne also eine revolutionäre Entwicklung. Gefordert wird nicht nur der Rücktritt einer Regierung (was sowohl im Libanon, als auch im Irak zunächst gelang). Vielmehr geht es hier um langfristige Veränderungen wie den radikalen Umbau des politischen Systems und gesellschaftlichen Wandel. Angesichts gewaltsamer Repressionen und pandemie-bedingter Beschränkungen stellt sich allerdings die Frage, wie konsequent Forderungen nach einem politischen Umsturz, radikalen Änderungen der ökonomischen Machtstrukturen und/oder einem Ende kultureller Bevormundung tatsächlich aufrechterhalten werden (können). In diesem Sinne handelt es sich eher um revolutionäre Prozesse als um ein fertiges Ergebnis.

Gleichzeitig spiegelt der Revolutionsbegriff hier das Selbstverständnis der Menschen wider, die vor Ort auf die Straße gehen. Und, indem sie «der Revolution» zumindest vorübergehend absolute Priorität einräumen, verfolgen sie quasi auch einen «revolutionären» Lebensstil und entsprechende Ziele wie die Besetzung des öffentlichen Raums, einen offenen Dialog ohne Hierarchien, ein solidarisches Miteinander, etc.

In diesem Zusammenhang kann auch einer der wohl bekanntesten Sprechchöre der Massenproteste im Libanon «*Ich bin Anführer*in der Revolution*» verstanden werden, reflektiert dieser doch deutlich das Selbstverständnis der Demonstrierenden wider, niemandem hinterherzurrennen, sondern selbst die Entwicklung voranzutreiben. Gleichzeitig zeigt sich hier aber auch ein Anspruch an die Außenwelt – an uns, als Beobachtende: Sucht nicht einzelne Held*innen oder Sprecher*innen, die in unserem Namen agieren – wir alle, jede und jeder Einzelne weiß, warum wir protestieren und was auf dem Spiel steht.

1 Westasien ist die geografische Bezeichnung der Region, die sich mittlerweile auch international immer weiter durchsetzt, während der Begriff Naher/Mittlerer Osten eine eurozentrische Perspektive nahelegt. Auch das für diese Publikation verantwortliche Referat der RLS trägt den Namen Westasien-Referat.

2 Auch wenn wir uns bei der Auswahl der Beiträge um eine möglichst breit angelegte Darstellung verschiedener linker Proteste, Akteure und Aktionsformen bemüht haben, zeigt diese Sammlung nur Ausschnitte. So fehlen beispielsweise Beiträge über Proteste und Initiativen von LGBTQ-Aktivist*innen; auch konnte auf Entwicklungen in einigen Ländern (z.B. Saudi-Arabien oder Golfstaaten) nicht eingegangen werden.

Wie also lassen sich Protest und soziale Bewegung in dieser Vielfalt darstellen? Welche Bilder werden den verschiedenen Akteuren und Initiativen gerecht, ohne andere unmittelbar auszublenden? Zu nennen sind in diesem Zusammenhang v.a. die kleineren emanzipatorischen Aufbrüche und Initiativen, wie ein Gewerkschaftsstreik in Jordanien, öffentliche Proteste gegen häusliche Gewalt oder künstlerische Formen des Widerstands. Diese mögen für sich nicht den Begriff Revolution in Anspruch nehmen, sind politisch aber dennoch relevant. Daher haben sie hier, wie bereits im Online-Dossier, ihren Platz gefunden.

Hintergrund und Aufbau der Publikation

Die vorliegende Publikation ist eine Auswahl von Beiträgen, die weitgehend 2019/2020 entstanden sind und von der Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) in ihrem [Westasien-Dossier](#) online veröffentlicht wurden. Ziel des Dossiers ist es, «... hinter die Schlagzeilen und Stereotype zu blicken und alternative Perspektiven vorzustellen, also Diskussionen um emanzipatorische Ansätze für Veränderungen abzubilden...»³. Diese Veröffentlichung stellt nun einige der Beiträge vor, die über einen reinen Problemaufriss hinausgehen und progressive Ansätze und Impulse darstellen, über die es sich lohnt, mehr zu erfahren.⁴ Dabei ging es uns nicht darum, möglichst viele Entwicklungen in der Region abzubilden, sondern darum, Schlaglichter zu setzen, Sichtgewohnheiten zu verlassen und zum Nach- bzw. Weiterdenken anzuregen.

Nicht zum ersten Mal gehen Menschen in der Region auf die Straße, um gegen Missstände oder korrupte Eliten zu demonstrieren. Der Historiker Harald Eitzbach bezieht sich in seinem einleitenden Beitrag daher auf den «arabischen Frühling» zehn Jahre zuvor, stellt Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Aufständen her und zeigt die Prozesshaftigkeit der gesellschaftlichen und politischen Widerstände.

Der Hauptteil der Publikation gliedert sich in drei Bereiche:

Verortung will einige der Hintergründe sozialer Proteste in der Region beleuchten und stellt progressive Ansichten zu *Solidarität und Teilhabe* neben die Stimmen linker Aktivist*innen und kritischer Beobachter*innen zu *Ausbeutung und Gewalt*, sowie zu *(Ohn)macht und staatlichem Versagen*.

Bewegung versucht, die Dynamiken einzelner emanzipatorischer Proteste wiederzugeben und konzentriert sich dabei auf Aktionen im öffentlichen Raum sowie auf Beispiele künstlerischer Formen von Widerstand.

Ausblick beschäftigt sich mit Rolle und Einfluss Europas in der bzw. auf die Region und formuliert Erwartungen an Sicht- und Politikwechsel, Prioritäten und Nachhaltigkeit von Entwicklungszusammenarbeit sowie den Umgang mit Geflüchteten.

Die hier abgedruckten Interviews lassen Aktivist*innen vor Ort direkt zu Wort kommen und spiegeln deren Hoffnung auf Veränderungen wider. Auch die Fotoarbeit von Lilian Mauthofer und Dayna Ash *Das Dasein in Echtzeit und jenseits der Realität*⁵ setzt sich in ausdrucksstarken Portraits mit den Hoffnungen und Träumen junger Libanes*innen auseinander. In direkter Reaktion auf die Explosion im Hafen von Beirut am 4. August 2020 wird hier u.a. die Rolle von Diaspora thematisiert.

Danke!

Wir möchten uns bei den Aktivist*innen und Gesprächspartner*innen in Westasien und anderswo bedanken, die ihre Zeit, Gedanken und Aufmerksamkeit zur Verfügung gestellt haben und ohne die das Westasien-Dossier heute kaum die Resource und Inspiration wäre, die es ist. Einen besonderen Anteil daran haben die Autor*innen, die erste Ideen in passende Worte und Fragen packten und diese mit Sorgfalt und Sachverstand zu den nun vorliegenden Interviews, fundierten Beiträgen und Analysen ausgearbeitet haben.

Besonderer Dank gilt dabei Harald Eitzbach für seine redaktionelle Begleitung und das Lektorat der Dossier-Texte, Juliane Drückler und Katja Hermann für ihre Arbeit in der Dossier-Redaktion und den Kolleg*innen im Westasien-Referat und den Regional-Büros der RLS für wertvolle Impulse sowie ihre kompetente Unterstützung.

Dieses Heft wäre nicht ohne Unterstützung und Vermittlung weiterer Sachkundiger entstanden, konkret:

Sprachlich - ich möchte mich, auch im Namen der RLS, besonders bei den Übersetzer*innen bedanken, die häufig unter Zeitdruck das nötige Gespür an den Tag legten, die Beiträge informativ und lesenswert zu machen.

Visuell - es war großartig, die wunderbaren Bilder der Proteste, Großdemonstrationen und einzelner Aktionen zu sehen. Auch wenn sich nun doch nur wenige Fotos in der Publikation wiederfinden, gilt mein besonderer Dank allen Fotograf*innen, auf deren Arbeiten wir hier zurückgreifen konnten.

Technisch – es ist immer ein besonderer Moment, wenn aus digitalen Daten ein Heft zum Durchblättern und Lesen wird - vielen Dank an alle Kolleg*in-

nen bei Hinkelsteindruck für die sachkundige Unterstützung, fachliche Beratung und Umsetzung.

Öffentlich – ein besonderer Dank an Erwin Heil und die Kolleg*innen aus der Online-Redaktion der RLS für ihren Sachverstand und die Kreativität, mit denen sie die Inhalte unserer Arbeit regelmäßig veröffentlichen.

Dieses Heft handelt von Aufbruch – daher gilt mein persönlicher Dank den wunderbaren Menschen, die mich im letzten Jahr dabei unterstützt haben.

Berlin, den 6. November 2020

Astrid Fischer ist Politikwissenschaftlerin und hat für das Westasien-Referat der Rosa-Luxemburg-Stiftung die hier vorliegende Publikation konzipiert und redaktionell betreut.

³ Alle Beiträge unter: <https://www.rosalux.de/dossiers/westasien>; weitere Informationen zur Arbeit der RLS in Westasien finden sich am Ende dieser Publikation.

⁴ Diese wurden für die Printfassung redaktionell gesichtet und entsprechend angepasst.

⁵ Der englische Originaltext *To exist within real-time and outside of reality* findet sich im Westasien-Dossier online.

Der unvollendete «arabische Frühling»

Zehn Jahre Aufstands- und Protestbewegungen in Westasien und Nordafrika – ein Überblick

Harald Etzbach

«*Ash-shab yurid isqat an-nizam*» – das Volk will den Sturz des Regimes war die zentrale Parole jener politischen Bewegung, die Ende 2010 als «arabischer Frühling»¹ zunächst Tunesien, dann Ägypten und schließlich weitere Länder Nordafrikas und Westasiens erfasste. Dazu gehörten neben den beiden genannten im Wesentlichen Syrien, Bahrain, Libyen und der Jemen; in vielen anderen Ländern wie Jordanien, Marokko oder dem Oman fanden kleinere Proteste statt. In Tunesien war es die Selbstverbrennung des Straßenhändlers Mohamed Bouazizi, die die Proteste gegen die Regierung auslöste. Bouazizi hatte seine Verzweiflungstat nach einer Reihe von Willkürmaßnahmen durch die Polizei begangen. Die Demonstrationen, die im Laufe der nächsten Wochen überall im Land stattfanden, weiteten sich rasch zu einer wirklichen Aufstandsbewegung aus, und relativ schnell stürzte dann tatsächlich das erste Regime: Mitte Januar 2011 verließ der autokratisch regierende Präsident Zine el-Abidine Ben Ali das Land in Richtung Saudi-Arabien.

¹ Drei Anmerkungen zur Begrifflichkeit: 1. Die Verwendung der eingängigen Formulierung «arabischer Frühling» soll nicht suggerieren, dass es sich bei den Bewegungen, die 2010/2011 in Westasien und Nordafrika begannen, um ein Phänomen von kurzer Dauer handelt. Vielmehr sollte bei der Lektüre des Textes deutlich werden, dass sie Ausdruck eines langfristigen Prozesses sind. 2. Der Fokus des Textes liegt auf den arabischen Ländern. Dabei ist klar, dass es in Westasien und Nordafrika auch nicht-arabische Staaten und Gemeinschaften gibt. «Arabisch» ist zudem nicht in einem ethnischen Sinne gemeint, sondern im Sinne von «arabischsprachig». 3. Der Begriff «Revolution» wurde in diesem Text verwendet, da er auch von den Akteur*innen selbst verwendet wird. Ob es sich bei den Prozessen von 2010/11 und den Folgejahren tatsächlich um Revolutionen handelt, bleibt Gegenstand der Debatte.

Am 25. Januar begannen die Proteste in Ägypten, ab Anfang Februar wurden sie von Streiks begleitet, an denen sich Hunderttausende von Arbeiter*innen beteiligten. Bis zum Sturz des Regimes dauerte es diesmal nur gut zwei Wochen: Am 11. Februar 2011 trat Staatschef Husni Mubarak zurück, ein Militärrat übernahm die Regierungsgeschäfte.

In Bahrain gelang der Regimesturz nicht. Hier wurde der revolutionäre Prozess von außen erstickt, als Mitte März saudische Truppen in das Land einmarschierten und kurz darauf im Verein mit der bahrainischen Armee mit brutaler Gewalt gegen oppositionelle Demonstrant*innen vorgingen.

Im Jemen und in Libyen gelang es zwar, die jeweiligen Machthaber zu stürzen, die Aufstandsbewegungen mündeten jedoch in Bürgerkriege, bei denen sich in wechselnden Bündnissen Teile der alten Regime mit opportunistischen Gruppen der Aufstandsbewegung verbanden. Die beiden bis heute anhaltenden Konflikte sind zudem verbunden mit massiven internationalen Interventionen.

Die größte Tragödie des «arabischen Frühlings» ereignete sich in Syrien. Inspiriert von den Ereignissen in Tunesien und Ägypten hofften die Menschen hier, das Regime des damals bereits über 40 Jahre herrschenden Assad-Clans zumindest zu politischen und sozialen Reformen bewegen zu können. Tatsächlich stellte die Bewegung die Legitimität des Systems zunächst nicht infrage. Lokaler Auslöser der Proteste war die Verhaftung von Kindern in der südsyrischen Stadt Daraa. Nach verhaltenen Anfängen kam es im Laufe des Som-

mers 2011 zu großen Demonstrationen in Städten wie Homs und Hama. Das Regime reagierte mit brutaler Härte und setzte die Armee gegen die Demonstrant*innen ein, mehrere Hundert Menschen wurden bereits in den ersten Monaten der Protestbewegung getötet.

Blockierte Entwicklung und (neo)-patrimonialer Staat

Die revolutionären Bewegungen in Westasien und Nordafrika ab 2010 waren der Ausdruck einer tiefen Krise und einer Blockierung der politischen und ökonomischen Entwicklung.² Besonders betroffen davon waren junge Menschen; sie waren es auch, die die Bewegung trugen und das Bild der vielen Proteste und Demonstrationen prägten. Auch Frauen spielten und spielen dabei eine herausragende Rolle.

Nordafrika und Westasien weisen eine der höchsten Raten von Jugendarbeitslosigkeit weltweit auf. So ist es möglicherweise kein Zufall, dass die Bewegungen des «arabischen Frühlings» gerade in Tunesien ihren Ausgang nahmen. In dem nordafrikanischen Land gibt es selbst im Vergleich zu anderen Ländern der Region eine ausgesprochen hohe Arbeitslosigkeit der Generation zwischen 15 und 29 Jahren (27,5 Prozent 2010 und 40 Prozent 2011).³ Zugleich verfügen viele junge Menschen über einen hohen Bildungsgrad, wie zum Beispiel Universitätsabschlüsse.

Eine wichtige Rolle spielen in diesem Zusammenhang auch die neuen Informationstechnologien, soziale Netzwerke etc., die von der jungen Generation in großem Umfang für die Mobilisierung genutzt wurden. Videos von Demonstrationen und andere Nachrichten konnten sich so wie ein Lauffeuer in der gesamten Region verbreiten.

Die Unfähigkeit der Volkswirtschaften der arabischen Staaten, für eine wachsende Zahl junger Menschen einigermaßen adäquate Arbeitsplätze zu schaffen, ist auf die spätestens seit Mitte der achtziger Jahre des letzten Jahrhunderts niedrigen Wachstums- und Investitionsraten zurückzuführen – eine Folge des Verfalls und der

anschließenden Stagnation des Weltmarktpreises für Öl.

In den siebziger Jahren hatte der Ölboom hohe Wachstumsraten garantiert. Davon profitierten auch jene Länder der Region, die keine Erdölproduzenten waren – unmittelbar durch zwischenstaatliche Finanztransfers oder mittelbar durch Arbeitsmigration. Allerdings fand keine Diversifizierung der wirtschaftlichen Strukturen statt. Die Einnahmen aus dem Ölgeschäft flossen hauptsächlich in den Dienstleistungssektor oder in hochspekulative Bereiche wie die Immobilienwirtschaft.

Verschärft wurde diese Entwicklung durch die neoliberalen Strukturanpassungsprogramme der neunziger Jahre. Das neoliberale Dogma der Privatisierung staatlicher Betriebe, der Kürzung von Sozialleistungen und des Primats von Privatwirtschaft und Freihandel hatte in den Ländern Nordafrikas und Westasiens besonders fatale Folgen. Es gibt keine klare Trennung zwischen «öffentlich» und «privat», Korruption und Nepotismus führten regelmäßig dazu, dass z.B. privatisierte Betriebe von Personen übernommen wurden, die in enger politischer und/oder verwandtschaftlicher Beziehung zu den politisch herrschenden Eliten stehen.⁴

Wesentliche Ursache hierfür ist eine spezifische Ausprägung von Staatlichkeit, die man in Anlehnung an Max Webers Herrschaftstypologie als patrimonial oder neopatrimonial bezeichnen kann. Ein patrimonialer Staat befindet sich gewissermaßen «im Besitz» der herrschenden Familie. Es gibt keine Trennung von Staatsapparat und Herrscherfamilie, die Streitkräfte funktionieren als «Privatarmee». Die Monarchien der Region gehören in diese Kategorie, aber ebenso einige nominelle Republiken wie der Irak unter Saddam Hussein, Libyen oder Syrien.⁵

Neopatrimoniale Staaten zeichnen sich demgegenüber durch eine gewisse Autonomie staatli-

4 Ein besonders markantes Beispiel hierfür ist Rami Makhlouf, ein Cousin des syrischen Präsidenten Baschar al-Assad, der über ein weit gefächertes Netzwerk vor dem Krieg bis zu 60 Prozent der syrischen Wirtschaft kontrollierte, vgl. Lina Saigol, Assad cousin accused of favouring family, in: Financial Times, 21. April 2011. <https://www.ft.com/content/e29a73f8-6b78-11e0-a53e-00144fea-b49a>.

5 Zur Herausbildung des patrimonialen Staates am Beispiel Syriens vgl. Joseph Daher, Syria after the Uprisings. The Political Economy of State Resilience, London 2019, S. 1–37.

cher Institutionen aus. Beispiele sind Algerien, Ägypten oder der Sudan. In diesen drei Ländern ist zudem die Armee der zentrale Machtfaktor, was erklärt, dass in diesen Fällen der jeweilige Präsident relativ leicht gestürzt und durch eine andere Person ersetzt werden konnte, da die Armee die Kontinuität des bestehenden Systems garantiert. In vollständig patrimonialen Staaten ist dies so nicht möglich, da mit der Person des «Herrschers» (egal, ob König, Emir oder Präsident) unmittelbar der gesamte Staat infrage gestellt ist. Wozu ein solcher Staat, der sich in seiner Existenz bedroht sieht, in der Lage ist, haben in den letzten Jahren insbesondere die syrischen Aktivist*innen erfahren müssen.

Arabischer Thermidor

Ungefähr ab dem Jahr 2013 kam der revolutionäre Prozess zum Erliegen, eine Welle reaktionärer Restauration erfasste die Region. Diejenigen Kräfte, die die Protestbewegungen initiiert hatten – die Jugend, Arbeiter*innen, Intellektuelle –, waren politisch und organisatorisch nicht in der Lage, im revolutionären Prozess eine Führungsrolle zu übernehmen. Andere Kräfte mit eigenen Zielvorstellungen schlossen sich der Bewegung an und übernahmen schließlich die Führung, insbesondere galt dies für Organisationen, die der Muslimbruderschaft nahestehen. Die Ende der zwanziger Jahre in Ägypten gegründete islamistische Organisation hat Ableger in vielen arabischen Ländern und stand dort oftmals in Opposition zu den herrschenden Regimen. Diese Entwicklung führte zu einer zunehmenden Marginalisierung der fortschrittlichen Kräfte.

In Ägypten wurde die politische Arena zunehmend von einer Auseinandersetzung zwischen Vertreter*innen des alten Regimes auf der einen und Anhänger*innen der Muslimbrüder auf der anderen Seite beherrscht. Diese Situation verschärfte sich, als im Juni 2012 Mohammed Mursi von der Freiheits- und Gerechtigkeitspartei (eine Gründung der Muslimbruderschaft) zum Präsidenten gewählt wurde. Mursis zunehmend autoritäre Tendenzen, aber auch die desolote Wirtschaftslage führten zu neuen Protesten und Demonstrationen. Am 3. Juli 2013 putschte das Militär unter Führung des Militärratschefs Abd al-Fattah Al-Sisi. Al-Sisi, der knapp ein Jahr später zum Präsidenten gewählt wurde, hat seitdem ein Regime etabliert, das an Brutalität und Unterdrückung weit über seine Vorgänger hinausgeht. Ökonomisch setzt die Al-Sisi-Regierung kon-

sequent die Forderungen des Internationalen Währungsfonds um, was zu einer weiteren Verarmung großer Teile der Bevölkerung geführt hat.⁶

In Syrien reagierte das Regime von Anfang an mit gnadenloser Härte und setzte die Armee und seine berüchtigten Geheimdienste gegen friedliche Demonstrant*innen ein. Als Antwort darauf bildete sich aus Zivilist*innen und desertierten Soldaten die Freie Syrische Armee (FSA), der es zunächst tatsächlich gelang, die Armee des Regimes aus Teilen des Landes zu vertreiben – u.a. aus Aleppo, der zweitgrößten Stadt Syriens. Der Mangel an finanzieller und militärischer Unterstützung sowie das Fehlen einer einheitlichen militärischen und politischen Führung schwächten die FSA jedoch nachhaltig. An ihre Stelle traten vielfach islamisch geprägte Milizen, die von Saudi-Arabien und den Golfstaaten finanziert wurden.

Auf der anderen Seite erhielt das Assad-Regime ab 2013 Unterstützung von der libanesischen Hisbollah und dann auch unmittelbar von den iranischen Revolutionsgarden. Zugleich fand ein gnadenloser Krieg gegen die Zivilbevölkerung statt, bei dem Fassbomben und Chemiewaffen zum Einsatz kamen. Diese Politik der verbrannten Erde wurde fortgesetzt, als ab 2015 auch Russland auf der Seite des Regimes in den Krieg eintrat. Russische Kampfbomber bombardierten in der Folgezeit nicht nur oppositionelle Milizen, sondern auch Schulen und Krankenhäuser. Eine besondere Situation entstand im Nordosten des Landes, wo es der kurdisch dominierten Verwaltung mit einer Politik wechselnder Bündnisse gelang, eine Art Autonomiegebiet zu errichten. Heute sind etwa 13 Millionen Syrer*innen auf der Flucht, die Hälfte davon sind Binnenflüchtlinge. Die Zahl der Toten wird zwischen 400.000 und knapp 600.000 geschätzt.

In Tunesien kam es nach 2010/11 tatsächlich formal zu einer politischen Demokratisierung. Eine wichtige Rolle spielte hierbei der Gewerkschaftsdachverband UGTT (*Union Générale Tunisienne du Travail*). Nachdem die nach der Revolution gebildete Verfassungsgebende Versammlung im Dezember 2014 ihre Arbeit beendet hatte, wechselten einige mehr oder weniger kurzlebige Regierungen aus Islamisten, Vertreter*innen des alten Regimes und Technokrat*innen einander ab. Teile der Opposition, darunter auch die UGTT, wurden kooptiert.

6 Vgl. Amr Khafagy Celebrating poverty: the IMF in Egypt, in: Open Democracy, 15. November 2019 <https://www.opendemocracy.net/en/oureconomy/celebrating-poverty-imf-egypt/>.

2 Vgl. Gilbert Achcar, Le peuple veut. Une exploration radicale du soulèvement arabe, Paris, Sindbad, Actes Sud, 2013, S. 23–62 u. 63–114.

3 International Labour Office (ILO): Youth Unemployment and Migration. Country Brief: Tunisia. https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed_emp/---ed_emp_msu/documents/publication/wcms_219632.pdf.

Der IWF hat Tunesien ein striktes Sparprogramm auferlegt, 2019 waren über 36 Prozent der jungen Tunesier*innen arbeitslos.⁷ Fast scheint es so, als sei das Land nach zehn Jahren wieder an den Ausgangspunkt von 2010 zurückgekehrt.

Die zweite Welle: revolutionäre Bewegungen ab 2018

Revolutionäre Prozesse setzen sich fort, solange die ihnen zugrundeliegenden Widersprüche fortbestehen.

Daher ist es kaum verwunderlich, dass im Dezember 2018 mit dem sudanesischen Aufstand in Westasien und Nordafrika eine zweite Welle der revolutionären Erhebungen begann. Bereits im Juni desselben Jahres war – international wenig beachtet – die jordanische Regierung nach Protesten gegen die von ihr verhängten Sparmaßnahmen zurückgetreten. Es folgten im Februar 2019 der algerische Aufstand und seit Oktober 2019 massive soziale und politische Proteste im Irak und im Libanon. Auswirkungen dieser Aufstände waren in vielen Ländern der Region zu spüren. So organisierte zum Beispiel in Marokko der *Front social marocain* (FSM), ein Zusammenschluss linker Parteien und Gewerkschaften, im Februar 2020 mehrere große Demonstrationen, auf denen die Freilassung von politischen Gefangenen und soziale Verbesserungen gefordert wurden.⁸ Und auch in Ägypten kam es trotz massiver Repression im Herbst 2019 in verschiedenen Städten zu Protesten mit mehreren Tausend Teilnehmer*innen.

Die zweite Welle unterscheidet sich jedoch von der ersten. Einer der auffälligsten Unterschiede ist, dass islamistische Bewegungen diesmal so gut wie keine Rolle in der Protestbewegung spielen. Dies liegt schlicht daran, dass Islamisten überall Teil der bekämpften Regime waren oder eng mit ihnen kooperierten. So war das Regime von Omar al-Baschir im Sudan eine Mischung aus Militärdiktatur und islamistischer Herrschaft. In Algerien hatte die Partei der Muslimbruderschaft, der *Mouvement de la société pour la paix*, lange Zeit die Regierung von Abdelaziz Bouteflika in einem «präsidentiellen Block» unterstützt. Und im Irak und im Libanon waren islamistische Kräfte – diesmal in der schiitischen Variante – wesentliche Bestandteile der jeweiligen Regierung.

7 Tunisia: Youth unemployment rate from 1999 to 2019 <https://www.statista.com/statistics/813115/youth-unemployment-rate-in-tunisia/>.

8 Jules Crétois, Maroc: le « Front social », c'est quoi?, in: Jeune Afrique, 26. Februar 2020 <https://www.jeuneafrique.com/901319/politique/maroc-le-front-social-cest-quoi/>.

Die Forderungen und Themen dieser neuen Protestwellen revolutionärer Bewegungen jedoch unterscheiden sich nicht wesentlich von jenen der Jahre 2010/11. Nach wie vor geht es um Demokratie und soziale Gerechtigkeit. Allerdings haben die Protagonist*innen der Bewegung auch Lernprozesse durchlaufen. Insbesondere Fragen der (Selbst-)Organisation der Bewegungen spielen dabei immer wieder eine wichtige Rolle.

Von großer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang die Entwicklung im Sudan. Im Unterschied zu anderen arabischen Ländern (abgesehen von Tunesien mit der UGTT) hat die Bewegung hier eine Führung in Form der *Sudanese Professionals Association* (SPA). Allerdings ist die SPA nicht eine Führung im Sinne einer Partei, sondern ein breites Netzwerk, das einige Jahre im Untergrund existierte und sich mit dem Aufstand vom Dezember 2018 zu einer Vereinigung der Gewerkschaften und Berufsverbände aller Sektoren entwickelte. Zurzeit wird das Land von einem Übergangsrat regiert, in dem Vertreter*innen der Aufstandsbewegung neben dem Militärkommando vertreten sind – eine klassische Situation der Doppelherrschaft, in der sich auf Dauer eine der beiden Seiten gegen die andere durchsetzen wird.

Auf der «Grassroots»-Ebene gibt es zudem unzählige autonome «Widerstandskomitees», in denen Tausende zumeist junge Menschen organisiert sind.

Arabische Revolutionen in Zeiten der Pandemie

Der Ausbruch der COVID-19-Pandemie Anfang 2020 führte zunächst zu einem Stillstand der neuen Massenmobilisierungen – Demonstrationen und Versammlungen auf öffentlichen Plätzen waren nicht mehr möglich. Die autokratischen Regime nutzten dies oftmals zu einem Zurückdrängen der Bewegung und einer weiteren Verschärfung der Repression und der autoritären Kontrolle. So erließ die algerische Regierung im April ein Gesetz, das die Verbreitung von «fake news» verbietet. Dies führte dazu, dass in den letzten Monaten immer wieder Aktivist*innen der Opposition aufgrund von Posts in den sozialen Medien zu längeren Haftstrafen verurteilt wurden. In Ägypten war eine der ersten Reaktionen des Al-Sisi-Regimes die Novellierung des Notstandsgesetzes, das am 22. April in Kraft trat. Die Neufassung erweitert im Wesentlichen die ohnehin schon beträchtlichen Befugnisse des

Militärs, Zivilisten strafrechtlich zu verfolgen. Zudem überträgt sie dem Präsidenten auch das direkte, persönliche Kommando über die Sicherheitskräfte und das Militär, unter Umgehung der bestehenden Kommandostruktur.

Auch das Assad-Regime in Syrien versucht, die Situation für seine Zwecke zu nutzen, indem es die Lieferung medizinischer und anderer Hilfsgüter in Regionen, die nicht unter seiner unmittelbaren Kontrolle stehen, verhindert. Auf der anderen Seite kontrolliert es den Strom internationaler Hilfsleistungen in Regierungsgebiete.

Die ökonomischen Auswirkungen der Pandemie in der Region werden massiv sein: Der Internationale Währungsfonds (IWF) schätzt, dass das Bruttosozialprodukt in den Ländern Westasiens im Jahr 2020 um 4,7 Prozent schrumpfen wird.⁹ In einigen Ländern, wie etwa dem Irak oder dem Libanon, wird der Rückgang noch bedeutender sein.¹⁰ Auslandsüberweisungen, die in vielen Ländern eine wichtige Rolle bei der Stützung der nationalen Wirtschaft spielen, werden nach Berechnungen der Weltbank als Folge der internationalen ökonomischen Krise sogar bis zu 20 Prozent zurückgehen.¹¹ Wie wenig sich die grundlegenden sozio-ökonomischen Probleme der Region gelöst (und sich im Gegenteil durch die Pandemie noch verstärkt) haben, zeigt sich daran, dass 15 Prozent der dort lebenden 18-24-Jährigen aktiv versuchen zu emigrieren, weitere 27 Prozent haben dies zumindest bereits einmal erwogen.¹²

9 International Monetary Fund, World Economic Outlook Update, June 2020. A Crisis Like No Other, An Uncertain Recovery <https://www.imf.org/en/Publications/WEO/Issues/2020/06/24/WEOUpdateJune2020>; in der Studie sind die Zahlen für West- und Zentralasien zusammengefasst.

10 Joelle M. Abi-Rached/ Ishac Diwan, The Socioeconomic Impact of COVID-19 on Lebanon: A Crisis Within Crises, Juni 2020 <https://www.euromesco.net/publication/the-socioeconomic-impact-of-covid-19-on-lebanon-a-crisis-within-crises/>; United Nations Development Programme (UNDP), Impact of Covid-19 on the Iraqi Economy, 6. Oktober 2020 <https://www.iq.undp.org/content/iraq/en/home/library/Stabilization/impact-of-covid-19-on-the-iraqi-economy.html>.

11 COVID-19 Crisis Through a Migration Lens. Migration and Development Brief 32, April 2020 [http://documents1.worldbank.org/curated/en/989721587512418006/pdf/COVID-19-Crisis-Through-a-Migration-Lens.pdf].

12 Young Arabs look to emigrate as pandemic wrecks economies, in: Financial Times, 6. Oktober 2020 <https://www.ft.com/content/349a60db-6b12-4210-a2f1-019b3e38c280>.

Die Orientierung auf individuelle «Lösungen» kann – vor allem, wenn sie mit einem Gefühl der politischen Enttäuschung verbunden ist – zur Schwächung von Bewegungen führen. Zugleich gibt es in der jungen Generation jedoch auch eine große Unterstützung für die Protestbewegungen, viele sind der Überzeugung, dass die Proteste sich auch in naher Zukunft fortsetzen werden. Man kann daher davon ausgehen, dass die Pandemie nur zu einem Aussetzen der Bewegung, nicht aber zu ihrem Ende führen wird.

Die «longue durée» der arabischen Revolutionen

Die Zukunft der Region liegt im Ungewissen, neue regionale und internationale Konstellationen sind entstanden, deren Auswirkungen sich noch nicht abschätzen lassen, und es gibt mehr Grund zur Besorgnis als zur Euphorie. Viel wird davon abhängen, ob es den revolutionären und emanzipatorischen Kräften gelingt, dauerhafte und demokratisch funktionierende organisatorische Formen für sich zu finden. Zurzeit lässt sich mit Gewissheit nur eins sagen: Der 2010/11 begonnene Prozess ist nicht zu Ende. Die sozialen Widersprüche, die im sogenannten «arabischen Frühling» zum Ausdruck kamen, bestehen fort und werden immer wieder zu Unruhen, Aufständen und revolutionären Erhebungen in der Region führen. Selbst wenn es gelingt, das eine oder andere autokratische Regime abzusetzen, wird dies nicht genügen. Die politische Revolution bleibt ohne eine soziale Revolution immer unvollständig.

Harald Etzbach ist Historiker und Politikwissenschaftler und arbeitet als Übersetzer und Journalist. Er publiziert zu Themen des Nahen Ostens und zur US-amerikanischen Außenpolitik.



I. Verortung: Linke Perspektiven

I.1 Solidarität und politische Teilhabe

Vom Libanon bis zum Irak, von Bagdad nach Beirut... es ist eine Revolution

Ansar Jasim, Sami Adnan

Seit Oktober 2019 ist es im Irak zu Massenprotesten gekommen, die auch viele gesellschaftliche Schichten zusammenbrachten. Ansar Jasim sprach mit dem Aktivist Sami Adnan über die Hintergründe der Proteste.

Ansar Jasim: Seit dem 1. Oktober kommt es in vielen Regionen des Irak zu Massenprotesten. Anders als in der Vergangenheit handelt es sich weder um kleine Gruppen, noch verklang der Protest bisher. Warum halten die Proteste an?

Sami Adnan: Am Anfang war das Motto der Proteste «I go out to take my right». Nachdem der Staat diese Proteste unterdrückt hat und es Tote gab, haben die Leute beschlossen, am 25. Oktober wieder auf die Straße zu gehen, um wieder ihre Rechte einzufordern.

Was ist zwischen dem 1. Oktober und jetzt – Anfang November 2019 – passiert?

Die Proteste hielten eine Zeit lang an und hörten dann auf. Das Leben in Bagdad war wieder einigermaßen normal geworden. In dieser Zeit gab es einen religiösen Feiertag, al-Arba'in¹ - deswegen hörten die Proteste auf. Keiner hat diesen Feiertag für seine politischen Zwecke genutzt. Es gab die Angst, dass es sonst heißen könne, dass der Feiertag eine Rolle gespielt habe und Religion ein Motivationsgrund sei. Der Feiertag war am 20. Oktober und die große Demonstration war dann für

den 25. Oktober angekündigt. Während des Feiertags fanden dann keine Demonstrationen statt.

Die Leute sind sich bewusst, dass sie keine Verbindung zwischen Religion und Politik wollen. Unsere Angelegenheit hat nichts mit Religion zu tun, und wir wollen auch keine religiöse Lösung. Schon abends am 24. Oktober waren die Leute auf den Straßen, und es waren allein 5000 Leute nur in Bagdad auf dem Tahrir-Platz.

Was ist die Strategie bei den jetzigen Protesten im Vergleich zu Anfang Oktober?

Wenn du von oben auf den Tahrir-Platz siehst, dann siehst du, dass die Leute an und in den Gebäuden des Tahrir-Platzes verteilt sind und natürlich auch auf dem Tahrir-Platz selbst. Warum ist das so? Weil die Scharfschützen des Regimes, die auf die Demonstrant*innen geschossen haben, vorher auf den Gebäuden verteilt waren. Also haben die Protestierenden beschlossen, die Gebäude zu besetzen. Nach den Demonstrationen Anfang Oktober und nachdem Bewaffnete in die Wohnviertel eingedrungen waren und Menschen teilweise in ihren Häusern ermordet wurden² haben die Leute beschlossen, sich zu schützen. Die Menschen im Irak haben viel Krieg erlebt. Jeder weiß, wie man eine Waffe benutzt, auch wenn die Leute Gewalt nicht mögen. Nicht jeder hat aber eine Waffe, und es bestand große Angst, dass es noch zu einer weiteren Eskalation kommen würde. Also haben die De-

¹ Schiitischer Feiertag: der 40. Tag nach Aschura, dem Feiertag, an dem des Todes von Imam Hussein in Kerbela (680) gedacht wird.

² Adnan bezieht sich hier auf die Ermordung von Hussein Adel und Sara Madani, Associated Press, 3.10.2019 [Anm. Red.].

monstrant*innen begonnen, kleine Molotow-Cocktails zu bauen, um so zu verhindern, dass jemand in ihr Stadtviertel eindringt.

Gab es eine Organisation für die Demonstration vom 25. Oktober? Oder besteht der Erfolg darin, dass es eine Mobilisierung ohne Mobilisierung gibt?

Es ist wichtig zu verstehen, dass alle Mobilisierungen vom 1. bis zum 25. Oktober völlig spontan entstanden sind. Es gibt keine einzige Partei, die teilgenommen hat. Die Leute haben keine Alternative. Sie sind an einem Punkt angelangt, sich zu fragen, was sie noch tun können. Es gibt derzeit keine Organisation oder Partei, die für die Massen überzeugend wäre. Deswegen passiert es spontan. Man schreibt was auf Facebook mit einem Hashtag und wo man ist, und kann so Leute mobilisieren.

Wie hat sich der erfolgreiche Massenprotest vom 25. Oktober auf die Gesellschaft ausgewirkt?

Daraufhin haben sich weitere Schichten dem Protest angeschlossen: Das Besondere am Protest zwei Tage später, also am 27. Oktober, war die Teilnahme der Mittelschicht. Zunächst hatte die Mittelschicht aus Angst, dass der Staat den Angestellten ihre Gehälter streicht, nicht teilgenommen. Einen Tag später haben die Oberschüler*innen ihre Teilnahme angekündigt. Wir können also nicht so tun, als wären die Schüler*innen von einem anderen Stern, es ist ja gerade ihre Zukunft, die hier entschieden wird. Das Besondere ist aber, dass die Schüler*innen wirklich in der Funktion als Schüler*innen teilnehmen, sie tragen sogar ihre Schulkleidung. Ihr erster Protesttag war ein Schultag. Es war Sonntag, und da ist normalerweise Unterricht. Das gleiche ist der Fall mit den Student*innen. Auch die Lehrenden sind dabei und haben die Student*innen ermutigt, an den Protesten teilzunehmen. Das ist Solidarität über alle gesellschaftlichen Teile hinweg. Der ganze Irak braucht eine Lösung, nicht nur die arbeitende bzw. arbeitslose Klasse.

Was ist deine Einschätzung, was die Zugeständnisse der Regierung angeht?

Es gab bisher weder Zugeständnisse oder irgendeine Änderung der Politik, noch gibt es irgendwelche Hoffnung. Es ist ganz einfach zu erklären: Öl-Geld-Öl. Der Staatshaushalt des Irak basiert auf den Erdöleinnahmen. Was sollen sie den Leuten anbieten, wenn das Jahresbudget schon ausgeschöpft ist?

Egal, was sie sagen, dass sie Häuser und Boden verteilen oder Arbeitslosengeld einführen und Arbeitsplätze schaffen wollen. Wovon denn?

Ende Oktober sind aber immerhin sieben Mitglieder des Parlaments zurückgetreten. Es bleibt für mich aber purer Opportunismus. Denn die Natur des Staates war ja auch schon vorher klar. Dieser Schritt kann aber dabei helfen, nach außen zu signalisieren, dass die Lage im Irak ernst ist und dass wir eine neue Regierungsform mit einem neuen ökonomischen System brauchen.

Offenbar gibt es viele Parallelen zum Sudan und Libanon. Es geht nicht einfach um eine korrupte Regierung oder eine dysfunktionale Ökonomie. Die Forderungen der Protestierenden gehen viel weiter. Es wird ein grundlegend neues System gefordert.

Bei den Protesten im Libanon wurde gerufen: «Vom Libanon bis zum Irak, von Bagdad nach Beirut –es ist eine Revolution und die stirbt nicht» (*min Lubnan lil-Irak, min Baghdad la Beirut, thawra wahida ma bitmut*). Du kannst fünf gemeinsame Forderungen feststellen:

1. Sturz des Systems
2. Eindämmung der Korruption
3. Ende des Milizenstaates
4. Echte Souveränität des Staates
5. Soziale Gerechtigkeit

Wir haben im Libanon und im Irak das gleiche konfessionalistisch-klientelistische System. Wir haben sogar die gleichen Milizen mit gleicher Symbolik und Finanzierung. Es geht nicht einfach darum, dass die Leute Arbeitsplätze wollen, das ist sicher die Hauptforderung. Aber die Leute wissen genau, woher das Problem kommt. Es kann nur eine grundlegende Lösung geben, nicht einfach eine oberflächliche Änderung. Die Regierung hat den Protestierenden 200.000 Dinar (ca. 150 US-Dollar) angeboten, wenn man sich online als arbeitslos registriert. Viele haben sich nicht registriert, weil sie das als Bestechung empfanden. Am 25. Oktober war die Demonstration enorm groß, d.h. die Leute haben ein klares Zeichen gesetzt, dass sie grundlegende Änderungen wollen und sich auch nicht einfach mit diesem Arbeitslosengeld zufriedengeben.

Am 25. Oktober gab es auch eine deutliche Präsenz von Frauen auf den Demonstrationen. Haben sie eigene Forderungen?

Sie haben keine eigenen Forderungen. Sie sind Teil der Menge. Einige Feminist*innen haben aber

natürlich Parolen, die Frauen betreffen, wie «Hört auf, Frauen zu töten». Denn tatsächlich wurden in den letzten Jahren gezielt weibliche Aktivist*innen ermordet. Sie wurden als politisch Aktive ermordet, nicht als Feminist*innen. Insbesondere in Bagdad war die Präsenz der Schülerinnen und älteren Frauen auf dem Tahrir-Platz stark. Außerdem sind Letztere es, die mit ihrer Care-Arbeit ihre Söhne beim Protest unterstützen. Wir haben zwar Frauen-NGOs, aber keine feministische Bewegung.

Sind die Demonstrationen nun also Ausdruck des kompletten Scheiterns des ökonomischen Systems nach 2003?

Es ist nicht gescheitert, denn es ist ja immer noch da. Die Lösung liegt weder bei der Regierung noch beim irakischen Volk. Selbst wenn wir eine politische Alternative hätten, hätten wir keine ökonomische: Wenn man die Grenzen des Iraks zur Türkei und zum Iran für einen Tag schließt, dann stirbt der Irak. Wir sind komplett abhängig von ihnen. Wir sind also kein souveräner Staat. Eine Änderung kann nur durch einen Schock hervorgebracht werden: Wenn die Leute auf der Straße bleiben und die Öl-Firmen schädigen, so wie letztes Jahr in Basra, dann würde der internationale Markt spüren, was im Irak passiert und etwas ändern müssen, sodass immerhin eine kleine Besserung eintreten würde. Vielleicht könnten wir produzierendes Gewerbe aufbauen etc. Wir haben Millionen arbeitsbereite junge Menschen, und es werden noch mehr. Aber es gibt keine Ökonomie, die sie absorbieren könnte.

Internationalist*innen müssen dafür sorgen, dass ihre Regierungen uns in Ruhe lassen: Deutschland, Iran, Großbritannien, die USA, demonstrieren gegen eure Regierungen, dass sie uns einfach in Ruhe lassen. Wir wollen hier keine NGOs oder Entwicklungshilfe. Wir wollen einfach alleine etwas in diesem Land machen, ohne ständig in Abhängigkeit zu geraten.

Die prominentesten Symbole dieser Proteste sind jetzt schon die dreirädrigen Miniautos namens Tuk-tuk. Wie kommt das?

Das Fahrzeug wurde seit Beginn 2017 in den Irak importiert. Das gab es vorher nicht. Es ist viel billiger als ein Auto. Wer sind die Tuk-tuk-Fahrer? Das sind Arbeitslose, und das Tuk-tuk ist eine Arbeitsmöglichkeit. Es ist ein Transportmittel, das recht billig ist, so 2500 US-Dollar. Eine Strecke kostet 1-2 US-Dollar. Das Transportsystem ist sehr teu-

er im Irak. Es sind vor allem die Bewohner*innen der armen Viertel, wie etwa Madinat as-Sadr oder Ghazaliya, wo das Tuk-tuk als Transportmittel unverzichtbar ist. Dieses Prekariat hat eine Tuk-tuk-Gewerkschaft gegründet, wenn auch nur auf Facebook. Viele von ihnen können nicht mal schreiben.

Zunächst war die Idee, dass sie die Leute kostenlos zum Tahrir-Platz bringen. Dann kam es zu dieser intensiven Gewalt, und da wir nur so wenige Krankenwagen in Bagdad haben, sind die Tuk-tuks zu Krankenwagen geworden.

Auf einmal liebten die Menschen sie. Vorher haben sie sie gehasst, weil das Tuk-tuk nervig ist: es kommt immer von allen Seiten, ist überhaupt nicht zivilisiert, sieht hässlich aus. Die Fahrer sind nicht sonderlich intellektuell und haben immer die Musik total laut aufgedreht. Die Situation jetzt hat die Leute zusammengebracht. Ein Tuk-tuk ist jetzt etwas Heiliges geworden. Die Tuk-tuk-Fahrer selber sagen, dass sie auch nicht Tuk-tuk fahren wollen: Gebt uns eine Arbeitsgelegenheit oder Arbeitslosenhilfe und ich zerstöre mein Tuk-tuk noch heute. Oder aber: Erkennt das Tuk-tuk offiziell als öffentliches Transportmittel an und lasst mich richtig damit arbeiten.

Was sind eure Ängste bezüglich der Weiterentwicklung der Bewegung und der Reaktion des Staates und internationaler Akteure?

Es gibt viele Ängste: dass es eine direkte Einmischung aus dem Ausland geben wird, dass der Staat aufgelöst wird, oder dass es vorgezogene Wahlen gibt. Das Problem ist, wenn etwas kommt, das nicht den Interessen des Iran dient, dann werden die Milizen des Iran eingreifen. Dann wird es einen Bürgerkrieg geben, dann wird es eine Katastrophe geben. Das haben wir ja schon mal erlebt. Wir haben 35 irakische Milizen, die im Interesse des Iran arbeiten. Das sind also tausende Soldaten.

Ihr wärt ja nicht auf den Straßen, wenn ihr nicht auch an Veränderungen glauben würdet, oder? Was sind also die Hoffnungen?

Die Leute müssen auf den Straßen bleiben. Dann gibt es noch die Hoffnung, dass die Milizen wenigstens in Bagdad durch eine Gegenkraft im Staat wie dem Anti-Terrorismus-Regiment, welches nicht unter iranischem Einfluss steht, sondern eher eine amerikanische Erfindung war, unter Kontrolle gehalten werden. Das wäre keine gute Lösung, aber

besser als andere Szenarien. Hoffnungen brauchen irgendwie einen Idealzustand. Bei der Revolution von 1958, als die Monarchie gestürzt wurde, gab es eine Partei, Massen auf den Straßen, und es gab Kraft. Wenn es eine Revolution gibt, dann muss es eine politische Alternative geben, die die Macht übernehmen kann. Idealerweise ist das eine progressive Massenpartei. Dann ist es eine Revolution. Jetzt haben wir aber keine politische Alternative, der die Menschen folgen könnten. Das ist total essentiell. Wenn nämlich, wie in Basra im letzten Jahr, die Stadt außerhalb der staatlichen Kontrolle gerät, dann muss eine Partei die Macht übernehmen und den Staat neu repräsentieren. Das haben wir nicht im Irak.

Aber der politische Aktivismus bedeutet doch auch einen Lernprozess.

Das ist unsere Hoffnung, dass diese Demonstrationen nun eine politische Alternative hervorbringen werden. Es gibt einige Politaktivist*innen auf der Straße, die dabei helfen wollen, dass die Menschen lokale Volkskomitees in den Städten und an ihren Arbeitsplätzen gründen. So würden die Menschen lernen, ihre Angelegenheiten

selbst in die Hand zu nehmen und eine Alternative zu bilden für die Zeit, wenn der Staat sich aus den Gebieten zurückzieht. Gleichzeitig ist die Idee verbreitet, dass eine Präsidialherrschaft vielleicht eine Lösung wäre. Dann sehen sie aber Ägypten und Syrien und ziehen diese Idee wieder zurück.

Weiterer Beitrag im Westasien-Dossier:

Die Revolution kommt zurück – Versprochen! Online-Interview mit Sami Adnan vom Juni 2020 <https://www.rosalux.de/mediathek/media/element/1281>.

Ansar Jasim hat in Marburg und London Politik und Wirtschaft Westasiens und Nordafrikas studiert. Sie beschäftigt sich mit zivilgesellschaftlicher Solidarität aus theoretischer und praktischer Perspektive mit besonderem Fokus auf Syrien und Irak.

Sami Adnan ist politischer Aktivist aus Bagdad und einer der Gründer von «*Workers against Sectarianism*» im Irak.

«Many friends in the mountains»

Eine andere kurdische Geschichte

Schluwa Sama

«*No friends but the mountains*» [Keine Freunde außer den Bergen, Anm. d. Red.] ist wohl das bekannteste geflügelte Wort, um eine weitverbreitete Sicht auf die kurdische Geschichte zusammenzufassen: Diese sieht die kurdische Minderheit entweder als Opfer oder als Widerstandskämpfer*innen, immer allein gelassen und von Feinden umgeben. Häufig wird daraus der Schluss gezogen, es brauche einen kurdischen Staat.

Ich liebe die Berge, aber sehe nicht ein, warum ich als Kurdin keine anderen Freunde außer den Bergen gehabt haben soll. Wie also sieht eine komplexere kurdische Geschichtsschreibung aus, die auch die Lebensrealitäten der tatsächlichen Bevölkerung Kurdistans widerspiegelt? Und wie wurden Kurd*innen zur Minderheit?

Die Erzählung kurdischer Geschichte bricht *per se* nationalstaatliche Denkmuster von einheitlicher Geschichtsschreibung auf, vor allem in Ländern wie der Türkei, Syrien oder dem Irak. In der Folge ist es jedoch ebenfalls illusorisch, eine einzige, lineare kurdische Geschichte erzählen zu wollen, in denen Kurd*innen meist auf zwei Rollen reduziert werden: entweder sind sie Opfer oder sie leisten heroischen Widerstand. Zudem basiert diese Art der kurdischen Geschichtsschreibung auf den Erfahrungen des Kurdischseins in der Türkei. Dass die Politik der Türkei zentral ist, um kurdische Geschichte zu verstehen, ist ganz klar. Dabei werden jedoch andere Erfahrungen von Kurd*innen in Ländern wie dem Irak, Syrien und dem Iran unsichtbar gemacht. Zu oft werden nationalistische Mythen kurdischer Eliten übernommen, die Kurd*innen als homogenen, isolierten Block darstellen. Dabei bleibt wenig Raum für eine komplexe Geschichte mit

Widersprüchen oder eine kurdische Geschichte von «unten», zum Beispiel von kurdischen Bäuerinnen im Irak. Zunächst jedoch die Frage, wie Kurd*innen zur Minderheit wurden.

Dekolonisierung kurdischer Geschichte: als wir zur Minderheit erklärt wurden

Dass Kurd*innen zu einer Minderheit gemacht werden und dass wir dies bis heute so weitertragen, ist unter anderem auf die koloniale Politik Frankreichs in Syrien und Großbritanniens im Irak zurückzuführen.

Dass koloniale Mächte Minderheiten benutzt haben, um ihre eigene koloniale Macht zu stützen, ist für viele ehemals kolonialisierte Länder schon lange klar. Für Kurdistan ist diese Tatsache weniger gut erforscht. Ähnlichkeiten gibt es trotzdem, wie das Beispiel meiner Heimatstadt Amadiye, gelegen im äußersten Norden Kurdistan-Iraks, zeigt. Von 1930 bis 1950 hatten die Briten dort ein Militärcamp als Erholungsort für ihre Soldaten aufgebaut¹. Die Region wurde aber schon 1918 von den Briten besetzt.² Zur Unterstützung der britischen Truppen wurden die *Iraq Levies* aufgebaut, wobei zunehmend und zum Ende hin nur noch christli-

1 Ammann, Birgit (2004a/2005, S.182-184): Kleine Geschichte der Stadt Amadiya: Von streitbaren Fürsten, kurdischen Juden und grausamen Zeiten. In: Europäisches Zentrum für Kurdische Studien. Kurdische Studien. 4.+5., S. 175–226.

2 Ammann, Birgit (2004b/2005, S. 218): Ser Amadia: Amateuraufnahmen aus der Umgebung des Sommercamps der Royal Air Force im irakischen Kurdistan. In: Europäisches Zentrum für Kurdische Studien. Kurdische Studien. 4.+5., S. 227–256.

che Assyrer rekrutiert wurden. Es sei gesagt, dass Amadiye, zumindest bis zur Auswanderung jüdischer Kurd*innen nach Israel im Jahr 1948, eine multireligiöse Stadt war.³ Als es 1919 zu einem lokalen Aufstand gegen die Briten kam, wurden auch die *Iraq Levies* eingesetzt, um diesen Aufstand niederzuschlagen.⁴

Minderheiten werden kreiert, um koloniale Macht zu festigen

Wie der Minderheitenstatus in der Kolonialzeit (Mandatszeit) für Syrien und Irak erschaffen und genutzt wurde, um koloniale Macht auszubauen, zeigt die Historikerin Nelida Fuccaro auf. In der Mandatssatzung wurden Garantien für den Schutz von Minderheiten besonders betont. Allerdings wurde unter Berufung auf diese Satzung häufig in die inneren Angelegenheiten eingegriffen, bzw. sie wurde als Mittel «für eine Teile und Herrsche-Politik par excellence»⁵ verwendet. Zudem wurden Kurd*innen zum Beispiel als Minderheit genutzt, um sich die Ölreserven im damaligen Vilâyet⁶ von Mosul zu sichern. Mit dem Verweis auf den Schutz der kurdischen Minderheit setzten die Briten durch, dass Mosul dem Irak zugerechnet und ihr Völkerbundmandat, also die koloniale Ausbeutung des Irak, um 25 Jahre verlängert wurde.⁷ Wären wir damals nicht als Minderheit kreiert worden, welche anderen Identitäten und Formen von Zusammenleben wären möglich gewesen?

Minderheit oder gleichberechtigte Nation?

Diese Kreierung von Minderheiten wurde zeitweise unterbrochen, wie das Beispiel Irak zeigt. Im allgemeinen Verständnis scheint Minderheit eine objektive Bezeichnung, denn die kurdische Bevölkerung ist zahlenmäßig kleiner als andere Bevölkerungsgruppen in den Staaten. Doch auch Zahlen hängen davon ab, wie wir sie interpretie-

ren. Die Wissenschaftlerin Fischer-Tahir erklärt, wie die Konstruktion einer Minderheit auch von der politischen Position der Betrachter*in abhängt und deren Adressat*innen etc., denn ihr Label als Minderheit können Kurd*innen auch verlieren:

«So definierte die 1970er Verfassung unter dem irakischen Baath-Regime die Kurden, welche circa 18-20 Prozent der Bevölkerung ausmachten, als zweite Hauptnation neben den Arabern: ein Zugeständnis an die politisch starke kurdische Bewegung. Der hegemoniale politische Diskurs nach Beseitigung des Regimes 2003 etablierte das Narrativ von Sunniten, Schiiten und Kurden als den drei Hauptkomponenten Iraks.»⁸

Heute sind diese hegemonialen Diskurse wieder ins Wanken geraten, wie die Proteste im Irak⁹ und auch die langjährigen Proteste in Kurdistan-Irak zeigen, wenn sowohl in Bagdad als auch in Sulaymaniya weniger Fragen nach Identität als nach sozialer Gerechtigkeit, einer guten Gesundheitsversorgung, Arbeitsplätzen und einem Ende der Korruption auf der Tagesordnung stehen.

Freunde in den Bergen: Beispiel verflochtener Geschichte

Dass sich das Bewusstsein für eine kurdische Identität stetig wandelt, ob nun heute oder in der Vergangenheit, ist klar. Wann genau die kurdische Identität für Menschen zentral wurde, ist umstritten. Allerdings wurde die Frage immer akuter, als sich sowohl in Syrien als auch im Irak mit den Ba'ath-Regimen autoritäre Staaten entwickelten, die sich weitestgehend auf eine eng-definierte arabische Identität stützten. Damit wurden Kurd*innen, aber auch andere gesellschaftliche Gruppen zunehmend zur Gefahr für den Staat erklärt.

Als Reaktion auf die Diktatur erstarkten im Irak verschiedenste Widerstandsbewegungen, meist innerhalb von Parteien, gegen das Ba'ath-Regi-

me.¹⁰ Damit waren die kurdischen Berge nicht nur Zufluchtsort für Kurd*innen. Die «kurdischen» Berge waren die Freunde aller Menschen im Irak und anderswo, die sich gegen die Unterdrückung und den Autoritarismus der Ba'ath-Regierung wandten. Jiyana, eine Bäuerin in den Bergen Kurdistan-Iraks, erzählte mir von ihrer Erinnerung, als ihr Dorf viele der Peshmerga-Kämpfer*innen aufgenommen hatte: «Ja, wir hatten damals alle möglichen Menschen bei uns. Es waren Christen und Araber und andere, von denen ich gar nicht wusste, dass sie in diesem Land leben. Ich habe meinen Vater gefragt, wer all diese Leute sind, da manche gar kein Kurdisch sprachen. Er sagte nur, dass wir sie alle unterstützen müssen, denn wir sind alle gegen Saddam [Hussein].»

Jiyans Geschichte ist auch kurdische Geschichte. Ihre Geschichte zu erzählen, trägt zu einer Dekolonisierung kurdischer Geschichte bei. Das Wissen um diese Geschichte kann zu neuen Identitäten, zu weiteren Freundschaften und progressiven Allianzen unter den verschiedenen Bevölkerungsgruppen in Westasien führen.

Schluwa Sama hat in Berlin, Marburg und London, Politik und Wirtschaft Westasiens und Nordafrikas studiert und anschließend in Sulaymaniya, Kurdistan-Irak, gearbeitet. Zurzeit promoviert sie zur politischen Ökonomie des Iraks und Kurdistans am Centre for Kurdish Studies, University of Exeter.

10 Kurd*innen und die Kommunistische Partei des Irak

Häufig beschränkt sich die kurdisch-nationalistische Geschichtsschreibung allein auf den Widerstand der heute regierenden Parteien KDP und PUK. Dabei lohnt es auch, die Geschichte der Kommunistischen Partei des Irak als kurdische Geschichte zu betrachten. Die Kommunistische Partei des Irak (IKP) hatte nämlich eine große Anhängerschaft unter Kurd*innen. Seit ihrer Entstehung 1934 war sie in Kurdistan aktiv. Die erste kommunistische Zeitung, *Kifah al-Sha'b* (Kampf des Volkes), trat für die politischen Rechte von Kurd*innen ein. 1941 und 1942 wurden kommunistische Organisationen in Erbil und anderen kurdischen Städten gegründet. *Azadi* (kurdisch für Freiheit), die erste kurdische politische Zeitung, wurde von Herausgebern der Kommunistischen Partei publiziert. Zudem war die KP-Irak die einzige nationale irakische Partei (also nicht exklusiv kurdische Partei), die eine ausgearbeitete Kurdistanpolitik entwickelt hatte, in der die Selbstbestimmung von Kurd*innen postuliert wurde. Farouk-Sluglett, Marion, and Peter Sluglett. (1990, S. 27) *Iraq Since 1958: From Revolution to Dictatorship*. London: I.B. Tauris.

3 Ebd. S. 219.

4 Ebd. S. 227.

5 Fuccaro, Nelida (2004, S. 583) 'Minorities and Ethnic Mobilisation: The Kurds in Northern Iraq and Syria.' In: Meouchy, N. und Sluggett, P., (Hg.), *The British and French Mandates in Comparative Perspectives*. Brill, S. 579–595.

6 Territoriale Verwaltungseinheit im Osmanischen Reich [Anm. der Red.].

7 Mitchell, Timothy (2011, S. 97) *Carbon Democracy: Political Power in the Age of Oil*. London: Verso.

8 Fischer-Tahir, Andrea (2018, S. 99): Nation, Region, Position: Wissensproduktion und Selbst(er)findung in den Kurdischen Studien, in: Wippel, Fischer-Tahir: *Jenseits etablierter Meta-Geographien - Der Nahe Osten und Nordafrika in transregionaler Perspektive*, Nomos, Baden-Baden, S. 95-113, hier S. 99.

9 Siehe den Beitrag Irak: Ein Land erschafft sich neu im Westasien-Dossier unter: <https://www.rosalux.de/news/id/41281/irak-ein-land-erschafft-sich-neu/>.

«Gleichberechtigung beginnt im Kopf»

Plädoyer für neue politische Imagination in Israel

Norma Musih

«Die jüdische Bevölkerung Israels braucht neue politische Imaginationen, um sich als gleichberechtigt mit den palästinensischen Bürger*innen zu denken. Dazu zählt die Frage, wie die Geschichte verlaufen wäre, wäre es 1948 nicht zu ihrer Vertreibung gekommen.»

2000 bin ich von Jerusalem nach Tel Aviv gezogen. Zu der Zeit wusste ich bereits von den entvölkerten palästinensischen Dörfern. Ich kannte viele dieser Orte. Damals hielt ich sie noch für Nationalparks, Ruinen am Straßenrand, Picknickstellen oder israelische Städte. Teilweise waren mir ihre Namen geläufig, ohne dass ich ahnte, dass es sich in Wahrheit um die palästinensischen Namen der von jüdischen Israelis neu besiedelten Stadtteile handelte. Bis 1948 gab es auf dem Gebiet des heutigen Tel Aviv mindestens sechs palästinensische Dörfer. Obwohl ihre Überbleibsel für alle zu sehen sind, sind sie mir jahrelang nicht aufgefallen. Und als ich sie schließlich bemerkte – verflochten mit den Straßen, Galerien und Cafés von Tel Aviv – konnte ich mir nicht vorstellen, dass diese Dörfer und ihre ehemaligen Bewohner*innen je wieder zu einem Teil meiner Stadt werden könnten.

Die Tatsache, dass ich mir das nicht vorstellen konnte, zeugt von der Übermacht des national-zionistischen Diskurses, der keinen Raum für andere Imaginationen lässt. Die jüdische Bevölkerung Israels braucht neue politische Imaginationen, um sich als gleichberechtigt zu denken – d.h. gleichberechtigt mit den palästinensischen Bürger*innen zweiter Klasse und nicht-eingebürgerten Minderheiten. Sie (wir!) brauchen neue Imaginationen, um Israel/Palästina – seine Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft – anders zu denken als innerhalb des national-zionistischen Gedankengebäudes, das Israel/Palästina in Begriffen wie Teilung, Segregation und Diskriminierung denkt. Ich möchte unsere ererbte national-zionistische Perspektive kritisch befragen und die Brille wechseln, durch die wir die Dinge betrachten: Ich schlage ein Model der politischen Imagination vor, das es uns ermöglicht, Israelis und Palästinenser*innen als gleichberechtigt anzusehen.

Imaginationen sind keine bloßen Einbildungen, die sich «vor unserem inneren Auge» abspielen, wenn wir unsere Augen schließen. Ich meine damit vielmehr die aktive Handlung, die Welt mit anderen Augen zu sehen. Laut Hannah Arendt spielen Imaginationen – oder «Einbildungskraft», wie es

bei ihr heißt – eine wesentliche Rolle dabei, dass Menschen in Beziehung treten: Wer eine Vorstellung oder Imagination des Anderen hat, kann sich in dessen Perspektive hineinversetzen. «Die Einbildungskraft», schreibt Arendt, «macht [...] die anderen gegenwärtig und bewegt sich damit in einem Raum, der potentiell öffentlich, nach allen Seiten offen ist. Kritisches Denken nimmt, mit anderen Worten, die Position von Kants Weltbürger ein. Mit einer «erweiterten Denkungsart» denken heißt, dass man seine Einbildungskraft lehrt, Besuche zu machen». Arendt lehrt uns, dass Imagination nicht einfach «auftaucht», wie wenn etwa ein Künstler oder eine Künstlerin von Inspiration ergriffen wird, noch ist es eine Gabe, die wir von Geburt an besitzen. Sie muss vielmehr geübt werden – wie ein Muskel oder wie die Fähigkeit zu schreiben oder zu denken. Indem sie Vorstellungsvermögen und Übungspraxis konzeptuell verbindet, gibt uns Arendt ein Gerüst an die Hand, um unsere Imagination so zu trainieren, dass sie zum Instrument werden kann, um «dunkle Zeiten» zu überwinden und politische Veränderungen herbeizuführen. Imagination kann man nicht alleine praktizieren und genauso wenig kann man aufhören sie zu praktizieren – vielmehr handelt es sich um einen fortwährenden Prozess, der aktiv gestaltet werden muss.

In diesem Aufsatz schlage ich drei Praktiken vor, die uns dabei helfen, unsere Imagination zu entwickeln. Als Erstes muss der Zionismus (Azoulay, 2019) verlernt werden. Dazu müssen wir Geschichte auf eine neue Art lernen, bei der wir bewusst hinterfragen, was wir wissen, was wir nicht wissen und welchen Mechanismen das vorhandene Wissen entspringt. Zweitens müssen wir in der Gegenwart handeln. Das bedeutet, im Alltag eine aktivistische Haltung einzunehmen – sich zu organisieren, Trennungen und Restriktionen zu hinterfragen und Tag für Tag dagegen anzugehen. Drittens müssen wir eine alternative Zukunft imaginieren, die mit der politischen Gegenwart bricht, und konkrete Szenarien erarbeiten, die allen freien und gleichberechtigten Zugang zu Land und Ressourcen ermöglichen.

Zionismus verlernen, Vergangenheit erlernen

Sich vom Zionismus loszusagen bedeutet für die jüdische Bevölkerung Israels, ihn nicht nur als nationale Bewegung zu begreifen, sondern auch als kolonialistische – das heißt, ihn aus dem Blickwinkel der Nakba zu betrachten. Dafür müssen wir lernen, was nicht an israelischen Schulen unterrichtet wird: Die Enteignung der einheimischen palästinensischen Bevölkerung, die ab 1948 stattfand; die Vertreibung von 700.000–800.000 Palästinenser*innen, die zu Geflüchteten wurden; schließlich die Zerstörung von 530 Städten und Dörfern (Morris, 2004; Pape 2006; Khalidi, 2006; Abu Sitta, 2010; Kadman 2015). Für die israelisch-jüdische Bevölkerung ist dies ein schwieriger, aber notwendiger Schritt. Der Zionismus ist wesentlich daran beteiligt, dass Jüd*innen in Israel zu Israelis werden: Er durchzieht unsere Kindheit und ist der Ursprung eines Großteils unserer archaischesten kollektiven Mythen. Dabei gibt es unterschiedliche Formen des Zionismus, und die verschiedenen jüdischen Communities haben ein unterschiedliches Verhältnis dazu. Der Zionismus unterdrückt nämlich nicht nur Palästinenser*innen, sondern auch jüdische Communities (hauptsächlich die der Mizrahim), die nicht dem weißen, aschkenasischen Gründungsmythos entsprechen.

Der Zionismus ist auf die kontinuierliche Erzeugung und Aufrechterhaltung von Imaginationen angewiesen. Eine solche elementare Imagination kommt in der zionistischen Parole «ein Land ohne Volk für ein Volk ohne Land» zum Ausdruck. Der Slogan offenbart das Bedürfnis, den jüdischen Anspruch auf Land zu legitimieren, gleichzeitig schaltet er eventuelle unangenehme Widersprüche von vornherein aus. Er verdeutlicht, dass es aus Sicht der zionistischen Bewegung vor der Staatsgründung Israels in Palästina keine Städte und Dörfer gegeben hat, keine Landwirtschaft, keine Kultur oder Niederlassungen – das Land war aus dieser Perspektive also menschenleer. Diese Leere kommt einem Recht gleich, dem gerechtfertigten Anspruch der jüdischen Gemeinde auf das Land. Und das nicht nur, weil ihnen das Land versprochen worden war, sondern auch, weil es Sinn machte: Ein Land ohne Volk für ein Volk ohne Land. Diese willentliche Blindheit ist äußerst machtvoll: Was nicht sichtbar war, konnte allmählich von der Landkarte getilgt werden.¹

¹ Nicht alle Zionist*innen teilten diese Blindheit. So widersprach zum Beispiel der jüdische Intellektuelle und Begründer des Kulturzionismus Ascher Zvi Hirsch Ginsberg

Imagination erlaubt uns, Menschen entweder zu sehen oder auszublenden. Im (heute dominierenden) Imaginationsraum der Zionist*innen kam die ansässige Bevölkerung nicht vor, hier wurde das Land stattdessen als «leer» konzipiert. Dieselbe Imagination diente dazu, diese «Leere» nachträglich herzustellen, indem man Palästinenser*innen aus ihren Häusern vertrieb, palästinensische Ortsnamen von der Landkarte tilgte und die betroffenen Ortschaften dem Erdboden gleichmachte. Die anschließend neu errichteten Ortschaften trugen hebräische Namen und mit ihnen die Last, die Geschichte weiterhin vergessen zu müssen. Die zionistische Imagination zieht eine direkte und scheinbar zwangsläufige Linie zwischen Vergangenheit und Gegenwart, gerade so, als ob es nie eine andere Möglichkeit gegeben hätte, und unter Missachtung früher Stimmen von Menschen wie Achad Ha'Am und Gruppen wie Brit Schalom, die für andere Wege plädierten. Eine konstruktive Rolle, die politische Imagination in der israelischen Politik einnehmen kann, liegt in der Hinterfragung der vorgeblichen Unvermeidlichkeit zionistischer Narrative. Das kann gelingen, wenn wir und unsere Kinder uns darin üben, die Geschichte der Nakba als die Geschichte unseres Landes zu erzählen – eine Geschichte, die in israelischen Schulen und auf Hebräisch unterrichtet werden muss.

Handeln in der Gegenwart

Wenn wir uns politische Imagination nicht als einen privaten Vorgang in den Köpfen einzelner Menschen, sondern als kollektive Handlung vorstellen, lassen sich die Aufarbeitung der Nakba und die Erinnerung daran als performative Handlung begreifen. Sie findet in der Gegenwart statt und wirkt auf diese Gegenwart ein. Ein gutes Beispiel für einen solchen Prozess ist die Erfahrung der Nichtregierungsorganisation *Zochrot* (hebr. «Wir erinnern uns»): *Zochrot* organisiert seit 18 Jahren Führungen zu Ruinen ehemaliger palästinensischer Ort-

den zionistischen Ansichten Theodor Hertzels. Ginsberg, der unter seinem Pseudonym Achad Ha'Am (hebr. «Einer des Volkes») bekannt war, war ein russischstämmiger, hebräischer Schriftsteller und eine zentrale Figur des europäischen Zionismus. Nachdem er 1891 von einer Palästina-Expedition zurückkehrte, verfasste er «Wahrheit aus dem Lande Israel» – ein Bericht, der Palästina nicht als leeres Land, sondern als bewohntes und kultiviertes Gebiet beschreibt. Ginsberg ist zudem einer der «intellektuellen Väter» der Organisation Brit Schalom (hebr. «Friedensbund»). Die Gruppe wurde 1925 im britischen Mandatsgebiet Palästina von europäisch-jüdischen Intellektuellen gegründet und setzte sich für einen binationalen Staat ein, in dem jüdische und arabische Staatsbürger*innen die gleichen (Bürger-)Rechte genießen sollten.

schaften und trägt dadurch dazu bei, dass jüdische Israelis die palästinensische Nakba anerkennen und Verantwortung für die Geschichte übernehmen. Die Führungen waren aus dem Bedürfnis entstanden, eine Lücke zu füllen und jüdischen Israelis die totgeschwiegene Geschichte der Nakba nahezubringen – die *palästinensische* Geschichte des Landes, wie die Aktivist*innen zunächst dachten. Bis heute ist das immer noch der Hauptgrund, warum jüdische Israelis an den Führungen teilnehmen. Durch Berichte von Zeitzeug*innen während der Führungen – Palästinenser*innen und Jüd*innen gleichermaßen –, begriffen die Aktivist*innen von Zochrot aber zunehmend, dass das Vermächtnis der Nakba nicht lediglich, wirklich oder ausschließlich Teil der palästinensischen Geschichte ist, sondern eine gemeinsame Vergangenheit. Diese gemeinsame Geschichte umfasst ein breites Spektrum an Beziehungen zwischen Araber*innen und Jüd*innen: von friedlichem Zusammenleben hin zu Grausamkeiten, Zerstörung und Vertreibung. Es ist wichtig, hier zwischen Gedenken und Leid zu unterscheiden: Leidtragend waren und sind die Palästinenser*innen. Sie waren es, die ihre Häuser, ihre Heimat und ihre Freiheit verloren. Aber das Vermächtnis gehört auch den Täter*innen. Auch sie waren zugegen, sie begingen ebendiese Grausamkeiten oder ließen sie ungehindert geschehen und wir, die jüdischen Israelis, profitieren heute davon. In dem Sinne, als dass beide, Palästinenser*innen und Jüd*innen, an den Geschehnissen teilhatten – als Täter*innen und Opfer –, handelt es sich um ein Vermächtnis beider Gruppen. Es ist eine gemeinsame Geschichte, die sich nicht isoliert erzählen lässt. Sie muss Teil der Geschichte dieses Ortes werden.

Alternativen formulieren

Mein letzter Vorschlag für eine Übungspraxis der Imagination schließt direkt daran an: Ausgehend von einer Praxis des Verlernens der Vergangenheit und des Handelns in der Gegenwart können wir alternative Zukunftsszenarien formulieren. Die Idee ist, Allianzen zwischen verschiedenen Akteur*innen der israelischen und palästinensischen Gesellschaft zu imaginieren, die gemeinsam bestehende Gesetze überdenken, neue Strategien aufzeigen sowie konkrete, detaillierte Pläne entwerfen, die den Status Quo infrage stellen – und so alternative Zukunftsszenarien ertasten. Diese mentale Übung hat das Potential, uns ein Szenario «vor Augen zu führen», das bisher unmöglich schien und jetzt zum Gesprächsgegenstand werden kann. Eines der größten Hindernisse für die

israelisch-jüdische Imagination, wenn es um die Zukunft geht, ist das «Recht auf Rückkehr» der Palästinenser*innen im Sinne der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen 1948 – genau da müssen wir ansetzen.

Das «Recht auf Rückkehr» trifft den Kern der national-zionistischen Imagination. Oft genügt schon das Wort «Rückkehr», um ein auf Hebräisch geführtes Gespräch zu einem abrupten Ende zu bringen. Es weckt tiefsitzende politische Ängste, die die Grenzen des Imaginationsraums der israelisch-jüdischen Community erahnen lassen. Nach dem Israelischen Unabhängigkeitskrieg von 1947–1949 wurde die Verweigerung des «Rechts auf Rückkehr» der palästinensischen Geflüchteten politisch dadurch legitimiert, dass sie als Abwendung einer demographischen Bedrohung dargestellt wurde – eine Bedrohung, die eine zweite Diaspora oder sogar einen zweiten Holocaust nach sich ziehen könnte. Diese Idee spiegelt sich auch in dem häufig zu hörenden Spruch «Wenn wir (Jüd*innen) es zulassen, werfen uns die Araber*innen ins Meer» wider. Solche politischen Ängste manifestieren sich auf unterschiedlichste Weise, vom diskursiven Rahmen wissenschaftlicher Forschung bis zu Gesetzen, die die Knesset verabschiedet. Sie werden auch dazu instrumentalisiert, das «Recht auf Rückkehr» weiterhin scheinbar gerechtfertigt zu verweigern und die alltäglichen Gräueltaten an Palästinenser*innen zu legitimieren und zu banalisieren. Ich glaube, dass diese Angst beschwichtigt werden könnte, wenn jüdische Israelis und Palästinenser*innen gemeinsam konkrete Lösungen für die Rückkehr der palästinensischen Geflüchteten entwerfen. Es geht darum, den «Tag danach» vorzubereiten, als wäre das «Recht auf Rückkehr» bereits anerkannt: Wir würden Landkarten nachzeichnen, Dörfer und Städte planen, über Möglichkeiten der sprachlichen Integration nachdenken, Bildungssysteme aufbauen und Arbeitsmöglichkeiten schaffen. Jüdische Israelis sollten diese Aufgabe zusammen mit Palästinenser*innen in Angriff nehmen – wenn nicht jetzt, wann dann?

Fazit

Politische Imagination ist eine Praxis, die wir im öffentlichen bzw. gesellschaftlichen Raum ausüben. Sie verlangt von uns, dass wir Erlerntes vergessen und neu erlernen, dass wir gemeinsam im Hier und Jetzt handeln und aktiv Alternativen entwerfen. Diese Imagination muss in der Gegenwart stattfinden, aber in Geschichte und Erinnerung verankert sein. Im Klartext bedeutet das, bis dahin totege-

schwiegene Aspekte der israelischen Geschichte aufzudecken und der Geschichtsschreibung hinzu-zufügen. Es bedeutet auch, die Frage aufzuwerfen, wie die Geschichte verlaufen wäre, hätte man die Palästinenser*innen nie vertrieben oder den Geflüchteten erlaubt zurückzukehren. Wo sind noch Spuren anderer Vorgehensweisen zu sehen, an welcher Stelle hätte man einen anderen Pfad einschlagen können? Welche Lehren können daraus gezogen werden? – Ein solcher Prozess kann zum Beispiel durch Aktivismus initiiert werden. Aktivismus bedeutet, aus Fehlern zu lernen und Gemeinsamkeiten zu finden – wie die gemeinsamen Interessen von Gruppen, die auf den ersten Blick nichts verbindet – z.B. palästinensische und mizrahische oder orthodoxe Communities. Politische Imagination, wie ich sie vorschlage, ist eine Imagination, die wir miteinander teilen und kontinuierlich im öffentlichen Raum mit anderen verhandeln. Die Gegebenheiten eines jeden Ortes sind in ständigem Wandel, deshalb muss jede neue Hürde und Möglichkeit erkannt und berücksichtigt werden. Die aktuelle Corona-Krise ist ein gutes Beispiel: Historisch gesehen zwingen Pandemien Individuen und Gesellschaften dazu, sich von der Vergangenheit zu lösen und Weltanschauungen zu adaptieren. Möglicherweise hat auch die jetzige Pandemie das Potential, in Israel/Palästina Lern-, Wachstums- und Imaginationsprozesse in Gang zu setzen. Wir mussten erkennen, dass das Virus sich nicht an Grenzen zwischen palästinensischen und israelischen Gebieten hält, es wartet nicht an Kontrollpunkten und lässt sich nicht mit Mauern abhalten. Während die israelische Armee jüngst ein Krankenhaus in Ostjerusalem schloss, das Corona-Tests durchführte, realisieren mehr und mehr Israelis, dass sie den Zerfall des Gesundheitssystems in den besetzten Gebieten und dem Gazastreifen zu verschulden haben. So wurde eine Crowdfunding-Kampagne lanciert, um Gaza mit medizinischen Hilfsgütern zu versorgen – und diese übertraf ihr Ziel prompt um 550 Prozent. Die Ausbreitung des neuen Coronavirus macht sichtbar, dass wir alle in derselben Welt leben und ihre Wohnbarkeit von uns allen abhängt. Sie zeigt, dass wir unser Verhalten, unseren Umgang mit anderen Menschen und unsere Definition davon, wer «wir» sind, verändern können. Wir können unsere Gewohnheiten und Routinen anpassen und unsere Prioritäten anders setzen. Und: Wir können es rasch. Diese Pandemie bietet uns die Chance, uns von unserer jetzigen Lebensweise zu lösen und hoffentlich nie mehr zu den «Dingen, wie sie einmal waren» zurückzukehren – zur perversen Selbstverständlichkeit von Gewalt und Enteignung, die Israel gegenüber den Palästi-

nenser*innen an den Tag legt. Stattdessen gelingt es uns hoffentlich, gemeinsam eine neue Zukunft zu imaginieren.

Weiterführende Literatur:

Hannah Arendt, *Das Urteilen. Texte zu Kants politischer Philosophie*. München, 1985.
Abu-Sitta, Salman H. *Atlas of Palestine, 1917-1966*. London: Palestine Land Society, 2010.
Azoulay, Ariella. *Potential History: Unlearning Imperialism*. Verso, 2019.
Kadman, Noga. *Erased from Space and Consciousness: Israel and the Depopulated Palestinian Villages of 1948*. Translated by Dimi Reider. Bloomington, Indiana: Indiana University Press, 2015.
Khalidi, Walid, ed. *All That Remains: The Palestinian Villages Occupied and Depopulated by Israel in 1948*. Washington, D.C.: Institute for Palestine Studies, 2006.
Morris, Benny. *The Birth of the Palestinian Refugee Problem Revisited*. Cambridge University Press, 2004.
Pappe, Ilan. *The Ethnic Cleansing of Palestine*. Oneworld Publications, 2007.

Online-Ressourcen:

Beiträge von Eitan Bronstein Aparicio, Tsafrir Cohen, Muhammad Jabali und Hana Amoury unter <https://www.rosalux.org.il/>
Zochrot, <https://zochrot.org/en>

Dr. Norma Musih forscht zu Bildwissenschaften und digitalen Medien. Musih hat an der Indiana University promoviert und ist derzeit als Postdoktorandin am Institut für Soziologie und Anthropologie an der Ben-Gurion-Universität in Israel tätig. Vor dem Hintergrund ihrer Erfahrung als Kuratorin und ihrem Engagement als Aktivistin untersucht sie die Verbindung von Bildern und Imagination, indem sie Fotoarchive, Fotos, die Aktivist*innen aufgenommen haben, und digitale Bilder analysiert – mit dem Ziel, eine Übungspraxis für die Imagination zu entwickeln.

Danksagung der Autorin: Ich möchte Tal Zalmanovich, Eran Fisher und Louise Bethlehem für ihre aufmerksamen Anmerkungen zu diesem Artikel danken.

Übersetzung von Gegensatz Translation Collective

I.II Strukturelle Ausbeutung und Gewalt

Die libanesische Revolution: Ohne die Hausangestellten

Ein neues Kapitel des Kafala-Elends im Libanon

Banchi Yimer

Die libanesische Revolution hat hunderttausende Menschen auf die Straßen getrieben, die sich nach einem neuen, aus dem Griff einer korrupten Elite befreiten Land sehnen. Libanes*innen aller sozialen Schichten scheint das Gefühl zu beflügeln, dass die Zukunft ihres Landes endlich in ihren Händen liegt. Doch für ausländische Hausangestellte, die zu den Machtlosen der Gesellschaft gehören, ist noch immer nicht an die Mitgestaltung eines Libanon der Zukunft zu denken. Für viele kommt es nicht infrage, sich den Protesten auf der Straße anzuschließen, weil sie abgeschnitten von der Außenwelt in Haushalten festsitzen und ihren Arbeitgeber*innen schutzlos ausgeliefert sind – Bedingungen, die das repressive Kafala-System¹ ermöglicht.

Dadurch, dass der aufenthaltsrechtliche Status von Arbeitsmigrant*innen an einen Arbeitsvertrag geknüpft ist, öffnet das Kafala-System potentieller Tyrannei durch Arbeitgeber*innen Tür und Tor. Arbeitgeber*innen können Löhne einbehalten, schreckliche Missbrauchsfälle bleiben ohne Konsequenzen (amnesty international, 2019), das Leben der Hausangestellten wird so zur Hölle auf Erden. Ich bin selbst ehemalige Hausangestellte und habe 2017 Engna Legna («Us for Ourselves») gegründet, eine Gruppe äthiopischer Migrant*innen, die für die Arbeitsrechte von Hausangestellten im Libanon eintritt. Als sich die Proteste im Land verbreiteten, fragten sich die Frauen, mit

denen und für die wir in der Community arbeiten, was die Zukunft bringen würde. Manche befürchteten, die friedlichen Proteste könnten sich zu gewaltsamen Konflikten entwickeln. Andere hegten die leise Hoffnung, dass ein Umsturz des politischen Establishments dazu führen könnte, dass Hausangestellte endlich als Menschen mit Grundrechten und Würde anerkannt werden.

Während die Exzesse der politischen und ökonomischen Eliten für viele Libanes*innen das Fass zum Überlaufen gebracht haben, bleiben die von Hausherren begangenen Missbrauchsfälle in der libanesischen Gesellschaft weitgehend ignoriert. Obwohl es im Libanon rund 250.000 ausländische Hausangestellte gibt, macht sich kaum jemand Gedanken über sie. Selbst im aktuellen Revolutionsgeschehen spielt die Forderung nach Gleichstellung der Hausangestellten und Abschaffung von Kafala innerhalb der Diskurse und Aktionen der Bewegung kaum eine Rolle.

Die grausame Ironie besteht darin, dass Arbeitgeber*innen sich die schlechter werdende Wirtschaftslage zunutze machen, um ihre ausländischen Hausangestellten noch weiter auszubeuten, etwa indem sie Löhne einbehalten – eine gängige und gut dokumentierte Praxis. Im Zuge der Finanzkrise gab es dutzende Fälle, bei denen reiche Arbeitgeber*innen behauptet haben, sie seien nicht in der Lage, die dürftigen Löhne ihrer Hausangestellten zu zahlen. Eine der von uns unterstützten Arbeiter*innen ist eine alleinerziehende Mutter, die mit ihrem Einkommen für die Ernährung und Schulausbildung ihrer beiden Kinder in Äthiopien sorgen muss. Sie wurde seit sechs Monaten nicht bezahlt, was ihre Kinder in eine verzweifelte Situation gebracht hat. Als sie ihre Arbeitgeber anflehte, ihr den ausstehenden Lohn

¹ Eine im Libanon und andere Staaten der Region verbreitete Bürgerschaftsregelung, auf deren Grundlage ausländische Arbeitskräfte insbesondere für den Niedriglohnbereich angeworben werden. Ihr Aufenthalt ist an libanesische Staatsangehörige (i.d.R. Arbeitgeber) geknüpft, die sich u.a. für die Arbeiter*innen verbürgen. Lösen diese den Arbeitsvertrag auf, erlischt der legale Aufenthalt der Angestellten. Ausführlich dazu der Artikel «Das Kafala-System schafft sich nicht von allein ab!» im Westasien-Dossier und Beiträge unter: <https://legal-agenda.com/>

auszubehalten, wurde sie brutal geschlagen und immer wieder mit dem Hinweis abgefertigt, es sei kein Geld im Umlauf. Sie müsse Geduld haben und das Ende der Krise abwarten.

Manche Arbeitgeber*innen geben sich alle Mühe, die bohrenden Nachfragen der zurückgelassenen Familien zu unterbinden, indem sie den Arbeiter*innen ihr monatliches Telefongespräch verweigern. In den letzten Wochen erreichten uns unzählige Geschichten von Familien in ländlichen Gegenden Äthiopiens, die, in Unkenntnis der schlimmen Lage im Libanon, von den plötzlichen Zahlungsunterbrechungen überrascht wurden. Die ausfallenden Überweisungen haben schwerwiegende Konsequenzen, wie etwa Ernährungsunsicherheit und mangelnder Zugang zu Bildung. Die unerwarteten Lohnkürzungen strapazieren die Familien auch deshalb, weil sie völlig im Unklaren darüber sind, was ihren Töchtern, Müttern und Schwestern zugestoßen sein könnte – vor allem jetzt, nachdem sich in Äthiopien herumgesprochen hat, dass viele im Libanon beschäftigte Hausangestellte nicht lebendig zurückkehren.

Andere Arbeitgeber*innen begannen, die Löhne in Libanesischen Pfund statt in Dollar zu zahlen, ohne die extreme Abwertung der lokalen Währung zu berücksichtigen. Hausangestellte, die in Pfund bezahlt werden, erleiden erhebliche Verluste. Der Wechselkurs der Libanesischen Lira beträgt offiziell immer noch 1,507 pro US-Dollar, liegt jedoch auf dem Schwarzmarkt – und somit bei tatsächlichen Alltagsgeschäften – inzwischen bei über 2,000. Nach heutigem Stand entstehen den Hausangestellten, die Geld nach Hause schicken, durch den Wechselkurs Einbußen von mindestens 25 bis 30 Prozent.

Die Finanzkrise verschärft auch weitere Praktiken des Missbrauchs, etwa erzwungenen illegalen Aufenthalt und Gefangenensstatus über die Vertragslaufzeit hinaus. Im Kafala-System obliegt es den Arbeitgeber*innen, die für die Erteilung des Aufenthaltsstatus benötigten Dokumente auszufüllen. Theoretisch sind Arbeitgeber*innen außerdem verpflichtet, nach Vertragsende für den Rückflug aufzukommen. Es kam aber immer wieder vor, dass Arbeitgeber*innen vorgetäuscht haben, die Kosten für die Rückreise nicht übernehmen zu können. Seit Beginn der Revolution passiert es zudem zunehmend, dass das vermeintliche Chaos ausgenutzt und den Arbeiter*innen gegenüber fälschlicherweise behauptet wird, der Flughafen sei bis auf weiteres geschlossen. Tatsächlich halten Arbeitgeber*innen die Hausangestellten in Gefangenschaft, denn so entziehen sie sich

einerseits der vertraglichen Verpflichtung, Arbeiter*innen nach Ende ihrer Zweijahresverträge zu entlassen, und umgehen andererseits die vorgeschriebenen Einreisegebühren. Arbeiter*innen hatten nie die Möglichkeit, ihre Arbeitgeber*innen für ihre Vergehen zur Rechenschaft zu ziehen, doch letztere agieren angesichts der unruhigen Zeiten noch skrupelloser.

Auch offizielle libanesische Vermittlungsagenturen haben in den letzten Monaten zur Verschlechterung der Situation des ausländischen Dienstpersonals beigetragen. Uns ist eine ganze Reihe von Vorfällen bekannt, bei denen Mitarbeiter*innen solcher Agenturen sich als Zwischenhändler*innen betätigten. Statt einen direkten Vertrag zwischen Arbeitgeber*innen und Arbeitnehmer*innen aufzusetzen, betrieben sie unter der Hand Geschäfte, verkauften die Arbeitskraft der Arbeiter*innen und beanspruchten den Profit für sich. Diese Zwischenhändler*innen treffen rechtswidrige Vereinbarungen mit den Hausherr*innen und locken Arbeiter*innen in einen Teufelskreis der Sklaverei. Diese schinden sich ohne Lohn in einem Haus nach dem anderen ab, während die Zwischenhändler*innen aus mehreren Quellen gleichzeitig Profite einstreichen. Hinzu kommt, dass die Zwischenhändler*innen die für das Aufenthaltsrecht der Arbeiter*innen nötigen Zahlungen unterlassen, was dazu führt, dass sich diese illegal im Land aufhalten. Jeder Versuch, sich der beschriebenen Situation zu entziehen, könnte also das Eingreifen der Behörden und eine vorschnelle Ausweisung nach sich ziehen.

Arbeiter*innen, denen es gelingt, ihren ausbeuterischen Arbeitgeber*innen zu entkommen, leben zur Miete und sind meist illegal beschäftigt. Auch sie bleiben von den Auswirkungen der Wirtschaftskrise nicht verschont. Viele verloren ihren Job mit der Begründung, es gäbe kein Geld, um sie zu bezahlen. Obwohl sie ihren früheren gefängnisartigen Unterkünften entkommen sind, entstehen diesen Arbeiter*innen zusätzliche Ausgaben für Miete und Nahrungsmittel sowie Fahrtkosten, wodurch sie zunehmend prekär leben. Wir hatten den Fall einer Mutter, der keine andere Wahl blieb, als ihr Kleinkind in ein Waisenhaus zu geben, weil sie es nicht mehr ernähren konnte. Es gibt nach wie vor keine geregelten Alternativen oder Rettungsstrategien zur Unterstützung der verwundbarsten Mitglieder der Gesellschaft.

Mir ist klar, dass viele libanesische Arbeiter*innen keinen Job haben und ihr Ersparnis nach und nach zur Neige geht. Wir verfolgen die Nachrichten.

Lohnkürzungen, gesperrte Konten und Geschichten von Männern, die ihre Familie nicht mehr ernähren können und sich das Leben nehmen, schockieren auch uns. Doch viel zu viele Libanes*innen ohne finanzielle Sorgen nutzen die gegenwärtige ökonomische Unsicherheit, um Hausangestellte als Geiseln zu nehmen und sich eine kostenlose Arbeitskraft zu sichern, und gefährden so die ohnehin prekäre Existenz migrantischer Frauen aus Afrika und Asien noch zusätzlich. Auch Monate nach Beginn des Aufbegehrens haben wir Hausangestellten leider nicht das Gefühl, als hätte die Revolution etwas mit uns zu tun, und wir rechnen nicht damit, dass durch die Veränderungen infolge der Proteste unserem Anliegen Rechnung getragen wird.

Aktivist*innen von Kafa und dem Anti-Racism Movement haben sich mit uns solidarisch erklärt, doch es gibt viel zu wenig konkrete Unterstützung. Ich hoffe darauf, dass es ihnen irgendwann gelingt, eine längst überfällige gesellschaftliche Debatte über die Rolle von Hausangestellten in der libanesischen Gesellschaft und mögliche Wege zur Verbesserung ihrer Situation anzustoßen.

Weitere Beiträge:

amnesty international (2019), [«Their house is my prison.» Exploitation of migrant domestic workers in Lebanon.](#)

Anna Theresa Bachmann (2018), [«Das Kafala-System schafft sich nicht von allein ab!».](#) Beitrag im Westasien-Dossier.

Moritz Behrendt (2018), [Wo Hausangestellte wie Sklaven gehalten werden. Menschenrechte im Libanon.](#) Radiobeitrag in Deutschlandfunk Kultur, 19.11.2018

Banchi Yimer ist eine ehemalige Hausangestellte und hat fast zehn Jahre lang im Libanon gelebt. Gemeinsam mit anderen äthiopischen Arbeitsmigrant*innen gründete sie *Engna Legna* («Us for Ourselves», <https://egnalegna.org/>), eine gemeinschaftsbasierte Organisation, die für die Belange migrantischer Hausangestellter und Frauen in Libanon und Äthiopien eintritt.

Übersetzung von Katharina Martl und Utku Mogultay für *Gegensatz Translation Collective*. Der Artikel wurde im Original auf <https://thepublicsource.org> veröffentlicht.

Ahlams Schreie – Es gibt keine Freiheit ohne die Freiheit der Frauen

Proteste gegen häusliche Gewalt in Jordanien

Hanna Al-Taher

Hunderte Menschen versammelten sich am 22. Juli 2020 vor dem jordanischen Parlament, um gegen häusliche Gewalt zu protestieren und Gerechtigkeit und Sicherheit für Frauen einzufordern. Auslöser war die Ermordung von Ahlam, einer etwa 30-jährigen Jordanierin, die Augenzeugenberichten zufolge brutal von ihrem Vater erschlagen worden war. Bei der Kundgebung waren zahlreiche Flyer mit der Aufschrift «Ahlams Schreie» zu sehen. Der Protest ist Teil der Bewegung «Frauenscreie» – der Slogan, unter dem sich die Protestierenden immer wieder versammeln oder online organisieren. Denn Ahlams Hilferufe, wie auch die Hilferufe anderer Frauen vor ihr, wurden ignoriert. Ahlam ist bereits die neunte Frau, die seit Anfang des Jahres in Jordanien ermordet wurde. Verantwortlich hierfür machen die Aktivist*innen das gefährliche Fehlverständnis von Ehre und Geschlechterrollen seitens der Mörder, bei denen es sich meist um männliche Familienmitglieder handelt.

Die Menschen vor dem Parlament sind wütend und sie haben Forderungen: Insbesondere fordern sie eine Reform des Strafrechts. Sie kritisieren die vorherrschenden patriarchalen Gesellschaftsstrukturen, das Schweigen großer Teile der Gesellschaft und die Inaktivität der Gesetzgeber. Im Umfeld der Stadtverwaltung von Amman war zu hören, dass Ahlam doch nicht die erste Frau sei und auch sicher nicht die letzte bleiben werde, die auf diese Weise ums Leben kommt. Diese Einstellung ist den Aktivist*innen zufolge weit verbreitet und Teil des Problems. Es ist genau diese Gleichgültigkeit und die Normalisierung von Gewalt bis hin zu Mord, die die Menschen auf die Straße treibt. Dem Protest vor dem Parlament war einen Tag vorher ein *Sit-In* (Jordan Times, 21. Juli 2020) in unmittelbarer Nähe des Amtssitzes von Premierminister Omar Razzaz vorangegangen, um einen besseren Rechtsschutz für Frauen zu fordern.

Artikel 340 des jordanischen Strafrechts

Jordaniens aktuell geltendes Strafrecht von 1960 ist deutlich vom libanesischen Strafrecht aus dem Jahr 1943 geprägt. Dieses hat die Bestimmungen zur Kriminalität gegen Frauen aus dem französischen Strafrecht der Kolonialzeit, dem Code Pénal von 1810, übernommen. Auch der inzwischen aufgehobene Artikel 340 des jordanischen Strafrechts hat hier seinen Ursprung. Dieser Artikel hatte es jordanischen Gerichten bis 2018 ermöglicht, leichtere Strafen gegen Personen, meistens Männer, zu verhängen, die weibliche Familienangehörige ermorden. Dass dieser Artikel 2018 endlich aufgehoben wurde, ist vor allem der unermüdlichen Arbeit generationsübergreifender feministischer und Frauenrechtsgruppen geschuldet.

AbuZainEddin ist Teil einer Gruppe junger jordanischer Feministinnen, die für strukturelle Änderungen demonstriert haben, damit Opfer von häuslicher Gewalt endlich wirkungsvoll geschützt werden können. Derzeit existieren in Jordanien lediglich acht, von der *Jordanian Women's Union*, UN Women, UNICEF und der norwegischen Regierung finanzierte Frauenhäuser [Stand: 2019]. Erst seit 2018 wird ein erstes Schutzhaus von der jordanischen Regierung selbst betrieben. Diese winzigen Veränderungen sind dem unermüdlichen Einsatz von Menschen wie AbuZainEddin, der Anwältin Hala Ahed und den vielen andere Aktivistinnen zu verdanken. Auch am 22. Juli 2020 war AbuZainEddin wieder vor dem Parlament anzutreffen, wo sie lautstark einen der vielen Sprechchöre anleitete: *Soziale Gerechtigkeit für die Jordanische Frau! Freiheit! Nieder mit dem Patriarchat! Für eine feministische Revolution! Für ein ideologisches Umdenken!* (Video auf Twitter @abuzaineddin).

Die Herausforderungen bleiben groß. Artikel 340 wurde zwar abgeschafft, doch es gibt im Zusammenhang mit häuslicher Gewalt noch andere problematische Bestimmungen im Strafrecht. Artikel 99 etwa erlaubt es, das Strafmaß um die Hälfte zu reduzieren, wenn die Familie des Opfers beschließt, keine rechtlichen Schritte einzuleiten, oder dem Mörder formell zu verzeihen. Das Strafmaß kann ebenfalls gesenkt werden, wenn die Verteidigung des Angeklagten damit argumentiert, dass die Tat im Affekt begangen wurde und

der Täter aus Wut darüber handelt, dass Scham über seine Familie gebracht wurde. Im Kontext globaler patriarchaler Strukturen scheinen Ansehen und Status von Männern häufig an die Körper von Frauen gebunden - nicht nur in Jordanien.

Allgemein besteht eine deutliche Diskrepanz zwischen dem moderaten Image, das Jordanien im Ausland pflegt, und der politischen Realität vor Ort. Am härtesten trifft es jene Frauen, die kein Einkommen haben oder über ihr Einkommen nicht selbst verfügen dürfen. Sie haben kaum praktische Möglichkeiten, sich gefährlichen Situationen in ihren Familien zu entziehen. Internationale Projekte, die performativ Initiativen zur Gleichberechtigung fördern, sind in vielen Fällen ungenügend und können die für Frauen gefährlichen Machtgefälle sogar stabilisieren. Während sich Jordanien als stabiles und sicheres Land inszenieren kann bzw. inszeniert wird, wird nicht danach gefragt, für wen diese Sicherheit gilt. Für Frauen wie Ahlam augenscheinlich nicht. Welchen Preis zahlen wir also für diese Stabilität, die uns angeblich schützt? Oder, um es wie die britisch-ägyptische Journalistin Yusra Imran auszudrücken: Jordanien hat zwar glitzernde Shopping Malls, Tech Start-ups und schnelles Internet, die Gesetzeslage ist aber entschieden anachronistisch (The New Arab, 23. Juli 2020).

Hanna Al-Taher ist Sozialwissenschaftlerin und arbeitet in Amman, Gießen und London.

I.III (Ohn)Macht und staatliches Versagen

Was Gaza mit München gemeinsam hat

Der Wassersektor im Gazastreifen, ein (un)lösbares Problem?

Clemens Messerschmid

Ein UN-Bericht aus dem Jahr 2012¹ prognostizierte, dass Gaza im Jahr 2020 unbewohnbar sein würde. Zum großen Teil stützte er sich dabei auf die katastrophale Lage im Wassersektor. Bereits 2016, so der Bericht, würde der Grundwasserleiter, der Küstenaquifer, unbrauchbar versalzen. Bis 2020 wäre er dann irreversibel geschädigt. Grund genug, sich jetzt mit der Wassersituation in Gaza zu befassen.

Die Wassernot im Gazastreifen ist beinahe sprichwörtlich. Jedes Kind weiß, dass der schmale Küstenstreifen zu viele Menschen und zu wenig Wasser hat. So zumindest die scheinbare Gewissheit fast aller Berichte.

Kaum jemand denkt bei Gaza an einen Landstrich, der einst für seine frischen Quellen berühmt war. Alexander III. von Makedonien (*aka* Alexander der Große) machte im 4. Jahrhundert v. u. Z. hier auf seinen Eroberungszügen zur Erholung halt. Und noch während des britischen Mandats im frühen 20. Jahrhundert war Gaza bekannt für seine produktive Landwirtschaft, sein Gemüse und seine Plantagen mit Zitrusfrüchten, die als Exportgüter Europa versorgten.

Gaza ist seit 1948 unbewohnbar

Das alles änderte sich schlagartig nach 1947. Die heutige Malaise des Küstenstreifens geht auf die Ereignisse der Jahre 1947-49 zurück, welche auf Arabisch als «Katastrophe» (*Nakba*) bezeichnet werden. Während dieses Krieges gewann Israel seine Unabhängigkeit, die Palästinenser*innen nicht – sie verloren ihr Land und damit auch ihr Wasser. Israel annektierte 70 Prozent mehr Land als ihm nach dem UN-Teilungsbeschluss von 1947 zugestanden hatte und vertrieb fast die gesamte indigene palästinensische Bevölkerung, vor allem im Gebiet der Küstenebene, an die der Gazastreifen grenzt. Hunderttausende Palästinenser*innen verloren ihren gesamten Besitz, viele von ihnen flüchteten nach Gaza.

Durch die gewaltsamen Annexionen schrumpfte der vormalige Gaza Sub-Distrikt² unter dem Britischen Mandat von 1.111,5 km² vor der *Nakba* auf die Hälfte seiner Größe (555 km²) im Jahre 1949 und auf weniger als ein Drittel (die heutigen 362 km²) im Jahre 1950. Vor allem aber bedeutete dies eine massive Wasserenteignung: Hatte der Distrikt noch 1947 eine Brunnenförderrate von 26,6 Millionen Kubikmetern jährlich, so blieben davon im

¹ UNSCO, 2012, Gaza in 2020. A liveable place? A report by the United Nations Country Team in the occupied Palestinian territory, <https://www.unrwa.org/userfiles/file/publications/gaza/Gaza%20in%202020.pdf>.

² Salman Abu Sitta, 2016, Gaza Strip: The Lessons of History, in: «Gaza as Mataphor», hg. von Helga Tawil und Dina Matar, Hurst and Company, <https://www.plands.org/en/articles-speeches/articles/2016/gaza-strip-the-lessons-of-history>.

engen Küstengürtel lediglich 3,1 Millionen Kubikmeter übrig – Gaza verlor also 89 Prozent seines vorherigen Wasserbestands. Zugleich verdreifachte sich die Bevölkerung über Nacht von 84.500 Menschen im Jahr 1948 auf 240.000 Menschen zwei Jahre später: Es herrschte katastrophaler Notstand an allem, insbesondere auch an Wasser. Nominal standen den Menschen weniger als 35 Liter täglich zur Verfügung – für alle Zwecke: Gewerbe, Landwirtschaft und Trinkwasser. Vor allem für die neu angekommenen Flüchtlinge bedeutete das oftmals weniger als 20 Liter pro Tag während der ersten Wochen und Monate – es ging ums nackte Überleben. Aus Monaten wurden Jahre, aus Jahren Jahrzehnte und das Problem blieb das gleiche, es vertiefte sich nur stetig. Seit 72 Jahren, also seit der *Nakba*, ist Gaza «unbewohnbar», wie es der UN-Bericht für 2020 prognostiziert, jedenfalls dann, wenn man unter Wohnen mehr als das reine Überleben versteht. Krank, erschöpft, gedemütigt, verzweifelt und ohne Hoffnung auf Besserung – «über»leben können die Bewohner*innen wohl auch noch weitere 20 oder 50 Jahre – aber sollen sie es, zwingen wir sie dazu?

Die Besatzung und ihre Folgen

1967 kam die Besatzung hinzu, unter der Israel vor allem zwei Dinge tat: Erstens unterband es dringend benötigte palästinensische Brunnenbohrungen³ – allerdings nie so strikt und systematisch wie in der wasserreichen Westbank⁴. Zweitens vernachlässigte Israel systematisch seine Pflichten als Besatzungsmacht in Bezug auf Aufbau und Entwicklung der Wasser- und Abwasserinfrastruktur. Kein einziges modernes, also dreistufiges Klärwerk wurde während fast 40 Jahren errichtet, und die wenigen, ein- oder zweistufigen Anlagen waren bereits bei ihrer Planung hoffnungslos unterdimensioniert. Allerdings wartete Israel mit einer weltweit einzigartigen Neuerung auf, den sogenannten *Infiltration Lagoons*, also künstlich gegrabenen Abwasserteichen, die am Boden perforiert waren und so das kaum gereinigte Abwasser direkt in den empfindlichen flachgründigen Süßwasseraquifer leiteten; die Verschmutzung des Grundwassers schoss

³ Zugleich bekamen die israelischen Siedlungen im Gazastreifen das Zehnfache an frischem Wasser zur Verfügung gestellt, sowohl aus gesonderten Siedlungsbrunnen im Gazastreifen als auch über Fernleitungen aus Israel. [reliefweb.int, www.haaretz.com.

⁴ Das liegt an einfachen strategischen Überlegungen: Gaza liegt im Unterlauf, sozusagen stromabwärts im Grundwasserfluss. Egal, wie viel dort gebohrt wird, es hat kaum Einfluss auf die Brunnenstände in Israel. Hingegen fehlt Grundwasser, das natürlich aus der Westbank fließt in Israel, wenn es von palästinensischen Brunnen abgepumpt wird.

in die Höhe – ablesbar am Nitratgehalt. Dahinter stand die Überlegung, dass es besser wäre, Gazas einzige Trinkwasserressource systematisch und aktiv mit schwer belastetem Abwasser zu kontaminieren, als dass dieses Abwasser ins Meer gelange, wo es auch die umliegenden (israelischen) Badestrände beträfe. Diese Methode wurde jahrzehntelang angewendet.

Bereits zu Beginn der Oslo-Interimsperiode, also Mitte der 1990er Jahre, war Gaza längst zu einem «Notfall» geworden, darin waren sich alle UN- und Geberorganisationen einig. Was ist seither geschehen? Eine wachsende Bevölkerung, mehr Brunnen, steigende Entnahmen und dadurch rapide sinkende Grundwasserspiegel, die zu einem Eindringen von Salzwasser – nicht nur Meerwasser, sondern auch Brackwasser aus Israel – führen.

In der Folge ist im Gazastreifen immer weniger Wasser vorhanden und das wenige Wasser ist immer stärker verschmutzt⁵. Das ist allgemein bekannt. Der Wassernotstand in Gaza ist aber weder neu noch droht ihm eine plötzliche qualitative Wende im Jahre 2016 oder 2020. Die Misere im Wassersektor besteht seit 1948, sie existierte 1967 und auch 1987 – beim Ausbruch der ersten Intifada. Während des sogenannten Oslo-Friedensprozesses in den 1990er Jahren nahm die Malaise weiter zu; über all die Jahre kamen ständig neue Kommissionen und stellten ein ums andere Mal fest: Es gibt in Gaza zu wenig Wasser für zu viele Menschen.

Warum der katastrophale Wassernotstand?

Viele Texte behaupten, Gaza sei das am dichtesten bevölkerte Land der Erde – eine Irreführung: 2005, als der israelische Premierminister Ariel Sharon seine Truppen und Siedler*innen aus dem Gazastreifen abzog, betrug die Bevölkerungszahl rund 1,3 Millionen Menschen auf einer Fläche von 362 km² – was exakt der Fläche Münchens entspricht. Warum also ist Gaza, anders als München, nicht für seinen hohen Lebensstandard bekannt? Warum existiert dort ein katastrophaler Wassernotstand? Es liegt nicht am Klima und nicht an der Bevölkerungsdichte. Es hat andere, rein politische und vor allem künstlich erzeugte Gründe.

⁵ Unter den Bedingungen in Gaza können nur zwei Stoffe regelmäßig und flächendeckend gemessen werden: Chloride zeigen die steigende Versalzung an, Nitrate die zunehmende Belastung durch Landwirtschaft und v.a. Abwasser, nicht zuletzt jene *Infiltration Lagoons*, in denen die Kloake inzwischen völlig ungeklärt versickert.

Konzeptionell liegt der Irrtum darin, von Gaza als einem Land (oder gar Staat) zu sprechen. Gaza ist aber kein Land: Rein technisch betrachtet ist der gesamte Gazastreifen mit einer Urbanisierungsrate von 96% eine Stadt und zwar eine, die im globalen Vergleich mit dicht besiedelten Metropolen keineswegs an der Spitze, sondern im Mittelfeld liegt. Deshalb sollte Gaza auch als Stadt angesehen und behandelt werden, insbesondere planungstechnisch und wasserwirtschaftlich.

Die einzige abgeriegelte Stadt der Welt

Dann nämlich tritt die Einzigartigkeit Gazas tatsächlich zutage: Gaza ist die einzige Stadt auf der Welt, die hermetisch abgeriegelt und ohne Außenverbindung ist. Es gibt keine einzige andere Stadt auf dem Planeten Erde, die sich autark, aus ihrer eigenen Stadtfläche heraus mit Wasser versorgen könnte, müsste oder sollte. München bekommt sein Wasser aus den Alpen, New York aus hunderten Kilometern entfernten riesigen Trinkwasserschutzgebieten. Keine Stadt kann sich aus ihrem Stadtgebiet mit Wasser versorgen, keine Stadt muss es, keiner wird das zugemutet, nur Gaza. Deswegen laufen auch fast alle – auch die wohlmeinendsten Planungen für Gazas Wassersektor – in die Irre oder buchstäblich ins Leere. Gaza müsste geholfen werden wie jeder anderen Stadt, denn nichts anderes bedeutet urbaner Raum: Dicht besiedelt besteht dort Industrie, Handwerk und Dienstleistungsgewerbe, gibt es dort eine hohe Arbeitsproduktivität und in der Regel auch eine Verdichtung von Bildung, Ausbildung, Wissenschaft, Technik und Kulturschaffen. Aber urbane Räume haben und benötigen eine rurale Umgebung, das Hinterland. Von hier beziehen sie ihre Ressourcen, Rohstoffe, Nahrungsmittel und Wasser – jede Stadt, überall auf der Welt. Nur bei Gaza ist genau dies nicht der Fall.

Gaza soll, geht es nach den offiziellen Planungen, «unabhängig» gemacht werden – die Quadratur des Kreises und, salopp gesagt, zum Schaden noch den Spott. So schlägt der besagte UN-Bericht aus dem Jahr 2012 als kurzfristige Maßnahmen vor, geklärtes Abwasser wieder zu verwerten und Meerwasser in kleinerem Umfang zu entsalzen. Langfristig plädiert er für die Ausbesserung von Wasserleitungen, die Fertigstellung neuer Klärwerke und Meerwasserentsalzung in großem Maßstab. Niemandem scheint aufzufallen: Wasserleitungen sind nur Gefäße, nicht das Wasser selbst. Abwasser kann nur in dem Umfang geklärt und wiederverwendet werden, in dem es zuvor als frisches Trinkwasser für den Hauswasserver-

brauch aufgebracht und genutzt werden konnte – genau hieran fehlt es jedoch in Gaza. Bleiben noch die Megaentsalzungsanlagen als alleiniges Allheilmittel, die aber für eine Stadt wie Gaza völlig untauglich und auch weltweit als ökologisch äußerst problematisch gelten.

Gaza muss wieder mit der Welt verbunden werden

Was Gaza, was seine Menschen brauchen, ist, endlich so behandelt zu werden, wie jede andere Stadt der Erde. Welche Stadt würde auch nur einen Tag überleben, wenn alle Straßen, alle Gleise, alle Häfen oder Flughäfen, ja sogar Fußpfade hermetisch abgeriegelt würden? Gaza muss endlich wieder mit der Welt verbunden werden. Für das Wasser heißt das konkret: Gaza muss von außen mit Wasser versorgt werden – so wie bis 2005 die (völkerrechtlich illegalen) israelischen Siedlungen. Israel rühmt sich, eine sogenannte *Water Surplus Economy* zu sein, also ein Land und ein Wassersektor mit Wasserüberschüssen; der *Water Carrier* endet allerdings direkt vor Gaza. So wie die wasserreiche Westbank sollte Gaza endlich erlaubt werden, Wasser in großem Umfang von Israel zu kaufen – als unmittelbare Sofortmaßnahme, nicht in zwei oder fünf Jahren, sondern sofort.

Über die politische Frage der palästinensischen Wasserrechte kann dann gesprochen werden, wenn zumindest ein Minimum an menschenwürdiger Grundversorgung mit Wasser sichergestellt ist.

Weitere Beiträge im Westasien-Dossier:

Palästina 2030: eine Dystopie. Muriel Asseburg von der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) skizziert in diesem Interview für das Westasien-Dossier Szenarien in einem Zeithorizont bis 2030 und macht deutlich, dass die Dystopie nur durch ein entschiedenes Umsteuern verhindert werden kann <https://www.rosalux.de/news/id/43213>.

Gaza. 2020. Unbewohnbar. Die Schwerpunktseite des Westasien-Dossiers <https://www.rosalux.de/dossiers/westasien/gaza-2020-unbewohnbar> u.a. mit Beiträgen von Helga Baumgarten und einem Kommentar von Fidaa Al Zaanin.

Clemens Messerschmid lebt und arbeitet seit 23 Jahren als Hydrogeologe in den besetzten palästinensischen Gebieten.

Problematischer «Wiederaufbau» in Syrien

Die Pläne sind längst geschmiedet. Das Dilemma: Eine Förderung des Aufbaus in Syrien unterstützt immer auch das Assad-Regime

Harald Etzbach

Im März 2019 jährt sich der Beginn der syrischen Revolution zum achten Mal, und es scheint, als werde das Assad-Regime den aus dieser Revolution hervorgegangenen Krieg für sich entscheiden. Daher geht es, wenn von Wiederaufbau die Rede ist, nicht nur um die enormen materiellen Zerstörungen und die Kosten, die notwendig sind diese zu beseitigen, sondern wesentlich auch um die Folgen, die sich aus dem Wiederaufbau für die politische, ökonomische und soziale Nachkriegsordnung ergeben.¹

Nicht verwunderlich ist, dass das Assad-Regime wiederholt erklärt hat, der Wiederaufbau des Landes solle vor allem von seinen Verbündeten geleistet werden. Russlands ökonomische Rolle ist schon in den letzten Jahren parallel zu seiner militärischen Bedeutung für das Überleben des Assad-Regimes deutlich gewachsen. Bereits im Oktober 2015 führte der Besuch einer russischen Delegation in Damaskus zum Abschluss von Verträgen in Höhe von insgesamt mindestens 850 Millionen Euro.² Ein Jahr später, im November 2016, erklärte der syrische Außenminister Walid Mualllem anlässlich des Besuchs einer weiteren russischen Delegation, Russland stehe beim Wiederaufbau Syriens Priorität zu (Euronews 22.11.2016). Im Januar 2018 unterzeichnete Moskau ein bilaterales

Abkommen mit Damaskus, das ihm exklusive Förderrechte für Öl und Gas in Gebieten unter unmittelbarer Kontrolle des Assad-Regimes einräumte.³ Diesem Abkommen folgte die Ankündigung (Radio Free Europe, 14.2.2018), des russischen Energieministers Alexander Nowak, dass Moskau mit Syrien einen «Fahrplan» zur «Wiederherstellung von Ölfeldern und Entwicklung neuer Lagerstätten» unterzeichnet habe. Im Oktober 2018 wurde schließlich die Zusammenarbeit zur Verbesserung der syrischen Ölförderanlagen angekündigt.

Zusätzlich zu den Investitionen im syrischen Energiesektor haben russische Unternehmen in anderen Sektoren der syrischen Wirtschaft Verbindungen aufgebaut um sicherzustellen, dass Damaskus strategisch wichtige Aufträge an russische Unternehmen vergibt. Im März 2018 sicherten sich russische Unternehmen Vorabvereinbarungen bei 26 Projekten (Financial Times, 2.3.2018), darunter bei Projekten zur Stromerzeugung in Homs, bei einer Eisenbahnlinie, die den internationalen Flughafen von Damaskus mit dem Stadtzentrum verbindet, und bei einer Reihe von Industrieanlagen, die nach russischer Einschätzung eine entscheidende Rolle für die zukünftige Entwicklung Syriens spielen werden.

Auch Iran will vom syrischen Wiederaufbau profitieren, zumal die militärische Intervention zugunsten des Assad-Regimes sehr kostspielig war. Über den Umfang der militärischen und ökonomischen Unterstützung Irans für das Assad-Regime gibt es

sehr unterschiedliche Schätzungen, die Rede ist von 30 bis 105 Milliarden US-Dollar⁴.

Das iranische Engagement in Syrien geht jedoch über eine konventionelle ökonomisch-militärische Präsenz hinaus und zielt auf eine längerfristige Verankerung in der syrischen Gesellschaft: Eine wichtige Rolle spielen dabei die besonderen finanziellen und ideologischen Institutionen Irans. Zusammen mit etwa einem Dutzend anderer mit dem Iran verbundenen Organisationen arbeitet zum Beispiel Dschihad al-Bina, eine islamische Wohltätigkeitsstiftung, die nach dem Krieg vom Sommer 2006 den Wiederaufbau Südbeiruts finanzierte und organisierte, bereits an großen Infrastrukturprojekten in Syrien⁵. In Aleppo, Homs und anderen Städten sollen mit Hilfe der Stiftung Schulen, Straßen und Krankenhäuser wieder aufgebaut und Familien der von Iran finanzierten syrischen Milizionäre unterstützt werden.

Inwieweit andere regionale Akteure sich an Wiederaufbaumaßnahmen in Syrien beteiligen werden, bleibt abzuwarten und hängt wesentlich von der Entwicklung geopolitischer Dynamiken in der Region ab. So lässt sich etwa seit einiger Zeit eine Annäherung zwischen Syrien und den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) (Khaleej Times 21.1.2019), aber auch Saudi-Arabien (Saudi Gazette 4.2.2019) beobachten. Hintergrund dürfte u.a. der Wunsch der VAE und Saudi-Arabiens nach einer Zurückdrängung des iranischen Einflusses sein.

Allerdings wirft bereits das Ausmaß der Zerstörung die Frage auf, ob russisches, iranisches und sogar chinesisches Kapital (South China Morning Post, 29.12.2018) für den Wiederaufbau des Landes ausreicht. Insbesondere Russland und der Iran haben selbst eine Reihe von gravierenden wirtschaftlichen Problemen. Vor diesem Hintergrund ist es wenig verwunderlich, dass Russland seit einiger Zeit versucht, die Länder der Europäischen Union für Investitionen in den syrischen Wiederaufbau zu gewinnen (Marwan Kabalan, in Al Jazeera, 29.10.2018). Die russische Regierung spielt dabei offen die Flüchtlingskarte: Der Wiederaufbau Syriens soll die Rückkehr der Geflüchteten ermöglichen und so der rassistischen Rechten in Europa den Wind aus den Segeln nehmen. Umgekehrt versucht z.B. die deutsche Regierung

⁴ Borzou Daragahi, Iran Wants to Stay in Syria Forever, Foreign Policy, Argument, 1.6.2018, <https://foreignpolicy.com/2018/06/01/iran-wants-to-stay-in-syria-forever/>.

⁵ Aymenn Jawad Al-Tamimi, Reconstruction in Syria: Interview with Jihad al-Bina', 4.1.2019, <http://www.aymennjawad.org/2019/01/reconstruction-in-syria-interview-with-jihad-al>.

(The New Arab, 14.9.2018), Investitionen in Syrien von Vereinbarungen über eine politische Lösung abhängig zu machen. Keine dieser beiden Strategien war bislang erfolgreich.

Nicht zuletzt hängt die Frage des Wiederaufbaus aber auch davon ab, inwieweit das Assad-Regime in der Lage ist, in den Regionen, die unter seiner Kontrolle stehen, Stabilität und ein investitionsfreundliches Geschäftsumfeld zu schaffen.

Tatsächlich hat das Regime den Wiederaufbau bisher benutzt, um die eigene Macht zu festigen. Eine wichtige Rolle spielen dabei die von Präsident Assad erlassenen Dekrete 66 und 10, die unter dem Vorwand, die Grundlage für den Wiederaufbau zu legen, umfangreiche Enteignungen von Häusern und Landbesitz ermöglichen und mit der Vertreibung der bisherigen Bewohner*innen und Besitz*innen einen weitreichenden Prozess des politisch motivierten Bevölkerungsaustauschs in Gang setzen. Dekret 66 von 2012 betrifft den Wiederaufbau zerstörter Gebiete in den Vororten von Damaskus (Syrian Arab News Agency, SANA, 26.12.2017). Doch ist das Ziel nicht die Wiederansiedlung der ursprünglichen Bewohner*innen, sondern die Schaffung luxuriöser Wohngebiete in unmittelbarer Nähe der Hauptstadt. Die Umsetzung des Dekrets 66 bedeutet, einen demographischen Wandel in Verbindung mit der Durchsetzung politischer Loyalität gegenüber dem Regime herzustellen. So soll in Damaszener Vororten wie etwa Basatin al-Razi⁶ – 2012 eine der Hochburgen der Proteste gegen das Regime – anstelle regimekritischer Bewohner*innen aus der Arbeiterklasse eine wohlhabende regimetreue Bevölkerung angesiedelt werden. Der Wiederaufbau (tatsächlich eher die Zerstörung und eine daran anschließende sozio-ökonomische Umwandlung) von Basatin al-Razi ist eines der größten Investitionsvorhaben in Syrien mit einem Volumen von mehreren hundert Millionen US-Dollar.

Dekret 10 ist in gewisser Weise eine Ausweitung der Bestimmung von Dekret 66 auf nationaler Ebene. Erlassen im April 2018 nach der Eroberung von Ost-Ghouta ermöglicht Dekret 10 die Einrichtung von sogenannten «Entwicklungszonen» für den Wiederaufbau. Innerhalb dieser Zonen können sämtliche Immobilien, Grundstücke und Agrarflächen enteignet werden, sofern sie nicht in den Katastern registriert sind.

⁶ Tom Rollins, Decree 66: The blueprint for al-Assad's reconstruction of Syria?, The New Humanitarian, 20.4.2017 <https://www.thenewhumanitarian.org/investigations/2017/04/20/decrees-66-blueprint-al-assad-s-reconstruction-syria>

¹ Zum problematischen Wiederaufbau im Irak s. den Beitrag von Ansar Jasim im Westasien-Dossier: Von tödlichen Wasserhähnen und fiktiven Krankenhäusern [<https://www.rosalux.de/publikation/id/42596/von-toedlichen-wasserhaehnen-und-fiktiven-krankenhaeusern?cHash=e49187b5f72ca7a67c92fab6a68486ca>].

² Neil Hauer 2017, To the victors, the ruins: the challenges of Russia's reconstruction in Syria, ODR, <https://www.opendemocracy.net/en/odr/to-victors-ruins-challenges-of-russia-s-reconstruction-in-syria/>.

³ Viktor Katona, Russia Is Taking Over Syria's Oil And Gas, 14.2.2018 <https://oilprice.com/Energy/Energy-General/Russia-Is-Taking-Over-Syrias-Oil-And-Gas.html>.

Liegt eine solche Registrierung nicht vor, muss der Besitz innerhalb eines Jahres durch die Vorlage entsprechender Dokumente nachgewiesen werden. Faktisch handelt es sich bei Dekret 10 um ein Enteignungsgesetz. Denn abgesehen davon, dass 70 Prozent aller Syrer*innen keine gültigen Papiere mehr besitzen⁷, ist es für viele von ihnen sowie so nicht möglich, ihre Ansprüche anzumelden, da sie mit einer Rückkehr nach Syrien Verhaftung, Zwangsrekrutierung oder gar den Tod riskieren.⁸

Auch Dekret 10 soll zur politischen Homogenisierung der Bevölkerung eingesetzt werden. So erklärte der syrische Minister für Lokalverwaltung und Umwelt, Hussein Maklouf, die Verordnung solle zuerst in Baba Amr in Homs, in Harasta in der Region Ost-Ghouta und in einigen Teilen von Aleppo angewandt werden.⁹ Alle diese Gebiete sind ehemalige Hochburgen der Opposition, die vom Regime nach langen Belagerungen und Hungerblockaden wieder erobert wurden.

Die Aufträge für den Wiederaufbau werden dabei an Unternehmer*innen und Investoren vergeben, die dem Regime nahestehen. Der Fall Basatin al-Razi kann hier geradezu als Modell für die Wiederaufbaupläne des Regimes insgesamt gelten. Das Projekt in Basatin al-Razi wird vom syrischen Regime mit Hilfe der Organisation Cham Holdings betrieben, die eigens zu diesem Zweck gegründet wurde und sich im Besitz des Gouvernements von Damaskus befindet. Rami Makhlouf, Assads Cousin und einer der reichsten Geschäftsleute Syriens, ist Mehrheitsaktionär von Cham. Eine enge Zusammenarbeit besteht mit der Aman-Gruppe des syrischen Unternehmers Samer Foz, dessen Vater bereits ein Vertrauter von Hafiz al-Assad war. Im August 2017 kündigte Aman zusammen mit dem Gouvernement von Damaskus die Gründung der Aman Damascus Joint Stock Company an, mit einem Kapital von 18,9 Millionen US-Dollar. Vor dem Deal mit der Aman-Gruppe hatte Damaskus Cham ein ähnliches Joint-Venture mit der Zubaidi und Qalei LLC gegründet. Dieses Unternehmen befindet sich im Besitz von Khaled Al-Zubaidi und Nader Qalei, zwei mächtigen Geschäftsleuten aus

Damaskus mit engen Verbindungen zum Regime.¹⁰ Mit verschiedenen syrischen Banken hat Cham zudem eine Finanzierungsgesellschaft gegründet, darunter auch mit der von Mohammad Halabi geleiteten al-Baraka Bank. Halabi war zuvor stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der Syria International Islamic Bank, die 2011 und 2012 wegen ihrer Rolle bei Waffengeschäften für das Assad-Regime mit internationalen Sanktionen belegt wurde (US Department of Treasury, 30.5.2012).

Die Umgestaltungspläne für Basatin al-Razi sind weitreichend: Nach Angaben des Gouverneurs von Damaskus sollen die alten Häuser im gesamten Viertel abgerissen werden, um ein Wohngebiet gehobener Preisklasse unter dem Namen «Marota City» zu errichten. Die 2,15 Millionen Quadratmeter große Erschließung soll 12.000 Wohneinheiten für schätzungsweise 60.000 Einwohner*innen umfassen. Geplant sind unter anderem mindestens drei Hochhäuser mit 50 Stockwerken.

Der politische, ökonomische und rechtliche Rahmen des Wiederaufbaus in Syrien wird wesentlich von den sich zum Teil überschneidenden, teils einander widersprechenden Interessen eines durch den Krieg weiter brutalisierten Regimes, seiner militärisch-politisch Verbündeten und einer mit dem Regime verbundenen Kapitalistenklasse bestimmt. Daher steht jede Förderung des Wiederaufbaus in Syrien vor dem Dilemma, dass sie mittelbar oder unmittelbar zur Unterstützung des Regimes beiträgt. Ob, wie verschiedentlich vorgeschlagen, eine an Bedingungen geknüpfte Aufbauhilfe Erfolg haben wird, bleibt angesichts der Unnachgiebigkeit des Regimes und seines nach den militärischen Erfolgen der letzten Zeit wiedergewonnenen Selbstbewusstseins mehr als fraglich. Möglich sind alternative Wege des Wiederaufbaus vielleicht in Gebieten, die der Kontrolle des Regimes entzogen sind, allerdings wird sich der Wiederaufbau auch hier an den Interessen der jeweils dominierenden Besatzungsmacht (wie etwa der Türkei etc.) orientieren – keine erfreuliche Perspektive für die Zukunft Syriens, aber wohl zumindest im Augenblick eine realistische.

Harald Etbach ist Historiker und Politikwissenschaftler und arbeitet als Übersetzer und Journalist. Er publiziert zu Themen des Nahen Ostens und zur US-amerikanischen Außenpolitik.

¹⁰ Private Investors to Benefit from Government Investment in Real Estate Project, Syria Report, 2017 <http://syria-report.com/news/real-estate-construction/private-investors-benefit-government-investment-real-estate-project>.

⁷ Samer Aburassl, Syrian refugees' documentation crisis, Norwegian Refugee Council, 26.1.2017 <https://www.nrc.no/news/2017/january/syrian-refugees-documentation-crisis/>.

⁸ Anchal Vohra, A Deadly Welcome Awaits Syria's Returning Refugees, Foreign Policy Argument, 6.2.2019 <https://foreignpolicy.com/2019/02/06/a-deadly-welcome-awaits-syrias-returning-refugees/>.

⁹ Maha Yahya, The Politics of Dispossession, Carnegie Middle East Center, 9.5.2018 <https://carnegie-mec.org/diwan/76290>.

Die kurdische Frage als Klassenfrage

Ein Gespräch über die Lage der Kurd*innen in Iran

Schluwa Sama, Ardalan Bastani

*Schluwa Sama: Wenn es um Kurdistan geht, dann steht häufig die politische Unterdrückung von Kurd*innen in der Türkei, die Autonomie der Kurd*innen im Irak oder die Selbstverwaltung in Rojava/Nordostsyrien im Vordergrund. In all diesen Ländern war die Ausübung der kurdischen Identität zu unterschiedlichen Zeiten extrem eingeschränkt. Zu Kurdistan-Iran ist weniger bekannt. Welche Freiräume hattest Du, als Du in Iran aufgewachsen bist, Deine kurdische Identität auszudrücken?*

Ardalan Bastani: In Iran können wir Kurdisch sprechen und auch kurdische Kleidung tragen. Es gibt auch kurdische Medien, obwohl diese alle von der iranischen Regierung gesteuert sind. In bestimmten Instituten kann man auch Kurdisch lernen und schreiben, aber nicht in der Schule. Was die kurdische Identitätsausübung in Iran betrifft, muss dies vor dem Hintergrund der Politik der iranischen Regierung betrachtet werden. Die iranische Regierung sieht sich als Vertreterin Gottes auf Erden und das Volk als eine «ummet» – also eine Gemeinschaft von Gläubigen. Daher ist deine Identität als Kurd*in erst einmal nicht in Frage gestellt. Trotzdem gibt es natürlich die kurdische Frage in Iran.

Wie sieht die «kurdische Frage» in Iran aus?

Während die Ausübung der kurdischen Identität zwar erlaubt ist, kommt es zur blutigen Unterdrückung, sobald man sich als eigenes Volk definiert. Seit dem Pahlavi-Regime und auch seit der Islamischen Revolution ist die kurdische Frage auch mit einer Klassenfrage verbunden, das heißt also, dass Kurd*innen, aber auch andere Minderheiten im Iran auch aufgrund ihrer Ethnie absichtlich ökonomisch unterentwickelt gelassen worden sind. Hinzu kommt, dass der Großteil der kurdischen

Gesellschaft in Iran aus Arbeiter*innen besteht, es sind also Bäuer*innen, Tagelöhner*innen etc. Eine kleine Minderheit innerhalb der kurdischen Gesellschaft gehört zur Bourgeoisie.

Die kurdische Bourgeoisie ist für das iranische Regime?

Nicht immer, denn sie ist mit verschiedenen politischen Kräften verbunden, also neben Teheran auch mit irakischen Kurd*innen oder Gruppen in der Türkei. Es gibt also eine Bandbreite von Interessen, und einige Teile der Gesellschaft sind für und andere gegen das iranische Regime. Insgesamt ist diese Bourgeoisie wohlhabend im Vergleich zur Mehrheit der Bevölkerung Kurdistans. Da aber die Bevölkerung Kurdistans mehrheitlich zur ausgebeuteten Arbeiter*innenklasse in Iran gehört, war die Volksfrage, also die Frage der Unterdrückung des kurdischen Volkes, gleichzeitig eine Klassenfrage.

*Also würdest Du sagen, dass die kurdische Frage eher eine Frage der Selbstbestimmung von Arbeiter*innen ist?*

Vor allem ist die erste Frage hierbei die nach besseren Lebensbedingungen. Das heißt, es geht um das Fehlen einfacher Infrastruktur, seien es ausgebaute Straßen, Elektrizität, Wasser oder einfache Dienstleistungen. All das fehlt in Kurdistan, obwohl zum Beispiel Teheran schon seit langem hoch modernisiert ist.

Das iranische Regime ist ja für den Großteil der iranischen Bevölkerung ein repressiver, autoritärer Staat. Wie tritt der iranische Staat in Kurdistan auf? Gibt es hier erhebliche Unterschiede zum Rest des Landes?

Ja, die Unterdrückung in Kurdistan ist spezieller als in anderen Teilen Irans. Das hat mit einer anderen politischen Lage in Kurdistan zu tun. In Kurdistan sind verschiedene politische Parteien aktiv. Das ist zum einen die *Demokratische Partei Kurdistan*, die nach dem zweiten Weltkrieg die erste kurdische Republik in Mahabad gegründet hat. Nach der islamischen Revolution gab es eine andere Partei, *Komala*, die sich später mit anderen iranischen Organisationen zusammengetan und 1985 die iranische kommunistische Partei gegründet hat. Die jüngste Partei ist die PJAK (*Partiya Jiyana Azad a Kurdistanê* – Partei für ein Freies Leben in Kurdistan), die als Teil der PKK in Iran aktiv ist. Ansonsten gab es auch kleinere Parteien.

Viele Menschen sind diesen Parteien treu. Die Präsenz der Parteien bedeutet, dass es einfacher ist, sich in Kurdistan politisch zu organisieren als in anderen Regionen Irans. Das hat natürlich eine Geschichte, denn wir hatten in Kurdistan fast zehn Jahre Partisanenkampf gegen das iranische Regime. So ein Kampf braucht «leninistisch» ausgerichtete Parteien. Mit diesem System haben wir gelernt, dass wir uns sofort organisieren können. Das bringt natürlich auch eine andere Form von Unterdrückung des iranischen Regimes, denn der bewaffnete Kampf ist kein Tabu im Vergleich zu anderen Teilen Irans. Das bedeutet, dass wir in Kurdistan die Erfahrung gemacht haben, dass das iranische Regime nur mit der Waffe spricht. In anderen Teilen Irans ist diese Form von Unterdrückung nicht vorhanden. Kurdistan ist daher historisch und bis heute ein Gebiet von Kriegsoperationen. Das ist Normalität für die Bevölkerung.

Das iranische Regime ist politisch repressiv, inwiefern drückt sich dies auch im ökonomischen Alltag der Menschen aus?

Das iranische Regime ist nicht nur politisch repressiv, sondern es betreibt auch eine ökonomische «Hungerherrschaft». Das Problem in Iran ist nicht nur, dass die Armen nichts zu essen haben, sondern auch, dass die, die gestern zu essen hatten, heute nichts mehr zu essen haben. Es gibt Zahlen, die behaupten, dass ca. 40 Millionen Iraner*innen unterernährt sind. Hinzu kommt eine hohe Inflation. Die Arbeitssituation hat sich auch sehr verschlechtert. Seit Ahmadineschad wird Iran durch IWF-Projekte etc. geradezu verfolgt. Sie haben fünf IWF-Projekte in Iran durchgesetzt. Die Regierung wurde dafür jedes Mal belohnt, während sich eine brutale Privatisierung fortsetzt.

Als ich in der Schule war, war die Schule kostenlos wie vieles andere auch. Heute ist sie zwar auch

kostenlos, aber die Schulen versuchen zum Beispiel ihren Hof zu verkaufen. Das Gleiche gilt für Krankenhäuser. Damals konnte man mit einer einfachen Arbeiter*innenversicherung im Krankenhaus versorgt werden. Seit etwa vier Jahren hat die Regierung aber auch die Arbeiter*innenversicherung eingesackt. Als Arbeiter*in kannst du dir vielleicht noch ein Aspirin oder eine Tablette leisten. Seit 15 Jahren hat sich das alles rapide verändert.

Welche Rolle spielen die US-Sanktionen dabei?

Sanktionen haben unser Leben schlimmer gemacht, aber Sanktionen alleine können nicht schuld sein. Die Hauptverantwortung liegt beim iranischen Regime. Darauf folgen die Sanktionen, die die Lage nochmal verschlechtern. Ganz konkret bedeuten die Sanktionen zum Beispiel, dass wir kaum Medikamente kaufen können. Natürlich sind die Sanktionen ein Mittel imperialistischer Politik, und es gibt kein Recht, diese durchzusetzen. Das hat nichts mit Menschenrechten oder Ähnlichem zu tun.

In Iran gibt es seit 2018 zu verschiedenen Anlässen immer wieder Proteste. Zuletzt waren die Proteste auch in Kurdistan sehr stark. Wie erklärst Du die Dynamik der Proteste allgemein und spezifisch für Kurdistan?

Gehen wir einmal zurück zu den Protesten von 2018. Das war die erste Welle von Protesten, die zehn Tage im Januar 2018, die ein wichtiger Punkt innerhalb der Protestbewegung waren. Das war ein wichtiges Ereignis nach der Islamischen Revolution, denn die Proteste haben in kleinen Städten in Iran, in Kurdistan, in Ahwaz, Khuzestan und Aserbaidschan stattgefunden und nicht in der Hauptstadt Teheran. Außer einer kleinen Stadt in der Nähe Teherans gab es in anderen Städten keinen Protest. Die Proteste haben also in armen, abgehängten Regionen, in denen die Minderheiten leben, stattgefunden. Die Antwort der Regierung war in diesen armen Gegenden auch sehr brutal mit einer hohen Zahl an Getöteten. Die Proteste haben in 80 Städten stattgefunden. Auslöser der Proteste war das fehlgeschlagene iranische Atomabkommen, da Trump ausgestiegen ist. Es gab eine große Propaganda in Iran, dass mit diesem Vertrag die Menschen mehr verdienen werden und sich die ökonomische Lage insgesamt verbessern wird. Das ist mit dem Platzen des Deals nicht eingetreten.

Das Kapital hat in den 15 Jahren die Privatisierung vorangetrieben, und diese Entwicklung konnte mit einem Vertrag nicht einfach rückgängig gemacht

werden, denn der Neoliberalismus ist weiterhin in vollem Gange. Im Volk wurde trotz massiver Propaganda klar, dass sich hier nichts ändern wird. Die Menschen waren also hoffnungslos. Sie haben gesehen, dass die Regierung nicht mehr Gleichheit bringt und protestierten. Während und nach den Protesten wurde die Bedeutung von drei Bewegungen und deren Verbindungen untereinander immer deutlicher, nämlich die Arbeiter*innenbewegung, die Student*innenbewegung und die Frauenbewegung.

*Kannst Du uns zunächst mehr zur Arbeiter*innenbewegung in Iran erzählen?*

Nach den Protesten von 2018 haben wir gesehen, dass die Arbeiter*innenbewegung sich stärker und schneller organisiert hat, besonders in drei großen Fabriken, einmal in einer Zuckerrohrfabrik in Khuzestan, in einer Fabrik der Stahlproduktion in Khuzestan und in einer Fabrik für landwirtschaftliche Maschinen in Arak, Zentraliran. Diese drei Fabriken waren ausschlaggebend für eine Diskursveränderung innerhalb der Politik. Zuvor hat diese Arbeiter*innenklasse zum Beispiel Brot gefordert, wenn die Auszahlung ihrer Gehälter zeitweise ausgesetzt wurde. Aber während dieser Proteste haben sie sich damit nicht mehr zufriedengegeben. Sie haben zum Beispiel Parolen gerufen, in denen sie eine Räterepublik/Räteregierung gefordert haben. Das war ein Prozess, der Streik dauerte 60 Tage. Er wurde unterdrückt, und die Leute haben wieder angefangen zu arbeiten. Bis 2019 gab es diese Bewegung mit ihren Auf und Abs. 2019 kam es dann zur Benzinpreiserhöhung, was zu einem Auslöser für die Wut der Bevölkerung wurde. Dieser Protest hat zwar nur drei Tage gedauert, wurde aber brutal und blutig unterdrückt.

*... die Student*innenbewegung?*

Eine weitere der sehr progressiven Bewegungen ist die Student*innenbewegung. Wir haben etwas Ähnliches wie den ASTA (Allgemeiner Studierendenausschuss) in Iran, also Student*innenräte. Seit 2017/18 konnten wir sehen, wie sich diese Räte sehr nach links bewegen. Am Student*innentag, dem 7. Dezember 2018, haben sie eine Demonstration an der Universität Teheran organisiert. Das war eine Solidaritätsdemo, einerseits mit Frauen, die gegen den Zwangshijab protestierten und außerdem in Solidarität mit der Arbeiter*innenbewegung in den Zuckerrohr- und Stahlfabriken. Auch 2019 haben sie wieder am Student*innentag demonstriert, wieder mit der Parole «Von Teheran

nach Chile über den Irak kämpfen wir zusammen gegen den Neoliberalismus».

... die Frauenbewegung?

Es kamen 2018 individuelle Proteste gegen den Zwangshijab dazu. Das waren zwar keine Massenproteste, aber sie waren wichtig für die Frauen, die sich bisher nicht geäußert hatten. Am 8. März, dem Frauentag, haben sich Frauen organisiert und gegenüber dem Arbeitsministerium eine Kundgebung abgehalten. Das war ein neues Zeichen und eine Abgrenzung vom liberalen Feminismus, wie er sich bei Masih Alinejad (eine iranische politische Aktivistin aus der Diaspora, die für die US-Agentur zu Globalen Medien arbeitet) zeigt. Es war klar, dass diese Frauen, die sich vor dem Arbeitsministerium organisiert haben, keinen bürgerlichen Feminismus, der sich für bestimmte Frauenrechte einsetzt, vertreten, sondern einen klassenbewussten Feminismus, der sich für alle Frauen in Iran stark macht, besonders für marginalisierte Frauen, die sonst keine Beachtung finden. Die Frauenbewegung entwickelte sich also auch in einen Klassenkampf. Der Protest des 8. März wurde brutal niedergeschlagen, und einige Aktivistinnen wurden festgenommen und haben hohe Gefängnisstrafen bis zu zehn Jahren erhalten. Diese Unterdrückung zeigt auch, dass es für die Regierung gefährlich ist, wenn sich die Frauenbewegung mit der Arbeiter*innenbewegung verbindet.

In europäischen Diskursen ist die Stellung der kurdischen Frau ein häufiges Thema, wobei die kurdische Frau als besonders progressiv dargestellt wird – an sich schon ein orientalistisches Bild. Das mag auch an der Berichterstattung über die politische Organisation von Frauen in Rojava, Nordostsyrien und der Türkei, Nordkurdistan liegen. Wie sieht die Situation von kurdischen Frauen in Iran tatsächlich aus? Wie steht es mit ihrer Organisation?

Ich lehne es ab zu sagen, dass die kurdische Frau eine bessere Stellung innerhalb der Gesellschaft hat als andere Frauen. Nur weil Frauen bewaffnet sein können, heißt dies nicht, dass sie eine geachtete soziale Stellung haben. Das ist eher ein bestimmter Orientalismus, ein weißer Blick, der unbedingt etwas anderes sehen will. Insgesamt ist die soziale Lage der Frauen in Iran nicht gut. Zum Beispiel gibt es immer noch Genitalverstümmelung von Frauen, Zwangsheirat oder andere Formen von Frauenfeindlichkeit wie häusliche Gewalt und Ehrenmorde. Dann gibt es natürlich auch progressive Teile der Gesellschaft in Städten, wo

es Frauenorganisationen gibt, die sich für Frauenrechte stark machen – was teilweise reformistisch ist. Aber innerhalb dieser Gesellschaft sind diese reformistischen Aktivitäten auch eine Revolution.

*Zurück zu den Protesten in Kurdistan-Iran 2019, Deiner Ansicht nach gingen sie von der Arbeiter*innenbewegung aus und nicht von der kurdischen Bewegung?*

Zunächst finden die Proteste seit 2018 bis heute überall in Iran statt. Es mag sein, dass die Menschen, die protestieren, verschiedene Interessen haben und dass den Kurd*innen, die protestieren, ihre Identität wichtig ist. Gleichzeitig ist zu bedenken, dass es in den letzten 20 Jahren nicht zu solchen Protesten wie in den letzten zwei Jahren gekommen ist, obwohl die kurdische Identität sich nicht erst gestern entwickelt hat. Das heißt also, dass die kurdische Identität während dieser Proteste gegen soziale Ungerechtigkeit zum Ausdruck kam, aber nicht die Hauptursache für die Wut der Menschen ist. Daher sind die Proteste in Kurdistan unbedingt als Teil der Arbeiter*innenbewegung im ganzen Land anzusehen.

Gibt es denn Allianzen in Form von tatsächlicher Organisation oder symbolischer Solidarität zwischen unterschiedlichen Regionen in Iran?

Es gibt eine große Solidarität zwischen Kurdistan, Khuzestan und verschiedenen Städten in Iran innerhalb dieser Proteste. Wir können Solidarität nicht so definieren, dass Leute in Bukan auf die Straße gehen, um für die Menschen in Teheran ihre Parolen zu rufen. Solidarität ist, dass die Menschen in Kurdistan auch zur gleichen Zeit auf die Straße gekommen sind, als in anderen Städten in Iran protestiert wurde, um dem Repressionsapparat in Iran gemeinsam gegenüberzutreten. Denn in Iran ist es so, dass die Polizei von einer Stadt in eine andere Stadt geschickt wird. Wenn es also in allen Städten Proteste gibt, dann wird auch dieser Polizeiapparat nicht mehr funktionieren. Das heißt, Kurdistan hat während der Proteste große Solidarität gezeigt, wie auch all die anderen Städte sich mit Kurdistan solidarisiert haben. Obwohl viele politische Organisationen, die eher kurdisch-nationalistisch sind, daraufhin hinarbeiten, dass Kurdistan sich getrennt fühlt von anderen Bevölkerungen und Städten in Iran, habe ich die Hoffnung, dass sie dies nicht schaffen.

*Wer sind die kurdischen Nationalist*innen und wie schätzt Du ihre Stärke in Iran ein?*

Im Allgemeinen sind die kurdischen Nationalist*innen durch verschiedene kurdische Parteien organisiert. Dies sind die DKP-Iran (Demokratische Partei Kurdistan-Iran), die PUK (Patriotic Union of Kurdistan) und die PJAK (zur PKK zählend). Diese Parteien sind damit auch quasi pro-Bourgeoisie. Eine Ausnahme ist die Komala Partei, die als linke politische Partei das Interesse der Arbeiter*innenklasse im Blick hat. Besonders vor 2018 und in ihrer Propaganda waren sie stark. Aber während der Proteste hatten sie ihre Berechtigung verloren, da sie den Menschen wenig Veränderung anbieten konnten. Zudem war in der Symbolik der Proteste auch klar, dass es sich nicht um eine Identitätsbewegung handelt, sondern um Proteste gegen soziale Unterdrückung, für Brot und Gleichheit. Zum Beispiel sind in Mariwan viele Menschen «Kolber», also Menschen, die als Lastenträger Waren über die Grenzen schmuggeln. Ein junger Kolber von 14 Jahren ist diesen Winter (2019/20) in Mariwan im Schnee auf seiner Route verschwunden und gestorben. Daraufhin waren ca. 10 000 Menschen bei seiner Beerdigung auf der Straße. Interessanterweise haben die Leute Brot mitgebracht und es gezeigt. Das allein ist schon ein wichtiges Zeichen, worum es der Protestbewegung in Kurdistan geht.

Die kurdische Frage ist oft mit der Frage von kurdischer Autonomie vom jeweiligen Zentralstaat verbunden bzw. mit der Idee eines eigenen kurdischen Staates. Welche Tendenzen siehst Du in der kurdischen Bevölkerung in Iran?

Also es gibt tatsächlich diejenigen, die einen kurdischen Staat bevorzugen. Dazu gehört die kurdische Elite. Für die Arbeiter*innenklasse ist dies anders, und das hat auch mit ihrem Arbeitsalltag zu tun. So arbeiten sie im Sommer zum Beispiel in Kurdistan und im Winter in eher industriellen Gebieten in der Nähe Teherans. Auch kurdische Student*innen leben einen großen Teil ihres Studiums in anderen Städten außerhalb Kurdistans. Diese Begegnungen im gemeinsamen Alltag verschiedenster Menschen führten auch zu einer bestimmten Verbundenheit miteinander. Ich meine damit, dass du im Iran in einem großen Land mit vielen anderen Bevölkerungsgruppen lebst. Trotzdem gibt es auch Kurd*innen, die sehr gut organisiert sind innerhalb von Parteien und einen eigenen Staat oder zumindest Föderalismus durchsetzen wollen. Ich glaube, dass es in dieser Situation eine gut organisierte Linke braucht. Dann hätten die Nationalist*innen weniger Chancen. Ich denke nicht, dass wir Kurd*innen kein Recht darauf haben, unser Land zu gründen aber ich bin der Meinung, dass ein Iran mit Gleichheit und links-progressiver Ordnung tausendmal

besser ist als ein Land, in dem wir unter der Herrschaft unserer eigenen Bourgeoisie leben und kurdische Arbeiter*innen von anderen Arbeiter*innen getrennt sind.

*Wie schätzt Du denn die transnationale kurdische Verbundenheit ein? Also wie sind Kurd*innen in Iran mit ihren kurdischen Nachbar*innen im Irak und der Türkei verbunden?*

Hier gibt es zwei verschiedenen Ebenen. Die eine Ebene ist die Verbindung zwischen unseren Parteien, die eine lange Geschichte hat, die bis in die 1970er Jahre zurückreicht. Die KDP, die von Barzani geführte Partei im Irak, hat heute einen sehr schlechten Ruf in Iran, denn ca. 1967/68 haben sie den Anführer des Revolutionskomitees der KDP-Iran (Kurdistan Democratic Party-Iran), Soleyman Moeini, umgebracht und die Leiche an den Schah geschickt. Diese Geschichten sind den meisten Kurd*innen in Iran bekannt. Daher gelten die KDP-Leute heute mehrheitlich als Verräter*innen. Auch in Irak waren sie ja an verschiedenen Tötungen beteiligt, so zum Beispiel zusammen mit dem türkischen Geheimdienst gegen Mitglieder der PUK in der Region Hakkari.

Die iranisch-kurdischen Parteien waren besonders mit der PUK befreundet, denn sie waren zusammen in den Qandil-Bergen als Partisan*innen und auch solidarisch miteinander im Kampf. Diese Verbindung hat sich irgendwann geändert, insbesondere, da die eine Seite (im Irak) an die Macht kam und die andere Seite (in Iran) sich weiterhin in der Opposition befand und es bis heute ist. Die Politik der PJAK wird von der PKK formuliert und durchgesetzt. Die PJAK hat zwar einige wenige Operationen durchgeführt, und sie haben auch einige

politische Gefangene, aber gesamtgesellschaftlich spielen sie in Iran keine große Rolle. Sie sind in Iran eher der Gegensatz zu dem, was die PYD in Nordostsyrien heute darstellt. Es ist schwierig nachzuvollziehen, was sie in Iran wollen. Denn zu einer Zeit, in der das iranische Volk auf die Straße geht, schreiben sie über Demokratisierung in Iran etc. Sie reden auch mit dem Regime. Das Regime weiß selbst, dass es keine Demokratisierung geben wird, aber die PJAK tut so, als ob das möglich wäre. Die einzige Sprache des iranischen Regimes ist die Unterdrückung.

Dann gibt es noch eine andere Verbindung zwischen den Menschen an sich, besonders zwischen den Kurd*innen in Iran und im Irak, denn wir sprechen die gleiche Sprache und uns vereint die gleiche Kultur. Daher ist unsere Verbindung hier stärker als mit der Türkei. Kurd*innen in der Türkei sprechen einen anderen Dialekt des Kurdischen, wir haben eher unterschiedliche Traditionen. Vielleicht geht das auch darauf zurück, dass hier die Grenze zwischen dem Osmanischen und dem Iranischen Reich verlief.

Schluwa Sama hat in Berlin, Marburg und London, Politik und Wirtschaft Westasiens und Nordafrikas studiert und anschließend in Sulaymaniya, Kurdistan-Irak, gearbeitet. Zurzeit promoviert sie zur politischen Ökonomie des Iraks und Kurdistans am Centre for Kurdish Studies, University of Exeter.

Ardalan Bastani stammt aus Bukan, Iran. Er war in Iran innerhalb der Student*innenbewegung aktiv bis er das Land 2014 verließ. Seit 2017 lebt er in Berlin und ist in der Kiezkommune Kreuzberg organisiert.



II. Bewegung: Proteste, Aufbruch und Widerstand

II.1 Forderungen im öffentlichen Raum

«Neue Wege, um miteinander in Beziehung zu treten»

Interview zur aktuellen Protestbewegung im Libanon

Miriam Younes, Lara Bitar

Miriam Younes, RLS: Im Libanon gab es 2015 die letzte große Protestwelle. Wo siehst Du Kontinuitäten und wo Unterschiede zu der damaligen Bewegung?

Lara Bitar: Es gibt einige, die versuchen, die momentane Bewegung [2019, Anm. d. Red.] zu delegitimieren, indem Zweifel an ihrem «spontanen» Entstehungsmoment gesät werden und so verschiedenste Theorien auftauchen, die zum Beispiel ausländische Agitation suggerieren. Doch nichts von dem, was wir gerade beobachten können, ist spontan. Diese Massenmobilisierung steht in direkter Nachfolge zu den «Anti-Garbage» Protesten 2015, zu den Protesten von 2011 gegen das konfessionelle System und zahlreichen anderen Bewegungen,¹ an deren Spitzen Feminist*innen, Arbeitsmigrant*innen, Angestellte im öffentlichen Sektor oder Familienangehörige von Verschwundenen stehen.

Darüber hinaus baut [die Bewegung, Anm.d. Red.] auf Initiativen auf, die zum Beispiel seit geraumer Zeit Rechte für Geflüchtete strukturell organisieren, die Küstenstriche zurückfordern, oder für das Recht auf Wohnen und Umweltgerechtigkeit eintreten. Daher ist der Moment, den wir gerade erleben, schlicht eine Fortführung dieser Bemühungen in einer zugegebenermaßen anderen Größenordnung. *Lebanon Support* hat kürzlich [2019,

Anm. d. Red.] eine Grafik veröffentlicht,² die veranschaulicht, wie wir Schritt für Schritt zu diesem Punkt gelangt sind. Für 2017 wurden rund 84 Kollektivmaßnahmen verzeichnet, 2018 waren es bereits 188. Seit dem Beginn des Jahres bis zum 16. Oktober 2019 hat es bereits 300 Aktionen gegeben. Das zeigt einen deutlichen Anstieg, der mit der Verschärfung der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Lage zu erklären ist.

Der Hauptunterschied zwischen der jetzigen «Oktoberrevolution», wie sie zum Teil genannt wird, und den Protesten von 2015, besteht darin, dass sie dezentral und landesweit stattfindet. Während 2015 die meisten Demonstrationen noch im Zentrum von Beirut abgehalten wurden, sind es heute von Nord nach Süd 400 Städte und Dörfer, in denen Proteste lokal vor Ort organisiert werden. Ein weiterer, wesentlicher Unterschied liegt darin, dass diese Demonstrationen von der Arbeiterschaft initiiert wurden und nach wie vor auch von ihr bis zu einem gewissen Grad geführt und getragen werden. 2015 war es noch die liberale Mittelschicht, die die Bewegung entfachte und anführte und sozusagen *für* die Straße sprach. Heute wird jegliche Art von Führung eindeutig abgelehnt.

Was ich sehr interessant finde, ist die breite Akzeptanz einer Vielzahl von Initiativen. Wir sehen Menschen unterschiedlichsten Hintergrunds und

¹ Siehe Beitrag von Eva Dingel im Westasien-Dossier: Struggles against Racism and Exploitation <https://www.rosalux.de/en/publication/id/40849/struggles-against-racism-and-exploitation/>.

² Lebanon Support. What Mobilises Lebanon? A Look Into Collective Actions from 2017 leading up to October 2019 <https://civilsociety-centre.org/content/what-mobilises-lebanon-look-collective-actions-2017-leading-october-2019->.

verschiedenster Altersgruppen, die ohne Unterlass direkt einschneidende Aktionen initiieren (Straßenblockaden, Schließung von Regierungsbüros und Banken, Störung der Arbeit regierungsnaher Firmen), anders als 2015, als die Medien viel Zeit darauf verwandten, den Verlust der Glasfassade des *Le Grey*³ zu beklagen, die von Demonstrant*innen zerbrochen worden war. Und nicht zuletzt: Die Forderung, das System der paritätischen Machtverteilung abzuschaffen, besteht seit dem Taif-Abkommen von 1989⁴. Heute beobachten wir ein verändertes Bewusstsein, es entfernt sich von einer konfessionellen-klientelistischen hin zu einer mehr integrierten Zugehörigkeit in Form einer ansatzweise zusammengeschlossenen Arbeiter*innenschaft. Es ist eine ganze Menge wüstes Geflüche zu vernehmen in den Protesten, insbesondere zu Beginn des Aufstands. So sehr, dass sich einige Politiker*innen öffentlich gegen die Beleidigungen und Schimpfereien positionierten, die von den Straßen schallten.

*Viele Anliegen der Demonstrant*innen haben ihre Wurzeln in sozio-ökonomischen Missständen, die sich seit Jahren akkumuliert haben. Welche Visionen für einen gerechten, sozialen Libanon zirkulieren unter den Demonstrant*innen?*

Wiederholt gewaltsames Vorgehen der Sicherheitsbehörden und Milizen haben die Prozesse behindert, die notwendig wären, um eine kollektive Vision zu bilden. Natürlich findet Dialog zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen und Gruppen, die elektorale Veränderungen anstreben, nach wie vor statt. Doch im Moment wäre es schwer, über eine Zukunftsvision zu sprechen, die alle auf der Straße vereinen könnte. Meiner Einschätzung nach gibt es bisher keine Klarheit, da es dahingehend zu reale und unvereinbare Unterschiede zwischen den verschiedenen Gruppierungen und Demonstrant*innen gibt.

Jedoch gibt es eine Übereinkunft darüber, gegen was man ist: Das herrschende Proporzsystem, die gesamte machthabende Klasse, neoliberale Wirtschaftspolitik, die große Schere zwischen Arm und Reich, allgegenwärtige Korruption, fehlende Grundversorgung, unzureichender Zugang zu Gesundheitswesen und Bildung, Geschlechterungerechtigkeit (zumindest gilt das für Frauenrechtsgruppen) und rückläufige Steuermaßnahmen neben anderen langjährigen Fragen.

*«Ich bin Anführer*in der Revolution» ist einer der Hauptslogans der Revolution, der auf die Führungslosigkeit der Aufstände anspielt. Wo siehst Du Vorteile von «grassroot» oder führungslosen Protestbewegungen und wo denkst Du, sind Organisationssysteme notwendig?*

Es gibt zudem *«Ich bin Gründer*in der Revolution»* oder auch *«Ich bin Verhandler*in der Revolution»*. Bei dem ersten Satz ist es wirklich bemerkenswert, wie sehr die Menschen aus früheren Erfahrungen gelernt zu haben scheinen. Die *«Anführer*innen»* von 2015 haben damals eine zentrale Rolle dabei gespielt, dass die Bewegung sich delegitimierte. Zum einen begannen sowohl der Staat als auch dessen mediale Sprachrohre, Einzelpersonen der Führungsriege herauszupicken. So kam es nach und nach zu regelrechtem Charaktermord. Zum anderen begingen aber die Sprecher (ausschließlich Männer) selbst den Fehler, sich von den sogenannten *«Spitzeln»*⁵ öffentlich zu distanzieren. Sie tappten somit in die für sie ausgelegte Falle und trieben einen Keil zwischen sich und den Rest der *«Straße»*. Die Bewegung wurde so deutlich geschwächt.

Momentan findet eine kompromisslose Ablehnung von Führungspersonen jeglicher Art statt. Einige gehen dabei so weit, dass sie jeden, der/ die sich als solche hervortun will, als Verräter*in bezichtigen. Hisbollah-Generalsekretär Hassan Nasrallah und Präsident Michel Aoun haben wiederholt die Notwendigkeit betont, eine verhandlungsbefugte Führung zu bilden. Dem wurde erneut (berechtigterweise) mit Vorsicht und Misstrauen begegnet und letztlich wurde die Forderung abgewiesen. Dass so sehr insistiert wird, ein Verhandlungsorgan zu bilden, geschieht nicht ohne Agenda – einziger Sinn und Zweck dieser Forderung ist es, jegliche repräsentative Instanz diskreditieren zu können, sollte sie ihre Pflichten nicht erfüllen. Aus diesem Grund war die Antwort unmittelbar und eindeutig: *«Das Volk stellt die Forderungen. Das Volk verhandelt nicht.»* Ich denke, es ist sehr wichtig, dieses Element der Bewegung nicht zu vergessen, um ihr radikales Potenzial realistisch darstellen zu können.

Gleichzeitig muss man sagen, dass eine Bewegung ohne zentrale Führung nicht bedeutet, dass keine Organisation stattfindet. Täglich gibt es Aktionen, seien es Straßenblockaden oder aber strategische Langzeitplanung wie etwa unabhängige Gewerkschaften, die neugegründet wurden,

oder auch das Arbeiten an Zukunftsvisionen für unsere Gesellschaft.

Die libanesischen politische Elite verteufelt die Proteste entweder, will sie zerschlagen oder aber ringt sich bestenfalls kleine Zugeständnisse ab. Wie würdest Du ihre Strategie beschreiben?

Ich weiß nicht, ob ich dem zustimmen würde, dass die politische Elite tatsächlich Zugeständnisse macht. Ich möchte nochmals an das erinnern, was die Leute auf der Straße vor dem Rücktritt von Premierminister Saad Hariri in einem ihrer Sprechchöre zu sagen hatten: *«Dein Reformpapier ist nutzlos. Kannst baden gehen im Tee... Tee... Tee...»*, und das zu der Melodie der italienischen anti-faschistischen Hymne *«Bella Ciao»*. Wie auch immer man diese *«Konzessionen»* bewerten möchte – sie haben nichts mit dem geforderten strukturellen Wandel zu tun.

Ich denke, was die politische Elite macht, ist Zeit schinden, um die Bewegung letzten Endes zu zerstreuen, möglicherweise sogar mit Gewalt. Was die Strategie anbelangt, war bisher eine Kombination verschiedener Taktiken von Angstmache (Angst vor einem zweiten Bürgerkrieg, vor einem *«politischen Vakuum»*, vor dem Wirtschaftskollaps, oder auch Angst vor ISIS usw.) zu sehen. Zudem wurde alles dafür getan, um Uneinigkeit und Zwist unter den Demonstrant*innen zu säen. Es gab auch bereits einige Versuche, die Proteste für eigene Agenden zu beanspruchen, von den *Lebanese Forces* zum Beispiel, aber auch von anderen politischen Parteien (z.Bsp. *Free Patriotic Movement*), die sie als Auswuchs ihrer ganz eigenen Bemühungen verkaufen wollen. Aktivist*innen, die dies widerlegen wollen, sollen durch tägliche Missinformations-Kampagnen langsam demoralisiert werden.

Wie sieht Dein persönlicher Wunsch für die Zukunft der Revolution in den nächsten Wochen aus?

Ohne den Moment, in dem wir uns gerade befinden, zu sehr romantisieren zu wollen, glaube ich, dass wir es geschafft haben, physische und symbolische Räume zu öffnen. Wir haben neue Wege erschlossen, um miteinander in Beziehung zu treten, die Welt wahrzunehmen und ein Teil von ihr zu sein. Ich denke, es ist jetzt entscheidend, dass wir nicht mit einer Niederlage aus diesem Moment hervorgehen, sondern ihn als einen entscheidenden Wendepunkt der letzten dreißig Jahre festhalten. Im ganzen Land ziehen die öffentlichen Plätze Revolutionär*innen an, doch sie liefern auch eine Repräsentation unserer *Gesellschaften*. Arme kommen, um kostenlos etwas zu Essen zu bekommen oder eine Unterkunft zu finden, ältere Menschen wollen ihre Erfahrungen und Bitten vorbringen, usw. Leider wurde bisher wenig Raum für Arbeitsmigrant*innen und Geflüchtete geschaffen, doch ich hoffe, dass sich das noch ändern wird. Ich kann außerdem auch nicht bedenkenlos hinter der hyper-nationalistischen Haltung stehen, die sich in öffentlichen Räumen breit gemacht hat und hoffe auf mehr Auseinandersetzung damit. Aber, als positive Schlussbemerkung, würde ich behaupten, dass mir der Akt des gemeinsamen Träumens in unserer Öffentlichkeit Hoffnung geschenkt hat, dass die Zukunft vielleicht doch uns gehören könnte.

Miriam Younes ist Büroleiterin der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Beirut.

Lara Bitar ist Medienaktivistin, Redakteurin und Organisatorin eines sich formierenden Kollektivs für unabhängige Medien in Beirut. Seit dem 17. Oktober 2019 berichtet sie über die Aufstände im Libanon: @larajbitar.

³ Ein Luxushotel in Downtown Beirut, dessen Glasfassade 2015 von DemonstrantInnen zerstört wurde.

⁴ Das Abkommen, das den libanesischen Bürgerkrieg offiziell beendete.

⁵ Arabisch: *«Mundaseen»*. Gemeint sind hauptsächlich junge Männer, denen die Demonstrant*innen vorwarfen, während der Proteste absichtlich gewaltsam und aggressiv vorzugehen, um die Bewegung zu zerschlagen [Anm. d. Red.].

Der Streik der Lehrer*innen in Jordanien 2019

Lehrer*innengewerkschaft will in Zukunft eine größere politische Rolle spielen

Hanna Al-Taher

Im Herbst 2019 blieben Jordaniens staatliche Schulen zu Beginn des Schuljahres über vier Wochen hinweg geschlossen und der Unterricht fiel für eineinhalb Millionen Schüler*innen aus. Damit gab es kaum einen jordanischen Haushalt, der nicht betroffen war. Am bislang längsten (Gewerkschafts-) Streik der jordanischen Geschichte beteiligten sich Lehrer*innen entschlossen für bessere Löhne und Arbeitsbedingungen. Insbesondere die Entschiedenheit und Geschlossenheit im Verlauf des Streiks bleiben ein Referenzpunkt für künftige politische Auseinandersetzungen. Der folgende Artikel bietet einen Überblick des Streikablaufs und ordnet den Streik der Lehrer*innen in geopolitische sowie historische Zusammenhänge ein.

Am Samstag, den 6. Oktober 2019, gegen 23 Uhr endeten die letzten Verhandlungen zwischen der Gewerkschaft Jordanischer Lehrer*innen (*Jordanian Teachers Syndicate*) und der Regierung. Gegen ein Uhr morgens gab der stellvertretende Gewerkschafts-Vorsitzende Nasser Al-Nawarseh bekannt, dass Gewerkschaft und Regierung eine Einigung erreicht hatten. Am 7. Oktober unterschrieben beide Seiten eine 14 Punkte umfassende Vereinbarung, und die Lehrer*innengewerkschaft beendete damit den bislang längsten Streik im öffentlichen Sektor in der Geschichte des Landes. Der Lehrbetrieb an den staatlichen Schulen wurde wieder aufgenommen und das Schuljahr begann mit mehr als vierwöchiger Verspätung. An den jordanischen Privatschulen hatte das Schuljahr regulär begonnen, wobei auch hier das Lehrpersonal in der Vergangenheit immer wieder bessere Arbeitsbedingungen und soziale Absicherung gefordert hatte. Mit ihrem Streik haben die Lehrer*innen nicht nur alte Konfliktlinien zu sozialer Ungleichheit und staatlicher Beschäftigungspolitik aufgerissen, sondern aktuell auch kritische Fragen aufgeworfen - etwa nach Verteilungsgerechtigkeit, Repräsentation und nach tatsächlicher politischer Mitbestimmung.

Geopolitische Zusammenhänge und die Geschichte der Lehrer*innengewerkschaft

Jordanien wird oft, ob anerkennend oder zynisch, als Großbritanniens erfolgreichstes Kolonialprojekt bezeichnet¹ und gilt als zuverlässiger und stabiler Verbündeter der EU-Staaten und der USA. Europäische und US-amerikanische Initiativen zur Demokratieförderung tragen dabei eher zur Konsolidierung autokratischer Regierungspraxen und des monarchischen Regimes bei.² Insbesondere wenn der Blick über Amman oder die gehobene Mittelschicht hinausgeht, wird deutlich, dass Jordaniens Entstehungsgeschichte immer von der Auseinandersetzung mit lokalen und regionalen Widerständen geprägt war. Proteste und Streiks sind somit keine Ausnahmen und illustrieren bei aller Betonung von Stabilität, dass Unzufriedenheit mit den herrschenden Klassen oder dem Regime keine unwichtigen Randerscheinungen sind. Sogenannte «Brot-Revolten»³ sind Ausdruck dafür, dass sich vor allem auch ökonomisch prekarierte Bevölkerungsteile an polit-ökonomischen Protesten beteiligen, wenngleich diese von Teilen der jordanischen Mittelschicht als auch von Forschenden oft als unpolitisch oder *single issue fights* abgetan werden. Die Protestbewegung von Tagelöh-

1 Vgl. z.B. Afaf Jabiri 2016. *Gendered Politics and Law in Jordan: Guardianship Over Women*. Palgrave Macmillan; und: Alon, Yoav. 2007. *The Making of Jordan: Tribes, Colonialism and the Modern State*. London: I.B. Tauris.

2 Aktivist*innen und Akteur*innen der jordanischen Zivilgesellschaft sowie (ehemalige) jordanische Mitarbeiter*innen deutscher und US-amerikanischer Organisationen in Amman analysieren und kritisieren diesen Zustand seit Jahren, wenn auch nicht unbedingt öffentlich; Vgl. auch: B. Schütze 2019. *Promoting Democracy, Reinforcing Authoritarianism: US and European Policy in Jordan* (Cambridge Middle East Studies). Cambridge: Cambridge University Press.

3 Vgl. z.B. Lamis Andondi und Jillian Schwedler 1996. *Bread Riots in Jordan*. Middle East Report 201 (Winter 1996).

ner*innen etwa stellte laut Sara Ababneh von der University of Jordan einen der gesellschaftlich radikalsten Proteste der letzten Jahre dar, bei dem Frauen und Männer gemeinsam mehrere Tage und Nächte lang vor dem Regierungssitz Stellung bezogen, um ihre Forderungen durchzusetzen. Die jordanische Regierung verlässt sich ebenso wie der Privatsektor teils auf Arbeiter*innen ohne formale Arbeitsverträge. In den Auseinandersetzungen der Tagelöhner*innen mit der jordanischen Regierung in den Jahren 2011 und 2012⁴ analysiert Ababneh unter anderem die tragende Rolle von Arbeiterinnen in diesen Streitigkeiten um eine Verstetigung der Arbeitsverhältnisse und verdeutlicht dabei, dass Klasse und Geschlecht in politischen Auseinandersetzungen untrennbar verknüpft sind, was auch für den Lehrer*innenstreik zutrifft. Wenngleich Jordanien keine besonders stark ausgeprägte Basis gewerkschaftlicher Organisation aufweist, so sind die gegenwärtigen Proteste der Lehrer*innen doch untrennbar mit der gesellschaftspolitischen und ökonomischen Realität Jordaniens verbunden und in geopolitische Zusammenhänge eingebettet. Jordanien ist seit 1952 Mitglied des Internationalen Währungsfonds (IWF); 1988 schloss das Land die erste Vereinbarung in Form von Strukturanpassungsprogrammen mit dem Fond ab. Spätestens seit Abdullah II 1998 jordanischer König wurde, ist eine neoliberale Wende in der Politik des Landes deutlich festzustellen; so wurden etwa Rechtsreformen beschleunigt, um Unternehmen zu privatisieren, ausländische Investitionen zu vereinfachen und Freihandelsabkommen abschließen zu können. Bestehende Subventionen auf Grundnahrungsmittel, aber auch auf Benzin, wurden wiederholt aufgehoben, um anschließend in Reaktion auf Proteste teilweise wieder eingeführt zu werden. Am spürbarsten ist das für sozio-ökonomisch prekäre und politisch marginalisierte Teile der Bevölkerung, zu denen auch eine Mehrheit der Lehrer*innen an staatlichen Schulen gehört. Zuletzt kam es im Juni 2018 zu einer Welle regierungskritischer Proteste als Reaktion auf angekündigte Steuererhöhungen im Rahmen der IWF-gestützten Austeritätspolitik. Auch hier riefen Gewerkschaften zu Protesten und Streiks auf, nicht nur gegen Steuererhöhungen, sondern grundsätzlich gegen den Einfluss des IWF auf jordanische Politik. Diese Proteste waren die weitreichendsten seit 2011. Im Zuge der Proteste wurde, wie auch schon in den Jahren 2011 und 2012, der Premierminister ausgetauscht - in Krisenzeiten angeblich eine bewährte Herrschafts-

4 Vgl. Sara Ababneh 2016. *Troubling the political: women in the Jordanian Day-waged labor movement*. *International Journal of Middle East Studies*, 48(1), S. 87-112.

strategie der jordanischen Monarchie, um Kritik von ihr selbst abzuwenden.

Von der Protestkundgebung zum Streik 2019

Die Mehrheit der jordanischen Schüler*innen besucht staatliche Schulen⁵, wodurch dem Streik ihrer Lehrer*innen besonderes gesellschaftliches Gewicht zukam. Mehr als sechzig Prozent der Lehrer*innen arbeiten an staatlichen Schulen, etwa dreißig Prozent an privaten jordanischen Schulen, und einige Tausend arbeiten an Schulen anderer Staaten in Jordanien (International Schools), sowie an den Schulen der UNRWA (*United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees*). Etwa eineinhalb Millionen Schüler*innen an etwa 4000 staatlichen Schulen waren vom Streik zu Beginn des Schuljahres im September 2019 betroffen. In einem Land, in dem die meisten Schüler*innen staatliche Schulen besuchen, sollte der Regierung daran gelegen sein, ihnen dort die bestmögliche Bildung zur Verfügung zu stellen. «Keine Erhöhung des Bildungsniveaus ohne Erhöhung des Einkommens für Lehrer*innen» konnte auf zahlreichen Protestkundgebungen im Herbst 2019 gehört und gelesen werden. Trotz Schulpflicht und nahezu vollständiger Beschulung im Grundschulalter, zumindest unter jordanischen Kindern, können laut UNICEF siebzig Prozent der Zweit- und Drittklässler*innen kaum lesen. Das Einkommen von Lehrer*innen an Jordaniens staatlichen Schulen gehört zu den niedrigsten unter den Staatsangestellten, so dass viele Lehrer*innen neben dem Lehrberuf mindestens einer weiteren Beschäftigung nachgehen, um über die Runden zu kommen. Das niedrige Einkommen trägt so zur niedrigen Qualität des Unterrichts bei, da den Lehrenden kaum Zeit für die Vor- und Nachbereitung des Unterrichts bleibt. Frauen stellen etwa sechzig Prozent des Lehrpersonals an staatlichen Schulen (an privaten Schulen sind es fast neunzig Prozent). Der hohe Anteil an Frauen steht in einem Wechselverhältnis zur symbolischen und finanziellen Abwertung des Berufs und verdeutlicht Verschränkungen von Klassenzugehörigkeit und Geschlecht.

Jordaniens absolute Armutsgrenze liegt offiziell bei 366 Jordanischen Dinar (JOD) im Monat für eine fünfköpfige Familie (ca. 465 Euro).⁶ Die

5 Angaben des jordanischen Bildungsministeriums, www.moe.gov.jo/sites/default/files/ltqryr_lhsyy_llm_ldrsy2017-2018nsh_nhyy.pdf; s.a. <https://www.unicef.org/jordan/education>.

6 Zahlen von 2008/2010 - ein neuer Bericht mit Zahlen von 2018 wurde angekündigt. Neueren Schätzungen zufolge sind die Lebenshaltungskosten seit 2010 stark gestiegen ohne dass die Reallöhne gestiegen sind.

Gewerkschaft fordert seit Jahren weitere Zulagen zum Grundlohn von Lehrenden, die mehrheitlich der unteren Mittelschicht angehören, wobei das Einkommen von Lehrerinnen durchschnittlich noch niedriger ist. Bereits 2014 organisierte die Gewerkschaft jordanischer Lehrer*innen einen zwei Wochen andauernden Streik und beendete ihn für die Abschlussprüfungen, als die Regierung die geforderten Zulagen versprach. Umgesetzt wurde dieses Versprechen nie. Im Zuge der aktuellen Proteste behauptete die Regierung, dass die Forderungen der Lehrer*innen nicht stichhaltig seien und zur finanziellen Belastung des Landes beitragen. Zwar ist das nicht völlig abwegig angesichts der öffentlichen Schuldenlast von ca. 95 Prozent des BIP, allerdings vor allem auch eine Frage der Priorisierung.

Nachdem Forderungen nach der Umsetzung der angekündigten Lohnzuschläge seitens der Regierung keine weitere Beachtung fanden, kündigte die Gewerkschaft für den 5. September 2019 eine Protestkundgebung am «Vierten Kreisverkehr» an. Der «Vierte» ist nicht nur ein wichtiger Verkehrsknotenpunkt in Amman; aufgrund der unmittelbaren Nähe zum Regierungssitz des Premierministers finden dort häufig Demonstrationen und Proteste statt. Nur einen Tag vor der geplanten Kundgebung untersagte die Regierung kurzfristig, dass diese am «Vierten Kreisverkehr» stattfinden könne und verlangte die Verlegung in die Nähe des Parlaments. Die Gewerkschaft bestand auf den angemeldeten Kundgebungsort und am 5. September folgten mehrere Tausend Lehrer*innen dem Aufruf und ließen sich trotz Verbots nicht davon abhalten, zum Kreisverkehr durchkommen zu wollen, um am Protest teilzunehmen. Laut Gewerkschaft und Berichten von Demonstrant*innen sperrte die Polizei seit dem Morgen zahlreiche Straßen, um Lehrer*innen aus Amman und von außerhalb daran zu hindern, am Kreisverkehr zu demonstrieren. Zudem hinderten Sicherheitskräfte zahlreiche Busse an der Abfahrt und verhinderten so den Transport der Lehrer*innen zum Protest. Daraufhin kam es an verschiedenen Straßensperren zu kleineren Protesten und Kundgebungen mit Hunderten und teils Tausenden Lehrer*innen, die nicht bis zum geplanten Kundgebungsort durchkamen. Denjenigen Demonstrierenden, die bis zum «Vierten» durchgekommen waren, begegnete die Polizei mit einem massiven Sicherheitsaufgebot, ging teils mit Tränengas und Wasserwerfern gegen sie vor, und nahm Dutzende Lehrkräfte fest. Insgesamt beteiligten sich an diesem Tag mehr als zwanzigtausend Lehrer*innen aus allen Teilen

des Landes an den Protesten. Ammans Verkehr, ohnehin bekannt für Stau zu nahezu allen Tages- und Nachtzeiten, kam in Folge der Proteste und Straßensperrungen an diesem Tag in weiten Teilen der Stadt fast völlig zum Erliegen. Viele Menschen erfuhren vom Protest und später vom Streik, weil sie stundenlang im Stau festsaßen. Infolge der gewaltsamen Beendigung der Kundgebung und weil die Regierung sich weigerte, den Forderungen der Lehrer*innen nachzukommen oder sich für das harte polizeiliche Vorgehen zu entschuldigen, kündigte die Gewerkschaft einen offenen Streik an.

Mit Beginn der zweiten Woche des Schuljahres, also ab dem 8. September, streikten die Lehrer*innen an allen staatlichen Schulen. Zahlreiche Lehrkräfte nutzten die Zeit stattdessen zur Instandsetzung von altem Schulinventar und zur Renovierung ihrer Klassenräume. Neben der praktischen Notwendigkeit sendeten sie damit auch ein deutliches Signal in Richtung Bildungsministerium und Regierung, was den mangelhaften Zustand und die Ausstattung der Schulen angeht. Lehrer*innen, die teils unter Druck und Kündigungsandrohungen seitens der Regierung Anfang Oktober zu den regulären Arbeitszeiten an den Schulen anwesend waren, unterrichteten nicht. Der Streikaufruf der Gewerkschaft erklärte, dass die Lehrenden lediglich die Sicherheit der Schüler*innen gewährleisten sollten, die trotz des Streiks zur Schule geschickt worden waren. Insgesamt war die Beteiligung am Streik sehr hoch, so dass die Gewerkschaft von nahezu hundertprozentiger Beteiligung ausging. Schulleiterin B. aus Irbid sagte, «Wir haben als Gewerkschaft auch vorher schon Streiks organisiert, aber nicht in so großem Maßstab» und bestätigte, dass die hohe Beteiligung am Streik, auch im Vergleich zum Streik 2014, das Vertrauen ausdrücke, welches Lehrer*innen der Gewerkschaftsleitung inzwischen entgegenbrächten. Überhaupt schaffte es die Gewerkschaft, über den Zeitraum des Streiks ein Gemeinschaftsgefühl unter den Streikenden aufrechtzuerhalten. Zahlreiche weitere Gewerkschaften befürworteten und unterstützten zudem den Streik, ebenso wie politische Aktivist*innen und freie Medien.⁷ Aus Solidarität mit den streikenden Kolleg*innen und um Kritik wie etwa den Vorwurf, das Recht auf Bildung zu verletzen, abzuwenden, boten Lehrer*innen an einigen privaten Schulen unentgeltlichen Unterricht im Anschluss an ihre regulären Schulstunden an, damit sich Schüler*innen staatlicher Schulen dennoch auf ihre Abschlussprüfungen vorbereiten konnten. Trotz der Kritik am Streik und Attacken gegen Lehr-

⁷ Insbesondere die Plattform *7iber* hat ausführlich über den Protest und Streik berichtet <https://www.7iber.com/politics-economics/>.

kräfte, wovon Lehrerinnen Berichten zufolge stärker betroffen waren als ihre männlichen Kollegen, war die Reaktion aus der Bevölkerung überwiegend unterstützend und positiv, auch unter den Eltern der betroffenen Schüler*innen. So kündigten einige Eltern an, ihre Kinder erst wieder zur Schule zu schicken, wenn die Regierung den Forderungen der Lehrer*innen nachgekommen sei. Schülerin Layan aus Amman fand es «sehr gut, dass die Lehrer*innen gestreikt haben», es sei zwar für sie als Schülerin der Abschlussklasse schwierig, den Stoff nachzuholen, allerdings habe die Regierung die Lehrer*innen vorher nicht ernst genug genommen. Auch in den sozialen Medien wurden unter dem Hashtag *#Mit dem Lehrer/mit der Lehrerin* Unterstützung und Solidarität zum Ausdruck gebracht.

Und jetzt?

Nach über vier Wochen erzielte die Gewerkschaft eine Vereinbarung mit der Regierung und beendete den Streik. Zwar wurden ihre Forderungen in Bezug auf Lohnprämien nur teilweise erfüllt und auch die zweite Hauptforderung, eine Entschuldigung für das Vorgehen am Protesttag, fiel eher schwach aus. Allerdings erreichte die Gewerkschaft Mitspracherecht bei den Lehrplänen und Einsicht in den Rentenfonds. Die hohe Beteiligung am Streik spricht nicht nur für den hohen Druck aufgrund steigender Lebenshaltungskosten in Jordanien, sondern auch dafür, dass die Lehrer*innen der Gewerkschaft zutrauten, für ihre Rechte und Forderungen

einzustehen. Die Tatsache, dass der Streik über mehrere Wochen die öffentliche Debatte bestimmte und großen Zuspruch fand, verdeutlicht, dass es um mehr als das Einkommen von Lehrpersonal an staatlichen Schulen ging und geht. Vielmehr haben Gewerkschaft und streikende Lehrer*innen soziale Gerechtigkeit und Verteilungsfragen auf die politische Tagesordnung gesetzt. In den Wochen des Streiks haben Intellektuelle, Bürger*innen und Aktivist*innen viel über die Würde des Menschen diskutiert und den Streik so mit Forderungen nach einem menschenwürdigen Leben für alle verknüpfte. Fragen also, die spätestens seit den Revolten seit 2011 in der Region immer wieder aufkommen. Die Gewerkschaft will sich in Zukunft mit mehr Selbstbewusstsein in tagespolitische Themen einmischen, was nicht nur auf Zustimmung stoßen wird. Der Streik der Lehrer*innen hat wichtige strukturelle und politische Fragen beleuchtet, und die Gewerkschaft ist gestärkt aus dem Protest hervorgegangen, vor allem weil das Gewicht von über einer Million betroffener Schüler*innen und deren Familien nicht irrelevant ist. Auseinandersetzungen mit diesen Fragen sind wichtig für die Entwicklungen der kommenden Jahre. Noch entscheidender ist aber vielleicht, dass diese Fragen offen - und in aller Deutlichkeit - gestellt wurden und werden.

Hanna Al-Taher ist Sozialwissenschaftlerin und arbeitet in Amman, Gießen und London.

Die Gründung der Lehrer*innen-Gewerkschaft in Jordanien

Die Beziehung des Berufsstandes der Lehrer*innen zum jordanischen Regime ist konfliktreich. Die erste Gewerkschaft für Lehrer*innen in Jordanien war in der ersten Dekade formeller haschemitisch-jordanischer Unabhängigkeit aktiv. Bereits 1956 streikten jordanische Lehrer*innen für höhere Löhne. Mit dem Verbot politischer Parteien 1956 wurde auch die Gewerkschaft der Lehrer*innen aufgelöst und, anders als viele andere Gewerkschaften, erst 2011 neu gegründet. Das Logo der jetzigen Gewerkschaft zeigt das Wort *Iqraa* (Lies!) wobei das *Alef* als brennende Fackel abgebildet ist. Die Gewerkschaft hat aktuell 140.000 registrierte Mitglieder. Eine Lehrer*innenversammlung in Amman im März 2010 gilt als Gründungstreffen, auf dem die versammelten Lehrer*innen das Ziel *«Wir wollen eine Gewerkschaft»* offiziell festhielten. Schon damals organisierten die Lehrer*innen in mehreren Städten Proteste und Streiks und trafen sich zu weiteren informellen Treffen. Im Laufe des Jahres 2010 streikten und protestierten die Lehrer*innen immer wieder vor allem in kleineren jordanischen Städten und ab Anfang Juni auch in Amman. Im Oktober 2010, etwa einen Monat vor den jordanischen Parlamentswahlen – die Regierung wird im Gegensatz zum Parlament nicht gewählt, sondern ernannt –, traf sich eine Delegation der Lehrer*innen mit dem Bildungsminister zu weiteren Verhandlungen, um die Zulassung der Gewerkschaft zu fordern. Anfang 2011 stimmte die Regierung der Gründung der Gewerkschaft schließlich zu und erkannte sie (wieder) als verfassungskonform an. Dies war möglicherweise ein Versuch, weiteren Protesten der Lehrer*innen zuvorzukommen, wobei die Sorge vor einem weitflächigen Übergreifen der beginnenden Proteste in der Region 2011 eine Rolle gespielt haben dürfte. Die aktuellen Proteste können somit an vorausgehende gewerkschaftliche Aktivitäten anknüpfen.

Trauer, Stolz und eine Geschichte, die noch nicht zu Ende geschrieben ist

Jahrestag der irakischen Oktoberrevolution – ein Bericht aus Bagdad

Schluwa Sama

Ein Jahr nach dem Beginn der irakischen Revolution haben sich wieder Aktivist*innen und Protestierende auf dem zentralen Tahrir-Platz in Bagdad versammelt. Viele von ihnen tragen schwarze T-Shirts: «Wir tragen schwarz, um unserer Märtyrer und gefallenen Freunde zu gedenken», erklärt einer der Jugendlichen. Gleichzeitig entsteht auch eine revolutionäre Stimmung, als am frühen Morgen des 1. Oktober 2020 bei einer zentralen Demonstration auf dem Platz eine Reihe von Tuktuks, die zum Symbol der unterdrückten Klasse und der Revolution geworden sind, eine Tuktuk-Parade veranstalten. Es scheint nicht nur ein Tag der Erinnerung, sondern auch ein Tag der Trauer, des Stolzes und der Forderung nach einer Erneuerung des Revolutionsprozesses zu sein. 2019 begann die irakische Revolution, die schnell als Oktoberrevolution bezeichnet wurde. Sie zeichnete sich durch ein unglaublich großes Ausmaß an Selbstorganisation, Durchhaltevermögen und Leidenschaft der Jugend für die Ziele der Revolution aus. Zentrales Ziel war der Sturz des gesamten nach 2003 entstandenen Systems und seines sektiererischen und korrupten Machtapparats. Der Tahrir-Platz in Bagdad war einer der zentralen Protestplätze, der bis heute besetzt gehalten wird. Vor knapp einem Jahr [2019, Anm. d. Red.] noch wiesen revolutionäre Künstler*innen auf den Tunnelwänden des Tahrir-Platzes auf die Rolle von Frauen und Tuktuk-Fahrer*innen in großen Graffiti hin. Heute [2020, Anm. d. Red.] wurden mehrere Porträts von Märtyrer*innen¹ auf die Wände gemalt. Auch viele der Zelte, die im letzten Jahr von unterschiedlichen Protestgruppen genutzt wurden, sind heute nach verschiedenen Märtyrer*innen benannt.

¹ Der Märtyrer-Begriff wird in diesem Text im Rückgriff auf seinen Gebrauch im Irak verwendet. Der Begriff hat zwar eine religiöse Konnotation, wird aber auch von säkularen Menschen genutzt, um derer zu gedenken, die in Zusammenhang mit der Revolution getötet wurden. Während der Begriff im irakischen Alltag normalisiert ist, gibt es unter Aktivist*innen und auf dem Tahrir-Platz in Bagdad eine kritische Auseinandersetzung zur Verwendung des Begriffs, in der u.a. versucht wird, sich von der religiösen Bedeutung zu distanzieren.

Die Märtyrer*innen

Ein Zelt heißt heute «Zelt des Märtyrers Abu Ahmed Al-Timimi». Abu Ahmed war Bildhauer und stellte seine Skulpturen auf dem Tahrir Platz als Beitrag zur Kultur der Revolution aus. Abu Ahmed wurde von einer Polizeieinheit zur Aufstandsbekämpfung getötet.

Unter den Märtyrer*innen sind viele sehr junge Männer wie zum Beispiel Saffa Al-Saray, dessen Gesicht heute ein Sinnbild für alle Märtyrer*innen der Revolution geworden ist (Sinan Antoon, New York Times 16.12.2019). Er war einer der bekanntesten Aktivist*innen, die letztes Jahr während der Proteste durch den Beschuss mit Tränengaskanistern getötet wurden. Gleichzeitig wurden aber auch junge Frauen ermordet, und es gab verschiedene Entführungen und gezielte Attacken auf Aktivistinnen. Ihrer gedenkt der heutige Protest des Frauenmarsches vom Kahramane-Platz zum Tahrir-Platz. Dies ist ein vom Staat genehmigter Protest, bei dem verschiedener Aktivistinnen gedacht wird, so zum Beispiel Sara Talib aus Basra. Sie war eine der ersten Frauen, die an der Frontlinie den Protestierenden medizinische Hilfe leistete.

Die Sicherheitskräfte des Staates, die neben der Demonstration herlaufen, agieren friedlich. Ein Sicherheitsmann hat eine Kamera dabei und fotografiert Sicherheitskräfte und Demonstrant*innen. Zahra (Name geändert), eine der Aktivistinnen beim Frauenmarsch, erklärt, dass dies einfach nur ein Teil ihrer neuen Taktik ist, mit der sie an ihrem öffentlichen Image arbeiten. Damit wollen sie als volksnah erscheinen. «Wie sollen wir das akzeptieren nach all den Toten, die sie zu verantworten haben?»

Tatsächlich wurden mehr als 600 Demonstrant*innen (amnesty international, 20.1.2020) getötet und Tausende verletzt. Viele Aktivist*innen sind aufgrund von Drohungen aus dem Land geflohen oder kommen nicht auf den Tahrir-Platz, wie die Frauenrechtsaktivistin Samia (Name geändert) berichtet. Gleichzeitig grüßt sie, während wir über den Platz laufen, fortlaufend verschiedene Aktivist*innen.

Ahmed, ein Tuktuk-Fahrer, ist trotz aller Verluste froh, dass der Tahrir-Platz gegen Mittag voll wird und dass es verschiedene kleine Märsche und Proteste gibt: «Das gibt mir Hoffnung.» Er sitzt mit einem Freund in seinem Tuktuk auf der Jumhuriya-Brücke, die mittlerweile voll ist mit Demonstrant*innen. Auf ihren T-Shirts sind die Namen und Gesichter ihrer gefallenen Freunde zu sehen, während sie die irakische Flagge schwenken, zu der sie hinzugefügt haben: «Die Revolutionäre Bagdads. Die Gruppe der Schützer des Tahrir.» Dabei skandieren sie, an die Aufstandsbekämpfungseinheiten der Regierung gerichtet: «Versucht was ihr könnt, aber das Volk ist immer noch stark).»

Stolz und Hoffnung auf eine revolutionäre Zukunft

Neben Hoffnung und Trauer gibt es am 1. Oktober auf dem Tahrir-Platz auch einen enormen Stolz. Tuktuk-Fahrer Ahmed, der uns vor einem Jahr über die Solidarität unter Demonstrant*innen berichtet hat², erklärt, dass die Demonstrant*innen trotz allem bewiesen haben, dass sie Dinge ändern können: «Wir haben den Ministerpräsidenten Adil Abdul-Mahdi zum Rücktritt gezwungen. Der Rücktritt des Ministerpräsidenten war zwar nicht das primäre Ziel der Proteste, aber er hat uns gezeigt, dass wir genügend Macht haben, um eine Veränderung zu bewirken.» Dieser Rücktritt hat bewirkt, dass es momentan einen temporären Ministerpräsidenten, Mustafa Al-Kazemi, gibt und für 2021 Neuwahlen angesetzt sind. Nicht nur, dass die politische Führung des Landes gezwungen war, auf die Proteste zu reagieren, auch das Gefühl von Freiheit ist eine der Früchte der Revolution.

Die Frauenrechtsaktivistin Samia erklärt, dass die bisherigen Protestwellen immer sehr männlich geprägte Proteste gewesen seien, die gegenüber religiösen und politischen Autoritäten respektvoll waren. Die Oktoberrevolution habe dies geändert: Irakische Frauen waren genauso sichtbar in dieser Revolution und die «heilige Aura um Autoritäten» konnte gebrochen werden.

In ähnlicher Weise erklärt Qasim (Name geändert), der als Tagelöhner im Bausektor arbeitet, dass nun der Zauber von religiösen Autoritäten und politischen Führern verschwunden sei. Er stellt zwar fest, dass die Sadr-Bewegung heute verschiedene Eingänge zum Tahrir-Platz sowie auch das «Türkische Restaurant» kontrolliert. Gleichzeitig sagt er: «Wer hätte vor der Revolution gewagt, über al-Sadr [religiös-politische Autorität und Führer der Saray

² Siehe gemeinsamen Beitrag mit Ansar Jasim im Westasien-Dossier [Irak: Ein Land erschafft sich neu](#).

al-Salam Miliz] zu witzeln? Heute haben wir Dutzende politische Slogans skandiert, in denen wir zeigen, dass wir uns durch seine Ideologie nicht mehr beeindrucken lassen.» Obwohl sich Qasims ökonomische Situation nicht verbessert hat, beschreibt er ein neues Freiheitsgefühl, das nicht nur auf den Tahrir-Platz beschränkt ist: «Früher habe ich einen Weg heraus aus meinem Viertel und einen anderen Weg hinein genommen. Heute gehe ich normal ein und aus. Einige der Leute aus meinem Viertel, die zu den Milizen gehören, schauen mich heute anders an, denn sie wissen, dass ihre Macht schwindet. Auch wenn sich die ökonomische Situation nicht verbessert hat, habe ich Hoffnung in diese Revolution, denn ich habe keine Angst mehr.»

Die eigene Geschichte selbst gestalten

Der 1. Oktober ist im Irak heute ebenso ein Erinnerungstag wie ein Protesttag. Zahlreiche Märsche und Kundgebungen erinnern nicht nur an das, was die Demonstrant*innen begonnen haben, sondern führen es auch fort. In einer Geschichte voller Krieg, Tod und Leid kreieren Iraker*innen eine Geschichte des Volkes von unten, auf die sie stolz sein können. Gleichzeitig ist die Revolution noch nicht Teil einer abgeschlossenen Geschichte. Samia erklärt: «Was wir hier begonnen haben, wird ein langer Prozess. Wir tun dies für unsere Kinder und hoffen, dass sie ein würdevolles Leben führen können.»

Qasim erwartet die Fortschreibung der Revolutionsgeschichte schon für den 25. Oktober 2020, dem Tag, an dem die Proteste vor einem Jahr in einen Aufstand umgeschlagen waren, der das ganze Land und viele soziale Schichten erfasste. Für ihn ist es ein Tag der Befreiung. «Wir wollen, dass die Menschen zum Tahrir kommen. Es ist unser Land, und wir haben eine Verantwortung dafür, dass diese Revolution erfolgreich wird.» «Erfolgreich sein» bedeutet dabei nicht nur die Durchsetzung von Neuwahlen, sondern meint eine Rückbesinnung auf die zentrale Forderung des Aufstands: den Sturz des Systems.

Schluwa Sama hat in Berlin, Marburg und London, Politik und Wirtschaft Westasiens und Nordafrikas studiert und anschließend in Sulaymaniya, Kurdistan-Irak, gearbeitet. Zurzeit promoviert sie zur politischen Ökonomie des Iraks und Kurdistans am Centre for Kurdish Studies, University of Exeter.

II.II Kunst und Auseinandersetzung

«Kunst ist Widerstand gegen die Tötungsmaschinerie»

Interview mit einem syrischen Filmemacher

Anna-Theresa Bachmann, Saeed Al-Batal

Die Dokumentation «Still Recording» (2018) erzählt über eine Zeitspanne von vier Jahren vom täglichen Überlebenskampf im syrischen Ost-Ghouta. Im Interview spricht einer der Regisseure des Films über Kunst in Zeiten des Widerstandes und warum die Situation in Syrien uns alle angeht

Saeed, um Deine Familie in Syrien zu schützen, verwendest Du das Synonym «Al-Batal» der Held anstelle Deines richtigen Nachnamens. Inwieweit hat Dich das vierjährige Filmen in den Kriegswirren Ost-Ghoutas selbst zu einem Helden gemacht?

Saeed Al-Batal war der Name meines Onkels mütterlicherseits, der Teil der palästinensischen Revolution in den 1960er Jahren war und Mitte der 1970er Jahre erschossen wurde. Als ich 2011 anfang Artikel zu schreiben, habe ich seinen Namen übernommen. Allerdings halte ich nichts von der Heroisierung einzelner Personen. Ich glaube an die kollektive, heldenhafte Tat ...

... wie sie etwa der zivile Protest gegen den syrischen Präsidenten Baschar Al-Assad im Jahr 2011 darstellte?

Die Menschen waren mutig. Ich würde es jedoch nicht als heldenhaft bezeichnen, wenn man sich für Menschenrechte einsetzt. Vielmehr zeigt ein solches Aufbegehren, dass man noch am Leben ist. Ich verstehe, wenn Menschen Angst haben und sich vor dem Regime fürchten. Die syrischen Machthaber haben die Öffentlichkeit für Jahrzehnte mundtot gemacht. Dann kam der «Arabische Frühling» und hat diese Angst in ihr Gegenteil verkehrt: Die Bevölkerung sollte sich nicht vor ihrer Regierung fürchten. Es ist die Regierung, die vor ihrer Bevölkerung Angst haben sollte.

In einer Szene des Films wirst Du von einem ausländischen Reporter interviewt. Du sagst ihm, dass Du keine Waffen mit dir herumträgst, sondern nur eine Kamera. Sie selbst sei eine Art Waffe. Wie meinst Du das?

Ich bin davon überzeugt, dass die erste Waffe des «Arabischen Frühlings» die Kamera war. Sie kam nicht nur gegen das syrische Regime zum Einsatz, sondern auch gegen andere Diktatoren. Das Regime hat die Medien und seine Bevölkerung für fast 40 Jahre kontrolliert. Deswegen hat Assad gezielt Jagd auf Menschen mit Kameras gemacht, noch ehe er sich die Protestierenden selbst vorgenommen hat. Wenn du mit einer Kamera erwischt wurdest, dann konntest du dich auf harte Folter gefasst machen, härter als die der anderen Gefangenen.

Du wurdest selbst für 20 Tage inhaftiert, nachdem Du an der ersten Demonstration in Duma im März 2011 teilgenommen und die Ereignisse gefilmt hast. Offensichtlich hat Dich die Haft nicht vom Weitermachen abgehalten. Hat sich Deine Arbeitsweise durch die Gefangenschaft trotzdem in irgendeiner Weise verändert?

Im Zeitraum von 2011 bis 2012 haben die Menschen sich gegenseitig sehr misstraut. Alle hatten Angst, dass jemand für das Regime und den Geheimdienst arbeiten könnte. Die Haft kam mir zugute, weil mir die Menschen danach mehr Vertrauen geschenkt haben, besonders die Revolutionäre. Somit konnte ich ab April 2011 mit den Jugendlichen in Duma arbeiten und Demonstrationen mit ihnen organisieren, die wir filmten und das Material dann im Internet verbreiteten. Ich habe nicht aufgehört, zu filmen, bis ich Syrien im August 2015 verlassen habe.

Hast Du Dich manchmal gefragt, ob Du dem Ganzen gewachsen bist? Zum Beispiel, als das Regime 2012 ein Massaker an der Zivilbevölkerung Dumas verübte, wie es in der Dokumentation zu sehen ist?

Durch das Massaker habe ich die Kamera das erste Mal als Schutzschild betrachtet, das mich von den schrecklichen Bildern vor meinen Augen abschirmt. Die Kamera hat mich vor der schlimmsten aller Fragen bewahrt: Was kann ich im Angesicht des Todes überhaupt tun? Seit diesem Tag hat mich die Kamera davor bewahrt, innerlich an all der Gewalt und all dem Blut zu zerbrechen.

Warum wolltest Du die Rebellen in Ost-Ghouta ursprünglich filmen?

Zuerst hatte ich die Demonstrationen gefilmt und die Videos als direkte Reaktion auf die Entwicklungen in Syrien ins Internet gestellt. Als die Rebellen im Anschluss an das Massaker des Regimes nach Duma aufbrachen, hatte ich sie bereits seit zwei Jahren begleitet. Wir dachten damals, dass nach Ost-Ghouta auch die Nachbarschaft Jobar und schließlich Damaskus befreit werden könnten. Einer unserer Kameramänner starb während der Befreiung Dumas. Trotzdem glaubten wir vor allem im ersten Jahr daran, dass wir es bis vor die Tore des Präsidentenpalastes im Damaszener Stadtteil Mezzeh schaffen würden. Ich wollte also einen Film über die Befreiung der Stadt machen. Aber dieser Film konnte nie beendet werden, bis der militärische Widerstand gegen das Regime letzten Endes zusammenbrach.

Wo sind die anderen Mitglieder des Filmteams mittlerweile?

Nachdem ich Syrien im August 2015 verließ, hat das Team noch bis zur Evakuierung der Stadt weitergefilmt. Niemand von uns ist heute noch in Ost-Ghouta. Zwei sind in Idlib, drei sind in der Türkei, eine Person ist im Libanon und ich bin in Europa. Wir filmen fast alle immer noch. Es ist zur Gewohnheit geworden, ein Grund um am Leben zu bleiben. Auch deswegen haben wir den Film «Still Recording» genannt. Denn wir sind buchstäblich immer noch dabei zu filmen.

«Still Recording» erzählt die Belagerung Ost-Ghoutas bis zum Jahr 2015. Dabei sind 450 Stunden Material zusammengekommen. Wie legt man sich da auf einzelne Szenen fest?

Das war ein langer und sehr zermürender Prozess. Ich und Ghiath Ayoub, der andere Regisseur, waren uns darüber im Klaren, dass 450 Stunden Material viel Stoff für verschiedene Arten der Propaganda liefern. Wer kontrolliert das Recht am Bild? Wer hat das Recht zu erzählen, was wirklich passiert ist? Diese ethischen Fragen haben uns

umgetrieben. Anschließend haben wir alle Szenen bearbeitet. Mit dem Resultat, dass die erste Fassung 26 Stunden lang war. Die Zweite hatte zehn, die Dritte sieben Stunden. Danach haben wir Stück für Stück Szenen gelöscht, die sich ähnlich waren. Insgesamt haben wir zwei Jahre im Schnittraum verbracht, ehe wir eine zweistündige Fassung zustande gebracht haben. Uns war bewusst, dass diese Methode viel Zeit kosten würde. Aber sie schien uns die beste Methode zu sein, verantwortlich mit dem Material umzugehen.

Inwieweit stellen die vielschichtigen Szenen der Dokumentation unser bestehendes Bild vom Leben im Kriegsgebiet in Frage?

Meistens beschränkt sich ein Film über Syrien auf einen oder zwei Erzählstränge. Alles andere wird gelöscht, um die Geschichte klarer erzählen zu können. Mit unserem Film wollten wir aber jegliche Stereotype in Frage stellen. Selbst wenn du jemand bist, der sein ganzes Leben in Ost-Ghouta verbracht hat, wirst du im Film Szenen entdecken, die dich überraschen, vielleicht sogar verärgern. Realität bedeutet Chaos. Und wir wollten ein realistisches Bild zeichnen. In sieben Jahren Belagerung hat sich das Leben in Ost-Ghouta nicht nur um den Krieg gedreht. In diesem Zeitraum lebten dort 1,1 Millionen Menschen. Du kannst dich nicht ausschließlich mit Leid und Trauer umgeben. Jede Form von Glück, jede Form von Kunst ist Widerstand gegen die Tötungsmaschinerie, die ununterbrochen läuft.

Wie habt Ihr diesen permanenten Gefühlswechsel szenisch umgesetzt?

Man kann nie vorhersagen, was im nächsten Moment geschieht. Das wollten wir im Film zeigen: Gerade kämpfst du noch, aber nach sechs Minuten tanzt du. Nach weiteren sechs Minuten beerdigst du deinen Freund. Sieben Minuten später bermalst du eine Wand. Nach sechs weiteren Minuten wirst du erschossen.

In vielen Dokumentationen, deren Erzählungen mehrere Jahre umspannen, gibt es eine Stimme aus dem Off, die das Publikum begleitet. «Still Recording» verzichtet darauf. Warum?

Wenn ich von Anfang bis Ende erzähle, schafft das ein Gefühl von Sicherheit. Dadurch fühlt sich das Publikum sicher. Das gefällt mir persönlich nicht. Außerdem wollten wir nicht für Andere denken, ihnen fertige Antworten liefern. Vielmehr wollten wir, dass sich die Zuschauer selbst als Teil des Filmes begreifen, dass sie diejenigen hinter der Kamera

sind. Während der zwei Jahre, in denen wir am Film arbeiteten, hat sich die politische Landkarte Syriens verändert: Es kam zu einer weiteren Giftgas-Attacke, die Menschen mussten Ost-Ghouta nach massivem Kampf aufgeben und nach Idlib ziehen.

Diese Veränderungen haben uns daran erinnert, dass die Erzählung auch fernab der konkreten Handlung wirkmächtig sein muss. Erst dadurch schafft man eine Dokumentation für die Ewigkeit. Wir haben viele Test-Vorführungen mit Menschen gemacht, die von Syrien keine Ahnung haben. Wir wollten ihre Reaktionen sehen, denn so kamen wir der Realität der nächsten Generation näher.

Wie meinst Du das?

Die Bewahrung der Zukunft besteht darin, die Vergangenheit festzuhalten. Wir wollten der nächsten Generation - nicht nur der syrischen, sondern weltweit - erzählen, was in Ost-Ghouta und damit im Syrien jener Zeit wirklich passiert ist. Ich glaube nicht, dass Maschinen, Autos und der technische Fortschritt den Kern des Menschen ausmachen. Es ist die Kunst, die das tut. Deswegen glaube ich, dass Kunst so lange überdauern wird, wie es Menschen auf dieser Erde gibt.

Trotzdem wird der Film im Hier und Jetzt gezeigt. Während der Konferenz «Connecting Resistances» hast du Verständnis dafür geäußert, dass Menschen in Europa nach acht Jahren keine schlechten Nachrichten aus Syrien mehr hören wollen. Warum sollten sie den Film trotzdem sehen?

Wenn dir etwas an deiner Zukunft und der deiner Kinder liegt, dann sollte dich Syrien etwas angehen. Denn wenn das Regime ungestraft für das davonkommt, was es den Menschen angetan hat, dann werden es ihm Andere gleichtun. Und das passiert bereits: Nachdem das Regime nicht dafür angeklagt wurde, dass es Menschen verbrannt, gefoltert und mit Giftgas übergossen hat, sehen wir andernorts ähnliche Regime immer mächtiger werden. Deutschland verkauft Waffen an Saudi-Arabien, das Kinder im Jemen tötet. Europa unterstützt Abdel Fatah Al-Sisi, eine neue Version von Hafez al-Assad. Unter Hafez gab es 30 Jahre Frieden in Syrien. Aber konnte man das wirklich als Frieden bezeichnen? Wir haben gesehen, was

dann passiert ist. Wenn man Al-Sisi jetzt unterstützt, weil es für kurze Zeit vorteilhaft erscheint, wird die Zukunft noch viel schlimmer sein.

Wie kann die europäische Linke und die erweiterte Zivilgesellschaft Solidarität mit den Menschen in Syrien und im Exil zeigen, gerade jetzt angesichts der festgefahrenen Situation?

Im Unterschied zur heutigen Linken agiert die Rechte auf einer eigennützigen Ebene, als würden gewisse Themen oder Ereignisse direkten Einfluss auf das eigene Leben ihrer Anhängerschaft haben. Was ich während meiner kurzen Zeit im Libanon und in Europa beobachtet habe, ist, dass sich die Linke nur noch für sich selbst interessiert. Links zu sein ist cool, Ausdruck eines bestimmten Bildungsstandes. Wenn Linke nicht begreifen, was das alles mit ihnen persönlich zu tun hat, wird ihnen morgen vielleicht noch nichts passieren. Aber in der Zukunft trifft es auch sie.

Was schlägst Du also vor?

Ich kann niemandem sagen, was zu tun ist. Ich kann nur auf die Realität aufmerksam machen. Aber wenn du mich nach Rat fragst, dann lautet er: Tu alles, was du kannst! Das Nichtstun ist das Problem. Wenn du denkst, dass noch ein Brief an das Parlament nichts bewirkt, irrst du. Schick ihn ab. Wenn du glaubst, dass noch eine Demonstration nichts bringt, geh trotzdem hin. Außerdem darf es keine Ausreden mehr geben. Alle sagen, dass sie nicht wissen, wer auf Assad folgen soll. Ich glaube nicht, dass man sich damals überlegt hat, wer auf Adolf Hitler folgen wird. Es geht zuallererst darum, Schreckliches abzuwenden. Zuallererst sollten wir jedoch die Dinge persönlich nehmen. Es nützt nichts, etwas nur deswegen zu tun, weil es vermeintlich gut für Andere ist. Wenn du dir selbst helfen und nicht zulassen willst, dass dir etwas Ähnliches passiert, dann sei zur Stelle, wenn es Andere trifft.

Anna-Theresa Bachmann hat Nahostwissenschaften in Marburg, Lund und Kairo studiert. Sie absolvierte eine Ausbildung an der Reportageschule Reutlingen und arbeitet heute als freie Reporterin und Fotojournalistin.

Das Dasein in Echtzeit und jenseits der Realität:

Von Alltag und Sehnsüchten der libanesischen Diaspora

Eine Fotoreportage von Dayna Ash und Lilian Mauthofer

Die Grenzen unseres Bewusstseins verlaufen anders als die von Menschenhand gezogenen. Dieselben Hände, die schon so vielen zuvor gereicht worden waren, lösten die Explosion aus, die unsere Existenz um 18:08 Uhr erschütterte – Gefühle, die diesem endlosen Tag noch lange nachhallen sollten. Denn egal, wo wir gerade sind, wo wir uns befinden – jeder Tropfen Blut, der in unserem Land vergossen wird, berührt uns in unseren Herzen, verletzt uns.

Die Explosionskatastrophe in Beirut vom 4. August 2020 ereignet sich im Hier und Jetzt, in Berlin, in Genf, in New York, in den Herzen, in den Köpfen, sie ist das kollektive Trauma der Menschen, deren Leben wesentlich oder auch nur geringfügig von der Stadt geprägt wurde, die sowohl für unser Leiden als auch für unsere Hoffnungen steht. Wir können die Tragweite dieser Katastrophe nicht abschätzen, denn unser Trauma legt auch jahrzehntelange Korruption frei, die so viele Libanes*innen dazu veranlasst hat, aus ihrem Land zu fliehen, ohne sich je endgültig lösen zu können. Wie soll man auch von einem Triumph sprechen, wenn man das geliebte Zuhause vergessen und gegen den Schutz eines sicheren Hafens eintauschen muss.

Wir tauschen Liebe gegen Sicherheit ein, Familie gegen Stabilität, Freunde gegen Strom, Traurigkeit gegen die bloße Hoffnung auf eine Perspektive, ständig tauschen wir das eine gegen das andere ein, weil uns nichts gegeben und alles genommen wird.

Die Trauer kommt in Abstufungen von Rot, Weiß, Grün und Gleichgültigkeit.

Während einige von uns geweint haben, fanden viele einen Ausweg im Schweigen, und noch vielen mehr blieb gar keine Wahl, außer weiter zu machen, nur um dem Unvermeidlichen nicht ins Auge zu sehen, der Angst, den Mustern und den Möglichkeiten von Ausreise und Rückkehr, die

immer mit schwerem Herzen und leeren Händen geschehen.

Weder hier noch dort fühlen wir uns wohl, unser Dasein ist weder hier noch dort. Wir schweben über unserem eigenen Alltag und der Echtzeit unserer alten Heimat. Wir schlafen, aber nicht alle gleichzeitig. Wir singen, aber nur, wenn wir allein sind. Wir haben keinem Land Treue geschworen, doch haben dort viele Hände unser Herz berührt.

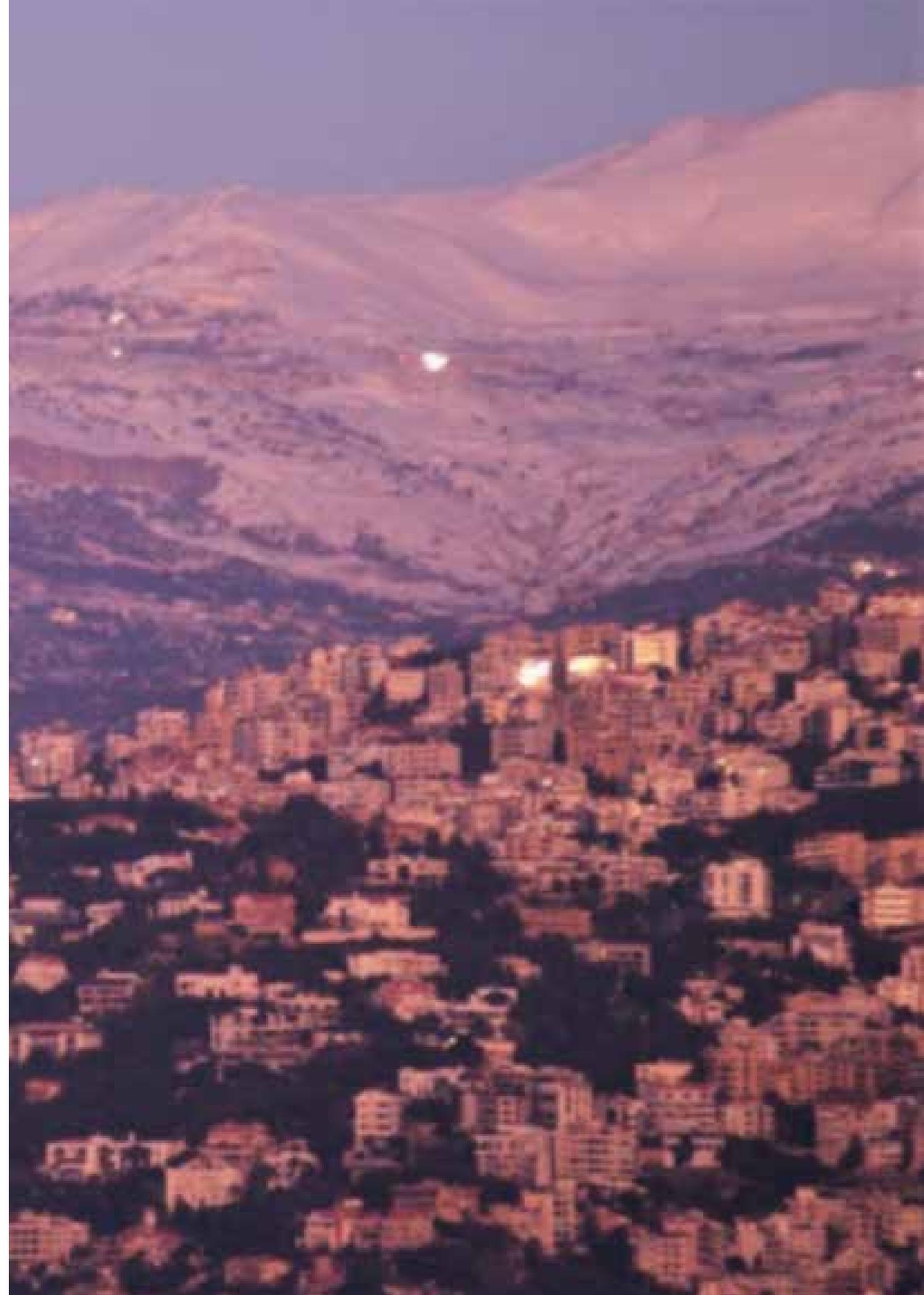
An jenem Tag war ich in Beirut, wie an den meisten Tagen der Krise in unserem Land. Sie haben die letzten 15 Jahre meines Lebens geprägt.

Beirut

Du musstest nicht immer in der Stadt sein, damit sie dich schlagen, verletzen, niederstechen oder verbrennen konnten. Sie fanden auch so einen Weg, egal, wie gut du dich versteckt hast, wie viel du von dir gabst oder sie dir nahmen.

Eines Tages wachst du auf und stellst fest, dass die Straßen, auf denen du dich früher herumgetrieben hast, zerstört sind. Du hast es irgendwie geschafft, ohne Schaden davonzukommen, diesen Schaden durch Sicherheit zu ersetzen. Jetzt aber gibt es keine Straßen mehr, nur Erinnerungen, zu denen nur noch du Zugang hast. Nur du kannst an diesen Erinnerungen festhalten, an einem immer dünner werdenden Faden. Und nur noch du kannst dich daran erinnern, was sie versucht haben zu vergessen, zu löschen und auszumerzen. Dann kommt das Schuldgefühl und überwältigt alle Sinne, erstickt die darauffolgenden Tage, schlägt Wurzeln in der Vergangenheit.

Du hast noch eine Frist.
Die Welt bewegt sich weiter.
Doch nicht auf deinen Straßen,
Diese Straßen gibt es nicht mehr.





Cynthia

Im Ausland zu leben wirft eine endlose Reihe von Fragen auf. Wie ist es dort? Wer war ich dort? Wie kann meine Stadt überleben? Ständig muss ich Fremden erklären, dass dort keine Massaker stattfinden, dass sie mit dem Bürgerkrieg 1990 aufgehört haben. Leider hat Libanon nichts, im Libanon passiert nichts, es ist ein kalter Krieg, ein stiller und betäubender Krieg. Wir warten also, bis wir wieder eine Verbindung zu dem Land aufbauen können, das wir verlassen haben, ohne, dass dort etwas passiert. Vielleicht ändert sich ja was, wenn doch etwas passiert. Diese Hoffnung wurde für mich durch die Explosion zerstört. Denn es ist was passiert und es hat sich rein gar nichts geändert. Niemand hat die Verantwortung übernommen, niemand hat die Menschen unterstützt. Es war nur ein weiterer Grund, sich abzuwenden und sich hintergangen zu fühlen. Wir machen weiter und warten wieder einmal darauf, dass etwas passiert, nur um an dem Wunsch nach Veränderung festhalten zu können.

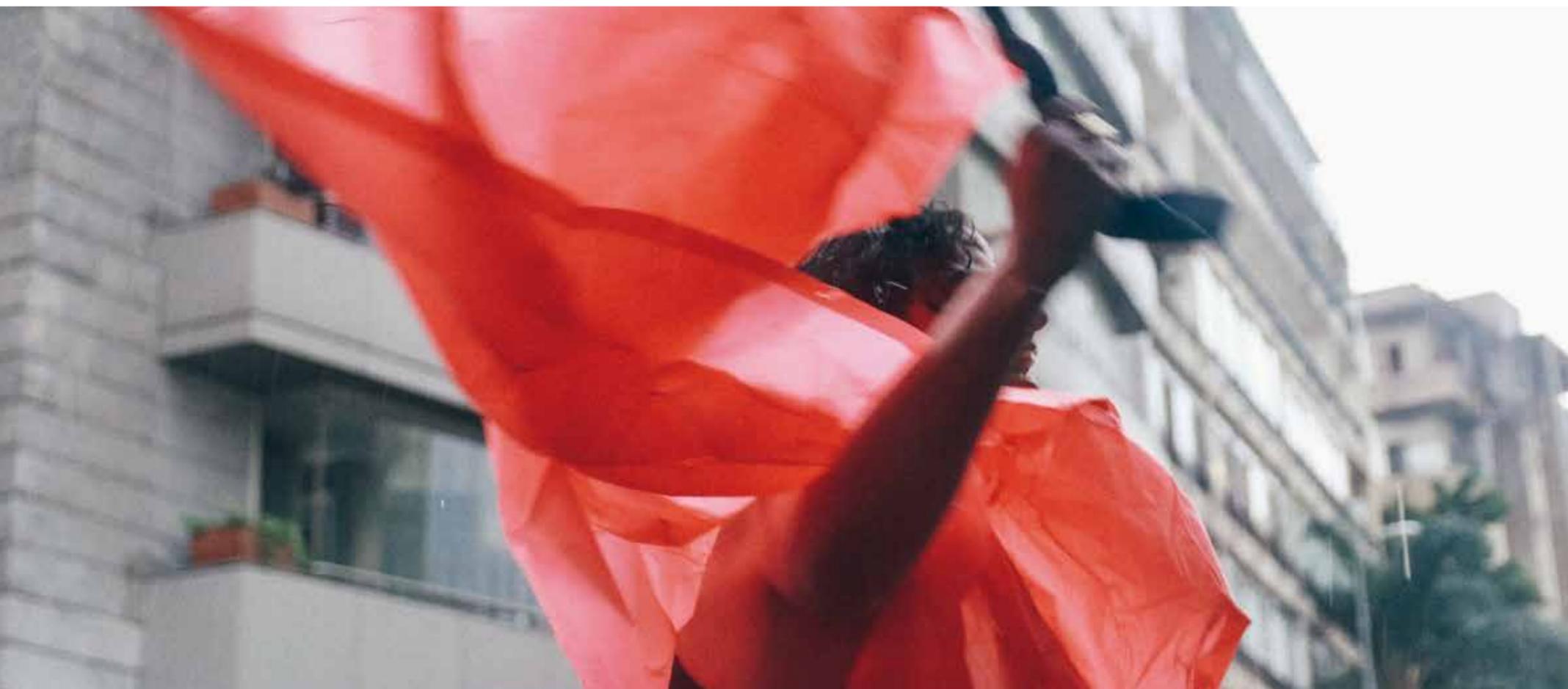


Amal

Wir waren bei dem Feuer live dabei, aber die Arbeit als Journalistin kann auch zum Verhängnis werden.

Als ich auf dem Weg zur Arbeit in Berlin Sirenen hörte, fühlte ich mich sofort auf die Straßen von Beirut teleportiert, blieb stehen und dachte, dass die Straße für die Überlebenden im Hafen frei gemacht werden sollte.

Neben der Berichterstattung über unsere Wahrheit und unsere Realität auf den Straßen unserer Stadt, organisierte ich Spendensammelaktionen und tat, was ich konnte, um auf die Korruption libanesischer Behörden aufmerksam zu machen, damit die Gelder der Zivilgesellschaft statt dem Staat zugutekommen. Es gelang mir irgendwie, meine Arbeit von meinen Gefühlen zu trennen und auf diese Art besser mit der Situation fertig zu werden. Meine Menschen waren in Not, und ich musste alles tun, was in meiner Macht stand, um ihnen die verdienten Stimmen zu geben. Meine Schuldgefühle haben ihren Ursprung nicht nur darin, dass ich die Explosion nicht miterlebt habe; sie bestanden schon lange vor dem 4. August. Ich fühle mich schuldig, weil ich Strom habe und fließendes Wasser, einen Job und mir Dinge leisten kann, die für die meisten nicht in Frage kommen. Keine*r von uns ist freiwillig gegangen, wir alle sind Migrant*innen, nicht Expats. Wir wollen alle nur Sicherheit und eine Zuflucht finden, auch wenn das nicht immer so wirkt.

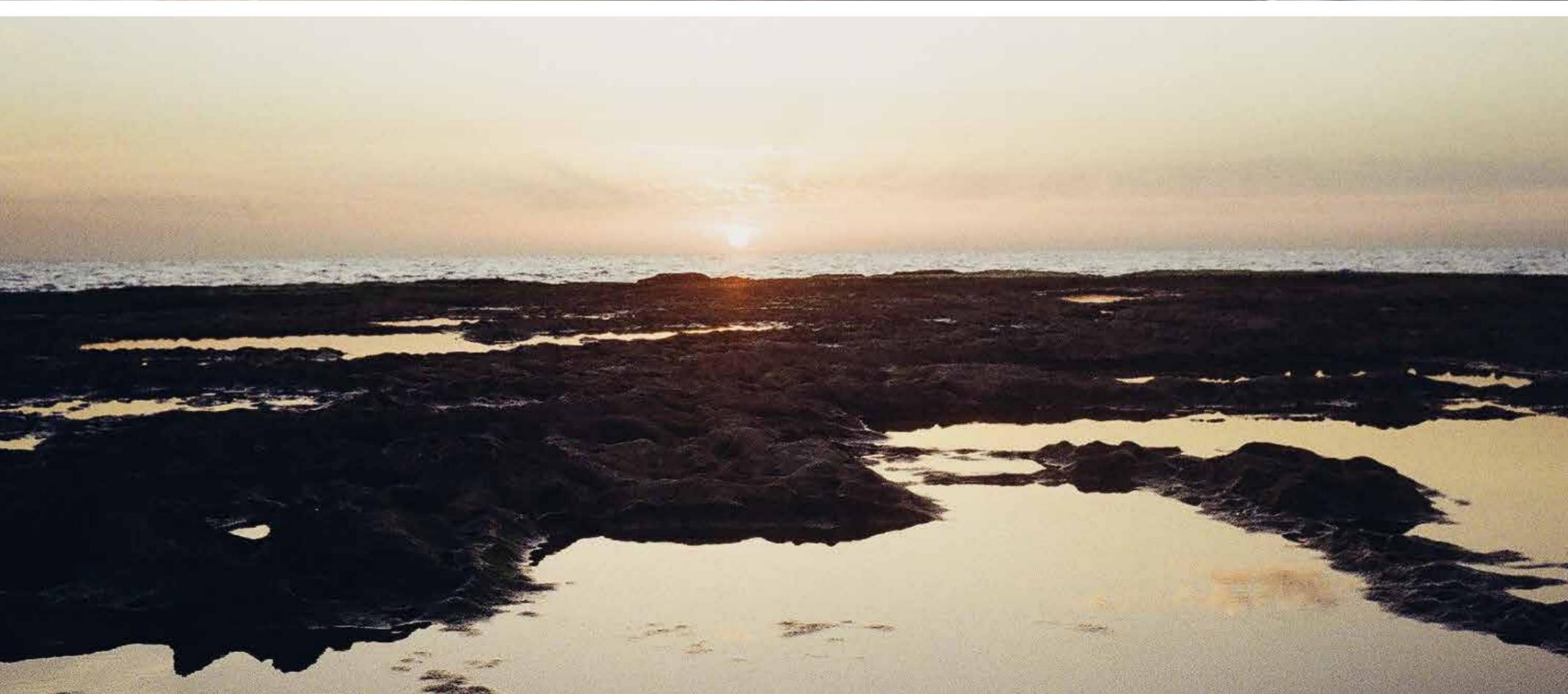




Abir

Ich stehe völlig neben mir. Es ist, als ob ich weit weg bin von meinem Herzen, während es im selben Takt mit Emotionen schlägt, die ich nicht empfinden kann. Ich muss mich zwingen, die Emotionen zu verstehen, die ich nicht mehr fühlen kann, aber von denen ich sicher weiß, dass ich sie habe. Schuld ist hartnäckig: Hätten wir da sein sollen? Ich bin in Sicherheit, und muss daher diesen Schmerz länger tragen, für diejenigen, die ich liebe und für die es noch keine Entwarnung gibt. Die Entfernung und die Schuld der Überlebenden vermischen sich und hüllen das Wenige, was ich verstehen kann, in Dunkelheit. Manchmal wünsche ich mir, ich wäre da gewesen, und dass meine Wohnung und Dinge genauso entstellt wären wie die Erinnerungen, die ich auf neue Kontinente mitgenommen habe. Sie hatten uns alles genommen und uns gezwungen zu gehen, um leben zu können. Und jetzt haben sie uns das Vertraute genommen. Sie haben uns den Trost genommen, den wir trotz der Entfernung finden konnten, den Trost, den uns Orte spendeten, die wir zurückließen. Aber diese Orte gibt es nicht mehr. Es ist nicht mir passiert, aber all dem, was ich kenne und all denjenigen, die ich kenne. Meine Gedanken sind von Konflikten und Dilemmata geprägt: Ich habe Angst zurückzugehen, doch ich muss meinen Beitrag leisten. Früher fehlten mir die Menschen und die Orte, aber jetzt klafft da nur noch eine Leere, wo einst meine Sehnsucht nach meinem Zuhause war.





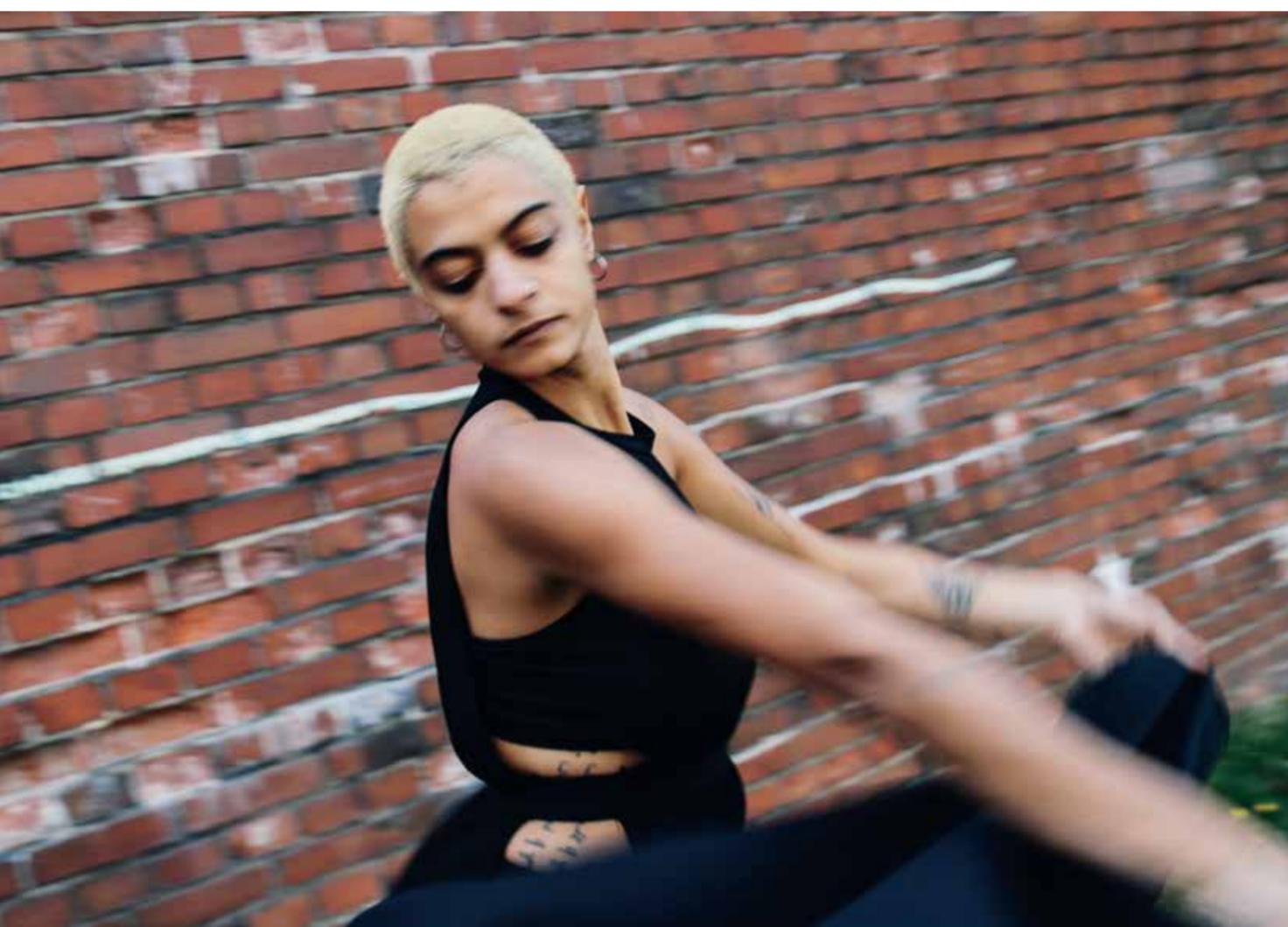
Maria

Wie so viele andere Künstler*innen, wollte auch ich immer schon weg, um neue Welten und Perspektiven, Orte und Kulturen zu entdecken, zu erleben. Ich wollte etwas Neues ausprobieren, aber Beirut war immer der Ort, der mich inspiriert hat, besonders die letzten Jahre. Und so schob ich Jahr um Jahr meine Abreise immer wieder hinaus, und obwohl diese Sehnsucht wie eine Welle zu wachsen schien, war mir auch bewusst, dass die Blase kurz davor war zu platzen. Ich nutzte den Moment, obwohl ich mir dabei wie eine Abtrünnige vorkam. Wir hatten uns immer wieder eine Chance gegeben, die Woge der Hoffnung schwemmte immer wieder über uns hinweg, und für kurze Augenblicke nahm sie uns die Sicht, aber stets klärte sie sich wieder und wir sahen den Tatsachen ins Gesicht. Ein Schritt vorwärts, tausend zurück, es war erschöpfend. Schließlich wagte ich den Sprung und ging, alles wäre besser als weitere zehn Jahre damit zu verlieren, auf Veränderungen zu warten. Beirut zu verlassen war ein heftiger und abrupter Bruch. Aber ich hatte keine Wahl. Ich wurde am Flughafen festgehalten, als hätte mein libanesischer Pass für die libanesischen Behörden keinerlei Bedeutung. Ohne meinen kanadischen Pass hätte ich nicht ausreisen dürfen – bis heute weiß ich nicht, warum. Selbst beim Verlassen bereitete mir Libanon noch Kummer, aber ich habe es geschafft. Es ist traurig und frustrierend, aber ich werde zurückkommen, um dann wieder zu gehen.



Dayna

Ich verliere Dich im Jetzt, so wie damals, nur, um dich wiederzufinden und dann gehen zu lassen. Lebe wohl, Beirut.



Nancy

Die Schlaflosigkeit kriecht zu mir ins Bett, wenn ich am wenigsten damit umzugehen weiss. Es ist 7:40 Uhr morgens, ich muss zu einem Dreh, bei dem ich assistiere. Bei dem Versuch einzuschlafen suchen mich heftige Alpträume heim. Sie begleiten mich, seitdem ich das letzte Mal in Beirut war, unmittelbar nach der Explosion. Ich scheine davon nicht loszukommen. Ich scheine es nicht abschalten zu können. Ich dusche und kotze meine Ängste aus, ich reiße mich zusammen und gehe zum Drehort. Das Set befindet sich an einem ruhigen, sonnigen See. Diese Idylle steht im krassen Widerspruch zu meinen Angstgefühlen. Ich versuche, mich selbst davon zu überzeugen, dass ich es verdiene, in Sicherheit zu sein, was für mich ein Privileg und für andere ein Recht ist.

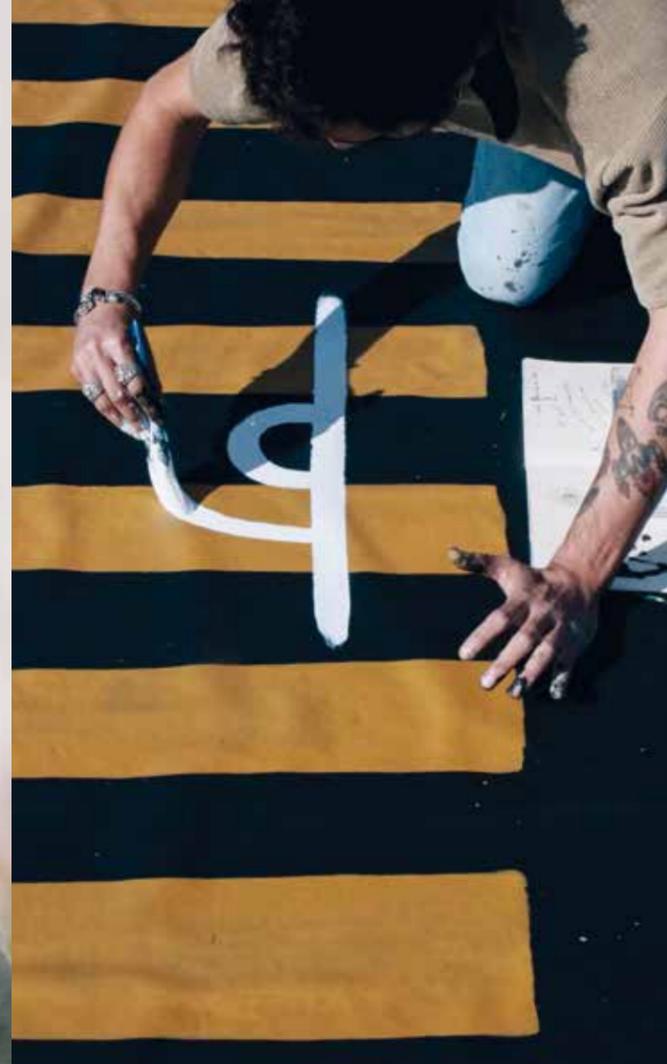


UFA

UFA

UFA





Henri

Seit eineinhalb Jahren habe ich auf diesen 5. August gewartet, nachdem ich mich zuvor auf ein deutsches Visum beworben hatte, um reisen und meine Kunst machen zu können. 18 Monate lang hatte die Angst mein Leben bestimmt, aber ich war geduldig.

Dann ist der 4. August über uns hereingebrochen und hat unsere Hoffnungen sinnlos zunichtegemacht. Das Leben geht weiter, wir haben keine Kontrolle und keine Macht darüber. Wir konnten nichts tun, außer loszulassen; die eigene Hilflosigkeit zu erkennen war die einzige Möglichkeit, sich endlich frei zu fühlen. All die Dinge, die vorher so wichtig waren, verloren am 4. August 2020 jede Bedeutung. Wir wären fast umgekommen, viele sind es, und noch viel mehr wurden verletzt. Ich half bei den Aufräumarbeiten und entfernte Glassplitter aus unseren Ambitionen und unseren Häusern, trotz allem.

Zwei Wochen später kam endlich das Visum. Ich verließ Beirut, ohne es aber wirklich hinter mir lassen zu können. Auch wenn ich immer schon meine Schwierigkeiten hatte, die Stadt als mein Zuhause zu sehen, nach dem 4. August wurde es schwer, sie überhaupt noch zu sehen.



Über uns

Wir lernten uns in Beirut kennen, wo jede*r von uns einen großen Teil von sich zurückgelassen hat. Die meisten unserer Gespräche fanden in Straßen statt, die jetzt zerstört sind, deren Läden nicht mehr wiederzuerkennen sind und jede Erinnerung an glückliche Tage von grauen Wolken überschattet wird.

Dayna

Dayna Ash engagiert sich als Aktivistin zu kulturellen und sozialpolitischen Themen. Sie ist Dramatikerin, Performance-Poetin sowie Gründerin und Geschäftsführerin der gemeinnützigen Künstler*innenorganisation Haven for Artists mit Sitz in Beirut, Libanon.

«Was ich tue, wurzelt zutiefst in dem, was ich bin. Ich kann mir deswegen auch gar nicht vorstellen, irgendetwas anderes zu machen. Ich bin eine Frau und eine Schriftstellerin. Ich bin eine Araberin und ich bin queer. Ich bin im Westen und im Osten aufgewachsen. Ich bin nicht einfach nur eine Aktivistin; was ich bin, hängt davon ab, was meine Stadt, meine Community, meine Geschlechtsidentität und meine Schwestern und Brüder gerade brauchen.»

Lilian

Lilian Mauthofer lebt und arbeitet derzeit in Berlin. Neben ihrer Forschungstätigkeit als Politikwissenschaftlerin beschäftigt sie sich mit der Fotografie als Repräsentationsfläche für den gegenwärtigen Zeitgeist. In ihren Fotografien verhandelt sie Fragen der Selbst- und Fremdwahrnehmung, der sozialen Gerechtigkeit und der Ermächtigung.

Übersetzung von David A. Taleshi und Irina Bondas für Gegensatz Translation Collective

«Unsere Zeit kommt wieder, wenn sich die Machthaber sicher fühlen»

Ein Gespräch zur revolutionären Bewegung im Jemen

Mareike Transfeld, Abdulsalam Al-Rubaidi

Mareike Transfeld: Das Kulturmagazin Almadaniya wird seit 2017 mit der Unterstützung des Auswärtigen Amtes als digitaler Raum betrieben, in dem sich der Geist der Jugendrevolution von 2011 manifestieren kann. Wie würden Sie diesen Geist beschreiben?

Abdulsalam Al-Rubaidi: Der Geist wird durch den arabischen Begriff al-madaniya gut beschrieben. Das bedeutet das Zivile, das Friedliche, aber auch die Zivilisation, das Vergangene; eben unsere Geschichte, aus der wir unsere Ideen schöpfen und für die Zukunft umdenken. Der Geist der Protestplätze steht für Pluralismus, denn wir wandten uns gegen Regionalismus, gegen Religionskonflikte, gegen das Militär, gegen die Stämme aber auch gegen die älteren Generationen. Die Jugend musste sich ihnen gegenüber behaupten, um eine neue Art der Politik, der Wirtschaft, ja sogar des gesellschaftlichen Zusammenseins zu fordern. Im Prinzip steht der Geist der Revolution gegen all das, was wir derzeit im Krieg erleben. Dieser Geist wurde durch die bewaffneten Gruppen besiegt. Er konnte sich nicht durchsetzen; die Jugendrevolution ist gescheitert. Aber es gibt immer noch Menschen, die den Geist der Revolution mit ihrem Denken und Tun am Leben erhalten.

Warum ist die Jugendrevolution gescheitert?

Ich möchte zwei Gründe aufführen, um das zu erklären. Zum einen waren die gierigen traditionellen Eliten nicht bereit, der neuen Generation eine Chance zur Umsetzung ihres revolutionären

Projekts zu geben. Damit meine ich die, die an der Macht waren, wie Präsident Ali Abdullah Saleh und seine Unterstützer*innen oder die Eliten der Parteien und Stämme. Diese Eliten arbeiteten nicht für das Gemeinwohl, sie kämpften hart, um diese Revolution zu unterdrücken, um ihre Privilegien behalten zu können. Diese Eliten waren erfolgreich, denn sie verfügten über Mittel und über Waffen. Die Revolutionär*innen waren unbewaffnet und meist jung, auch nicht reich. Sie konnten die Politiker und hochrangigen Offiziere, Kaufleute und Stammesführer nicht herausfordern.

Die Regionalstaaten, angeführt von Saudi-Arabien, und die Vereinten Nationen griffen schließlich ein, um einen politischen Übergang zu regeln. Denn die Nachbarstaaten hatten Angst, die Revolution könnte sich in einen Bürgerkrieg entwickeln. Immerhin führte das zur Desertion einiger Regimeanhänger. Durch das Abkommen, das die UN vermittelt hat, kam schließlich Abdu Rabu Mansour Hadi an die Macht. Er wurde 2012 durch eine Wahl in seinem Amt als Präsident bestätigt. Jedoch fehlte ihm jegliches Charisma, er konnte diese historische Chance nicht nutzen und brachte die revolutionäre Straße nicht auf seine Seite, um das Land voranzubringen. So konnte kein echter Bruch mit der Vergangenheit vollzogen werden. Stattdessen waren er und seine Regierung vollständig von der internationalen Gemeinschaft abhängig. Und wie wir alle wissen, verfolgten besonders die Golfstaaten eine konterrevolutionäre Agenda, und dies auch im Jemen.

Trotz dieses Scheiterns gab es dank der Revolutionsbestrebungen einige Veränderungen. Den Ar-

men und Schwachen im Jemen gab die Revolution Hoffnung. Sie haben erfahren, dass sie trotz ihrer Schwäche die Mächtigen im Land herausfordern konnten, besonders durch die sozialen Medien. Die Revolution gab aber auch den Kreativen Raum sich zu äußern. Außerdem war es eine Lektion in kollektivem Handeln. Denn kein Diktator, kein Staat, keine bewaffnete Gruppe kann Menschen, die auf der Straße ihre Rechte fordern, künftig noch so mit Gewalt begegnen. Dieses Wissen wird wichtig für die Zukunft, wenn wir den neuen Herrschern aufzeigen, welche Verbrechen sie während des Krieges verübt haben, wenn wir sie zur Rechenschaft ziehen.

Auf welche Art und Weise entsprechen die Inhalte und die Arbeit des Magazins den Werten der Revolution?

Zum einen steht die Revolutionsbewegung von 2011 für Diversität und Pluralismus im Jemen. Ganz unterschiedliche Menschen mit unterschiedlichen gesellschaftlichen Hintergründen beteiligten sich an den Protesten. Unser Magazin ist genauso eine Plattform für Menschen unterschiedlicher Herkunft, mit unterschiedlichen sozialen Hintergründen und unterschiedlichen politischen Einstellungen. Außerdem forderten die Revolutionär*innen von 2011 neue Werte, moderne Weltanschauungen, was unsere Politik und das gesellschaftliche Leben angeht, sie riefen nach einem zivilen Staat. Ich denke, das bedeutet, dass es ein Staat sein sollte, der ein würdevolles Leben und Freiheit erlaubt. Ein nicht-militarisierter Staat, der von Gebildeten geleitet wird. Es war eine gewaltfreie, friedliche Bewegung von modernen Menschen. Almadaniya veröffentlicht Artikel, die diese Werte verbreiten. Artikel, die diesem Gedanken nicht entsprechen, würden wir ablehnen.

Die Revolutionär*innen stellten auch schwierige Fragen; Fragen zur traditionellen Denkweise zum Staat, zur Religion, unserer Geschichte und nationalen Identität. Es sind solche Themen, die in den Artikeln besprochen werden, die wir veröffentlichen. Die Artikel sollen die Leser*innen motivieren nachzudenken und neue Lösungen für unsere existentiellen Probleme zu entwickeln.

Gibt es auch andere Orte und Projekte oder vielleicht andere Formen, in denen sich dieser Geist manifestiert?

Ja, natürlich. Er lebt in Cafés weiter, in denen sich Gleichgesinnte treffen, um zu diskutieren, in Qat-Runden, es gibt aber auch neue Projekte, Websites, die diesem Geist entsprechen. Organisationen wurden gegründet, die bis heute versu-

chen – wenn auch eher die internationale, weniger die jemenitische –, Politik zu beeinflussen. Es gibt YouTuber*innen, manche von ihnen, die außerhalb Jemens sind, sind sehr mutig und sprechen ihre Kritik an den Machthabern und Kriegstreibern direkt aus.

*Du sagst, die YouTuber*innen, die sich außerhalb Jemens aufhalten, seien offener. Welchen Gefahren sind denn Menschen, die sich kritisch äußern, ausgesetzt?*

Na ja, die Machthaber hören nicht gerne Kritik. Es gibt aber auch YouTuber*innen im Jemen. Sie halten sich zwar zurück, aber auch sie finden Wege, um sich zu Missständen zu äußern. Vor kurzem hatten wir eine erste Demonstration, es ging um die Ermordung eines jungen Mannes, er wurde zu Tode gequält. Wir fordern die Institutionen auf, transparent mit dem Fall umzugehen. Es ist ein erschütternder Fall, aber im Vordergrund steht auch, dass wir auf die Straße gegangen sind und unsere Forderungen verkündet haben. Es zeigte, dass wir immer noch im Stande sind kollektiv zu handeln.

*Auf den Protestplätzen haben die Menschen von einer besseren Zukunft geträumt, sie haben geplant und sich dementsprechend engagiert. Heute ist der Jemen im sechsten Kriegsjahr. Haben die Revolutionär*innen noch eine Vision für die Zukunft?*

Ja, das haben sie. Jetzt sind die Machthaber gegeneinander aufgebracht, sie sind nervös und achten genau auf alle Opposition. Unsere Zeit kommt wieder, wenn sich die Machthaber sicher fühlen. Dann werden wir alle, die wir jetzt schreiben, diskutieren, uns engagieren, Musik und Kunst machen, eine Kraft, mit der sie rechnen müssen. Wir werden unsere Stimme haben.

Mareike Transfeld ist Leiterin des Yemen Policy Centers, einem deutsch-jemenitischen Think Tank in Berlin. Sie ist Doktorandin an der Berlin Graduate School Muslim Cultures and Societies und Associate Fellow beim Center for Applied Research in Partnership with the Orient (CARPO), Bonn.

Abdulsalam Al-Rubaidi ist Mitherausgeber des digitalen Kulturmagazins Almadaniya, wo er für Literatur und Wissenschaft verantwortlich ist. Er hat an der Universität Erlangen zu jemenitischen Identitäten in der modernen jemenitischen Literatur promoviert. Neben seiner Arbeit für Almadaniya unterrichtet Dr. Al-Rubaidi an verschiedenen jemenitischen Universitäten.



الحمراء
Hamra
↓

وسط المدينة
Centre - Ville
ساحة الشهداء
Place des Martyrs
↓

III. Ausblick: Reflexionen zu Europa

«Satire ist ein gutes Mittel...»

Interview über Orientalismus und die Arbeit mit Stereotypen

Daniel Walter, Karl Sharro

Die einigende Macht des Humors veranschaulichen wenige so gut wie der libanesische Satiriker Karl Sharro, besser bekannt als Karlre Marks.

Ein Gespräch über Orientalismus, Jürgen Todenhöfer und die besten Bücher über den Libanon.

Daniel Walter: Westeuropa durchlebt gerade turbulente Zeiten. Länder wie Deutschland, Italien und Großbritannien stehen am Scheideweg. Was hat die aktuelle Situation in Europa mit dem Zerwürfnis zwischen Katholiken und Protestanten zu tun?

Karl reMarks: Ich habe mich intensiv mit dem Konflikt zwischen Katholiken und Protestanten beschäftigt. Dabei gibt es Konflikte, die noch weiter zurückreichen. In Großbritannien zum Beispiel haben wir es ganz klar mit einem historischen Bewusstsein zu tun, das durch und durch von der Feindseligkeit zwischen Angelsachsen und Normannen bestimmt ist. Darüber hören wir von Expert*innen relativ wenig.

Genauso steht es in Frankreich seit Napoleon, der Revolution und der Einführung des metrischen Systems mit dem Konflikt zwischen Stadt und Land. Diese Feindschaft wird in Analysen auch nirgends berücksichtigt.

Im Falle Deutschlands gibt es mehrere nennenswerte Spaltungen. Da wäre die historische Rivalität zwischen Preußen und Bayern. Zwischen Deutschland und Frankreich, die Frage um das Erbe Karl des Großen – das sind alles ausschlaggebende Punkte an diesem historischen Scheideweg Westeuropas, von denen man nur wenig in den Nachrichten hört. Zum Glück beschäftigen wir uns am Institut für Westeuropa und Nordamerika (WENA) aktiv mit diesen historischen und archaischen Konflikten und deren Auswirkungen auf die aktuelle Geopolitik.

Macht es Dir der Brexit schwer, Westasien-Witze zu parodieren?

Das klingt jetzt vielleicht egoistisch, aber der Brexit war sehr gut für meine Karriere als Satiriker. Er erlaubt es mir, meine Aufmerksamkeit voll und ganz der WENA-Region zu widmen. Er bietet mir auch sehr viel Material für Witze. Zum Beispiel konnte ich eine Karte anfertigen, die Großbritannien zwischen *Remainia* und *Leavia* unterteilt. Die ist echt hilfreich, wenn man die Parallelen aufzeigen will.

Aber mal ganz im Ernst: Meiner Meinung nach war die herablassende Art Westeuropas, dieser ständige erhobene Zeigefinger, wie man sich demokratischer verhalten und funktionalere Demokratien entwickeln könne, ziemlich arrogant. Jetzt zeigt sich aber, wie schnell diese Instanzen selbst an den Rand des Kollapses geraten. Das hat mir in puncto Satire echt weitergeholfen, egal was das für eine tatsächliche Auswirkung auf Gesellschaft und Wirtschaft hat (lacht).

Gab es einen besonderen Anstoß oder Anlass, der Dich dazu bewegt hat, Satire zu machen?

Ich wollte schon immer Komiker sein oder humoristisches Zeug schreiben. Ich habe jahrelang ernste Sachen über den Nahen Osten geschrieben und konnte damit nur ein sehr kleines Publikum ansprechen. Der Anstoß kam dann mit den Aufständen in den arabischen Ländern und der orientalistischen Berichterstattung seitens einiger westlicher Expert*innen. Mir wurde klar, dass ich mit einem guten satirischen Ansatz ein viel größeres Publikum erreichen kann, als es mir je mit einem 10.000-Wörter-Essay möglich wäre – das ist nicht grundsätzlich so, solche Essays kann man

natürlich immer noch schreiben, aber für mich ist das nichts. Und nicht nur das: Satire war auch ein gutes Mittel, um mich über Diktaturen und reaktionäres Denken lustig zu machen.

Manchmal wirkt es so, als würde ich mich nur mit westlichen Journalist*innen beschäftigen, aber das stimmt nicht. Meine Arbeit war den Regimes und ISIS gegenüber auch sehr kritisch. Das ist generell meine Art, mich mit diesen historischen Ereignissen auseinanderzusetzen.

Sind Dir seitdem Veränderungen in der Berichterstattung aufgefallen?

Sie hat sich auf jeden Fall verbessert. Aber der Markt setzt dem auch Grenzen. Wir sollten deshalb nicht allzu wertend sein. Das Problem liegt nicht unbedingt bei Korrespondent*innen oder Reporter*innen. Ich glaube, es gibt auf Redaktionsseite eine gewisse Nachfrage nach einer bestimmten Darstellung des Nahen Ostens. Letztlich geht es dabei nicht wirklich um den Nahen Osten. Ich finde, die Brexit-Berichterstattung in Europa und den USA zum Beispiel zeugt auch von viel Denkfaulheit. Die Leute wollen das Ganze nur durch die Klischeebrille betrachten. Ich glaube, das Problem des Journalismus beschränkt sich nicht auf die Nahost-Berichterstattung. Dabei hat sich die Berichterstattung besonders auf diesem Feld sehr verbessert und es gibt ein paar richtig gute Journalist*innen.

Würdest Du trotzdem sagen, dass es bestimmte Topoi gibt, die die Westasien-Berichterstattung prägen, sagen wir mal im Vergleich zur China-Berichterstattung?

Ich denke ehrlich gesagt nicht, dass der Nahe Osten irgendeine Sonderstellung hat. Ich glaube nicht an diese Opferrolle à la «der Westen versteht uns nicht». Meiner Meinung nach gibt es im journalistischen Feld viel größere Probleme. Dann gibt es leider auch Tendenzen, die durch die Verbreitung kulturalistischen Denkens verstärkt werden. Das führt dazu, dass Leute am Anfang oft hehre Ziele haben, aber letzten Endes ein miese Berichterstattung machen.

Lass mich den historischen Kontext etwas erklären. Ich finde, wir müssen eine Linie ziehen: Wir befinden uns nicht im 19. Jahrhundert am Höhepunkt des Kolonialismus. Viele kommen zu mir und sagen Sachen wie «Oh, du erinnerst mich so sehr an Edward Said». Ich finde, das ist ein Missverständnis, weil die historische Situation anders ist. Das Verhältnis von Osten und Westen mag weiterhin von Ungleichheit geprägt sein, aber wir

haben es nicht mit dem Kolonialismus von früher zu tun. Es gibt keine Institutionen, die den Kolonialismus rechtfertigen. Da gibt es verschiedene Ebenen, die sich überschneiden.

Ein Beispiel: Denken wir mal an so etwas wie westliche Interventionen in Nahost. Vielerorts gibt es dazu eine Art liberale Haltung, nach dem Motto: «Es ist unsere Verantwortung, im Nahen Osten einzugreifen, um bestimmten Menschen zu helfen». Und eine Menge liberaler, manchmal auch links-liberaler Leute finden das gut so. Meiner Meinung nach führt das zu ungleichen Machtverhältnissen und einer problematischen Repräsentation, die auf dem Bild der Nahost-Bevölkerung als Opfer basiert, als Menschen, die hilfsbedürftig und nicht handlungsfähig sind – das hängt alles zusammen.

Hier zeigt sich: Die Lage ist eben nicht wie in der Hochphase des Kolonialismus im 19. Jahrhundert, sondern viel komplizierter und vielschichtiger. Du magst zwar gute Absichten haben, aber tatsächlich bekräftigst du das Zerrbild des Nahen Ostens.

Welche Rolle spielen die verinnerlichten Orientalismen, über die Du Dich auch lustig machst?

Mich interessiert die Abwendung vom Universalismus hin zu einem gängigeren Kulturalismus und identitätsorientierter Politik. Das beschäftigt mich auf einer intellektuellen Ebene sehr. Ich glaube, man hat sich von traditionellen Arten des Sektierertums zwar entfernt, doch nimmt es dafür andere, sehr aktuelle Formen an.

Das hat sich insbesondere in den letzten zehn Jahren mit dem Aufschwung der sozialen Medien gezeigt. Du kannst eine virtuelle Identität entwickeln, eine Rolle spielen, die von deinen tatsächlichen und materiellen Handlungen total losgelöst ist. Früher war Politik stärker an eine materielle Position geknüpft. Jetzt kannst du dank digitaler Medien diese Fantasierollen entwickeln. In Hinblick auf den Nahen Osten heißt das: Du kannst heutzutage eine beliebige Identität wählen und ihr ein historisches Fundament geben. Du kannst eine osmanische, assyrische oder panarabische Identität annehmen – aber all das ist vorgefertigt und fügt sich in einen fast hobbymäßig betriebenen Identitätswahn ein.

Mein Verständnis solcher Identitäten war schon immer, dass sie durch die Beschaffenheit unserer sozio-ökonomischen und politischen Beziehungen bedingt und nicht naturgegeben sind. In meinem Humor kommt das vielleicht nicht immer rüber, aber genau das ist die eigentliche Motivation dahinter.

Gibt es Ausdrücke, Schlagzeilen usw., die Dich tatsächlich aufregen oder die Du gefährlich findest?

Nicht unbedingt gefährlich, aber wie hieß der Typ nochmal, der ISIS interviewt hat ...

Jürgen Todenhöfer

Genau, Herr Todenhöfer. Da wurde ein Riesending daraus gemacht, dass er als «erster Journalist» ISIS interviewt hat. Was mich echt aufregt hat, war, dass man darum so ein Trara gemacht hat, dass er der erste westliche Journalist war, der mit ihnen gesprochen hat. Obwohl es so viel tolle Berichterstattung von Reporter*innen aus der Region gibt, schien es, als könne der erste verlässliche Bericht nur von einem westlichen Journalisten kommen. Wenn Glaubwürdigkeit so offensichtlich an den Westen gekoppelt ist, dann macht mich das sauer.

Stößt Du mit deiner Arbeit auch auf Kritik?

Es ist irgendwie seltsam: Ich werde zwar kritisiert, aber die Leute teilen ihre Kritik nicht direkt mit mir (*Jacht*). Da war zum Beispiel dieser krasse Postkolonialist, der meine Satire dekonstruiert hat ... Ich verstehe nicht ganz, warum die Leute das nicht direkt mit mir teilen. Manchmal schicken mir andere Leute dann Screenshots. Es ist irgendwie schade, dass Leute stundenlang Tausende Wörter über etwas schreiben, das mich eine halbe Stunde gekostet hat, und mich dann nicht einmal öffentlich damit konfrontieren.

Ich nutze in meiner Arbeit viele Stereotypen, aber ich mache das, um die Konstruktionsweise dieser Bilder und Stereotypen zu untergraben – dafür muss ich sie nun mal in meine Satire einbeziehen. Manche meinen, dass meine Arbeit diese Stereotype eher stärkt, als sie infrage zu stellen. Das kann man so sehen und ist auch legitim. Aber keiner hat mich dazu je direkt kritisiert – immer nur auf heimlichen Kanälen, was ich total absurd finde. Eine Zeit lang kursierte auf Twitter das bescheuerte Gerücht, ich würde für die CIA arbeiten und Satire sei das Opium des Volkes. Kein Witz, das haben die Leute ernst gemeint. Ihrer Ansicht nach zerstören Leute wie ich jede Grundlage für Solidarität und stehen der weltweiten Revolution im Weg. Sie sagen, mein durchweg satirischer Ton sei ein Fluch für den internationalen Arbeiterkampf.

Robert Fisk, Thomas Friedman – Was würdest Du solchen Experten mitgeben wollen, wenn Du ihnen mal im Aufzug begegnest?

Robert Fisk habe ich in den 90ern mal getroffen. Er hat irgendwelche US-Senatoren in Beirut herumgeführt. Ein ganz freundlicher Typ, der aber nicht gerade so wirkte, als sei er für Vorschläge offen. Dafür war er schon viel zu abgeklärt. Und ich glaube, so ähnlich ist es auch mit Thomas Friedmann, der so fest an seinen eigenen Bullshit über Globalisierung und nichtlineare Entwicklung und den ganzen Käse glaubt ... Sollte ich denen im Aufzug begegnen, würde ich sie eher mit einem One-Liner verspotten als ihnen irgendwelche Ansichten anzudrehen.

Welche drei Bücher empfiehlst Du uns als Gegenmittel zu stereotyper Berichterstattung?

Ich würde nicht ein bestimmtes Buch empfehlen, weil ich glaube, man braucht vielseitiges Wissen, um diese Zerrbilder zu entkräften. Aber gewisse Bücher kann ich aufgrund ihrer materialistischen Ansätze empfehlen. Zum Beispiel Theodor Hanf, ein deutscher Forscher, der eines der besten Bücher zum Bürgerkrieg im Libanon geschrieben hat: «Koexistenz im Krieg. Staatszerfall und Entstehen einer Nation im Libanon». Oder Hana Bata-tus' Buch zur Kommunistischen Partei Iraks.

Ich denke, ein wirkliches Mittel gegen die gesamte Schieflage ist der Materialismus. Jede Bemühung, Stereotype zu widerlegen, läuft sonst Gefahr, einem repräsentationellen Idealismus zu erliegen und die materiellen Wirklichkeiten auszublenden. Dann neigt man dazu zu sagen, «wir sind so toll und super» und landet wieder beim Essentialismus – egal, ob es sich nun auf den Nahen Osten oder Araber*innen oder Kurd*innen oder wen auch immer bezieht. Ich glaube, bewusste Anstrengungen, Stereotypen etwas entgegenzusetzen, können manchmal in sehr reduktionistische Perspektiven münden, die im Grunde nichts Materialistisches haben – und daher kontraproduktiv sind.

Daniel Walter ist Vorstandsmitglied bei dis:orient e.V. und freier Journalist. Er promoviert am Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF).

Karl Sharro, der libanesischer Satiriker ist hier besser bekannt als @KarlrMarks, u.a. für seine Tweets über den arabischen Raum und Stereotype in den Medien.

Übersetzung von Charlotte Thießen und Utku Mogultay für Gegensatz Translation Collective

Die internationale Hilfe greift zu kurz

«Wir müssen die Perspektiven unserer lokalen Partner*innen an die internationalen Geldgeber*innen herantragen»

Anna-Theresa Bachmann, Dr. Karin Mlodoch

Seit dem Aufstieg des Islamischen Staates liegt der Fokus der internationalen Geber*innen im Irak und der Autonomen Region Kurdistan verstärkt auf Traumatherapie und Resilienz-Maßnahmen. Die Psychologin Dr. Karin Mlodoch* von Haukari e.V. erklärt im Interview, warum dieser Ansatz zu kurz greift und wie ihr Verein stattdessen lokale Strukturen unterstützt.

Anna-Theresa Bachmann: Der Irak und die Kurdische Region Irak haben seit dem Vormarsch des Islamischen Staates (IS) und seinen Gräueltaten viel internationale Aufmerksamkeit erfahren. Nicht nur medial, auch durch internationale Hilfsgelder und Projekte in der Entwicklungszusammenarbeit. Was wird dort aktuell gefördert?

Karin Mlodoch: In der Region gibt es historisch gesehen viele übereinanderliegende Konflikte. Die internationalen Geber*innen fokussieren sich hauptsächlich auf die aktuellen. Während es früher um nachhaltige Entwicklung in Konfliktregionen und den Wiederaufbau ging, gibt es jetzt einen sehr starken Fokus auf Trauma und kurzfristig stabilisierende Resilienz-Maßnahmen.

Sie kritisieren diesen Ansatz. Warum?

Die Geldgeber*innen arbeiten hauptsächlich mit den Überlebenden von IS-Gewalt, Massakern und Versklavung. Das ist gut und richtig: Viele Projekte sind in der Situation dieser Menschen die ein-

zigen, in denen sie Ansprechpartner*innen und Trost finden. Aber das führt oft dazu, dass andere Konfliktbereiche und Gewalterfahrungen vernachlässigt werden und dadurch lokale Konflikte geschürt werden.

Außerdem sehen wir, dass Trauma immer mehr als eine Art Werkzeug inmitten von Krisen und Gewaltsituationen gesehen wird. Wir sind aber der Meinung, dass individuelle Traumarbeit begrenzt bleibt, wenn die Menschen in instabilen Lebenssituationen bleiben und man nicht gleichzeitig auch die Ursachen von Gewalt und Konflikten, sowie die gesellschaftliche Bearbeitung von Konflikten in den Mittelpunkt stellt.

Sie sprechen in diesem Zusammenhang von einer Bedeutungsverschiebung von Trauma und Resilienz durch das internationale Hilfsgeldersystem. Was meinen Sie damit?

Trauma ist ein Konzept, das unter anderem in der Arbeit mit Holocaust-Überlebenden, Überlebenden von Folter und Gefangenschaft in Lateinamerika und Überlebenden von geschlechtsspezifischer Gewalt entwickelt wurde. Das Traumakonzept sollte dazu führen, dass die psychologischen oder psychischen Wunden von Überlebenden Anerkennung finden und sie Zugang zu Entschädigung bekommen, Täter*innen strafrechtlich verfolgt und das Leid der Überlebenden anerkannt wird. Auch Resilienz war ursprünglich ein emanzipatorischer Begriff in der psychologischen Traumaforschung.

Inwiefern?

Das Resilienz-Konzept hat den Blick von der Defizitorientierung, Symptomorientierung und Pathologisierung auf Ressourcen und Empowerment von Überlebenden verschoben. Wenn man aber diese Begriffe in Kriegs- und Krisensituationen anwendet, in denen mitnichten physische, ökonomische Sicherheit, Perspektive, familiäre und soziale Unterstützung gegeben sind und man z.B. Traumatherapie in Binnengeflüchteten-Camps anbietet, wo die Leute nicht wissen, was mit ihnen morgen passiert, dann wirkt das, als sollten da Menschen einfach fit gemacht und psychisch gestärkt werden, um in diesen katastrophalen Lebensbedingungen auszuhalten.

*Wie kommt es zu dieser ständigen Fokusverschiebung vonseiten der Geldgeber*innen?*

Das ist sehr schwierig zu beantworten. Ein Punkt ist sicherlich, dass mit zunehmenden Krisen auf dieser Welt, mit komplexen ethnischen und religiösen Konflikten, aber auch mit der Tatsache, dass sich immer mehr Menschen nach Europa aufmachen, es ein Interesse daran gibt, dass die Leute vor Ort bleiben. Wir sehen das gerade sehr gut in Syrien und im Irak. Im Moment ist keine politische Lösung in Sicht. Also versucht man Krisenmanagement vor Ort zu machen, Gemeinden, Familien und Individuen resilient zu machen, um dort auszuhalten.

*Wie gehen die lokalen Partner*innen damit um, dass sie den Fokus ihrer Arbeit angesichts der wechselnden Agenden der internationalen Geber*innen ständig anpassen müssen?*

Viele kurdische Frauenorganisationen zum Beispiel, die seit Jahren überlebende Frauen von Gewalt unterstützen, haben in diesem Kontext nachhaltige und langfristige Schutz- und Beratungsstrukturen für Frauen aufgebaut. Mit diesen Strukturen leisten sie natürlich in der aktuellen Krisensituation, in der allein in der Kurdischen Region an die drei Millionen Binnengeflüchtete aus dem Irak Zuflucht suchen, auch Hilfe für Frauen in Geflüchteten-camps. Gerade in akuten Krisensituationen sind internationale Hilfsprojekte aber eher auf Nothilfe und kurzfristige Projekte angelegt. Kurze Laufzeiten verstärken den Stress der lokalen Projektpartner*innen, die ohnehin in belastenden Situationen arbeiten. Das steht der Entwicklung von nachhaltigen Strukturen vor Ort entgegen. Ein anderer Punkt ist, welche Art von Wissen im Rahmen des aktuellen Fokus auf Traumaarbeit vermittelt wird.

Und zwar?

In den letzten Jahren haben Frauenorganisationen in Kurdistan einen unglaublich reichen Erfahrungsschatz gesammelt, wie man inmitten von Krisensituationen mit Frauen arbeitet, die aus ihren Familien verstoßen werden, die stigmatisiert oder von Ehrenmord bedroht sind, und die nicht wie in Europa einfach in ein Frauenhaus gehen oder in einer anderen Stadt eine neue Existenz aufbauen können. Es gibt da viele interessante Wege, von Familien- und gemeindenaher Mediation, von einer Mischung aus rechtlichem und polizeilichem Druck.

Diese Ansätze kommen vielleicht nicht als akademischer Diskurs daher. Aber neben der Vermittlung von westlichem Traumawissen, das in sehr individuell organisierten Gesellschaften entstanden ist, sollte auch darauf geschaut werden, lokale Ansätze zu systematisieren und dass die Kolleginnen dort ihre eigenen Sachen selbstbewusster artikulieren und in die Debatte einbringen.

*Haukari nimmt dabei eine Doppelfunktion ein: Als Empfängerorganisation von öffentlichen Geldern und als Geber an die lokalen Partner*innen im Irak und Kurdistan, denen Sie auf Augenhöhe begegnen wollen. Wie kann das gelingen?*

Es geht darum, wie man die lokale Zusammenarbeit mit den Partner*innen gestaltet. Dass so viel über NGOisierung gesprochen wird, hat auch damit zu tun, dass die Bedingungen internationale Förderrichtlinien einzuhalten unglaublich komplex sind. Dass sie immer schon Zugang zu Sprache und Bildung voraussetzen und somit viele Gruppen schon von vornherein herausfallen. Wenn also in einer kleinen Jugendkulturgruppe in Kifri, wie wir sie unterstützen, niemand Englisch spricht, hat sie im Grunde keinen Zugang.

Man kann sich aber als internationale NGO auch so verstehen, dass man vor allem Räume schafft, damit Partner*innen die von ihnen selbst formulierten Bedarfe auch umsetzen können. Dass man sich als Brücke versteht zwischen den Bedingungen vor Ort, den von Aktiven vor Ort entwickelten Projektideen und den hiesigen Gebern. Warum sollen sie sich jedes Jahr mit wechselnden Antrags- und Berichtsformaten von internationalen Geber*innen auseinandersetzen, wenn wir hier total viel Erfahrung damit haben? Da können wir ihnen helfen Zugang zu bekommen.

*Aber ist das nicht schwierig? Immerhin sind die lokalen Partner*innen von Ihren Geldern abhängig und Haukari muss wiederum ihren Geber*innen Rechenschaft ablegen?*

Es wäre Quatsch zu behaupten, dass es keine Hierarchien gibt. Unser Anliegen ist, dass wir dieses «wir hier und die da» überwinden und wir stattdessen darüber sprechen, was unsere gemeinsamen Themen sind. Natürlich ist die internationale Hilfsindustrie in vielen Regionen dieser Welt Teil des Problems anstatt der Lösung. Aber es geht nicht darum, dass wir keine internationalen Fördergelder mehr annehmen. Es ist wichtig, dass wir die Perspektiven unserer lokalen Partner*innen an die internationalen Geldgeber bringen. Also dass wir Foren schaffen, in denen unsere Partner*innen formulieren können, was sie selbst wirklich brauchen.

Können Sie dafür ein Beispiel geben?

Im Oktober 2018 haben wir in Frankfurt zusammen mit verschiedenen Organisationen wie medico international und der Bundesarbeitsgemeinschaft psychosozialer Zentren für Folteropfer und Flüchtlinge eine Konferenz organisiert. Wir hatten Kolleg*innen aus elf Ländern eingeladen, aus Polen und Italien, aus dem Nahen Osten und Afrika. Dort haben wir darüber diskutiert, wie wir mit dem Schwerpunkt auf Trauma und Resilienz in der aktuellen Förderpraxis internationaler Geldgeber*innen umgehen. Das hat natürlich eine ganz andere Wirkung, wenn

diese Diskussion nicht nur im akademischen Diskurs hier in Deutschland, sondern zusammen mit den Partner*innen geführt wird. Wir können der Entpolitisierung von Konflikten durch internationale Hilfe nur transnational entgegenwirken.

Anna-Theresa Bachmann hat Nahostwissenschaften in Marburg, Lund und Kairo studiert. Sie absolvierte eine Ausbildung an der Reportageschule Reutlingen und arbeitet heute als freie Reporterin und Fotojournalistin.

Karin Mlodoč ist Vorstandsmitglied von Haukari e.V., einer deutschen NGO, die seit über zwanzig Jahren in der Kurdischen Region Irak tätig ist. Haukari unterstützt dort vor allem Frauenrechtsorganisationen wie das Frauenzentrum Khanzad in Sulaimania. Es bietet Rechtsberatung und Schutz für Frauen an, die aufgrund ihrer Gewalterfahrung aus dem sozialen Kontext herausfallen oder fliehen. Haukari finanziert diese Projekte durch Fördergelder vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), deutscher Stiftungen und Organisationen sowie Spenden.

«Wir müssen Politiken für eine gemeinsame Zukunft formulieren»

Interview über den «Flüchtlingsdeal» zwischen der EU und der Türkei

Gamze Kafar, Neşe Özgen

Am 20. März 2016 trat das «Flüchtlingsabkommen» zwischen der Türkei und der EU in Kraft – trotz massiver rechtlicher Bedenken seitens der UN, renommierter Völkerrechtler*innen und Geflüchteter selbst. Nach wie vor ist umstritten, ob die Türkei für Geflüchtete ein sicherer Drittstaat ist. Gamze Kafar sprach mit der Grenzregimeforscherin und Soziologin Prof. Dr. Neşe Özgen im März 2019 über die bisherigen Erfahrungen und weiterhin grundsätzliche Bedenken.

Gamze Kafar: Was genau wollten die EU und die Türkei mit der Unterzeichnung des «Flüchtlingsabkommens» erreichen?

Neşe Özgen: Die Hauptgrundlage des Flüchtlingsabkommens von 2016 war eine Regulierung des grenzüberschreitenden Verkehrs von Flüchtenden. Transitländer wie die Türkei, Griechenland und die Anrainer der Balkanroute sollten Hilfen und Unterstützungen bekommen, damit bessere Bedingungen für eine «Rückkehr» geschaffen werden können bzw. die EU-Länder die unregulierte Migration unter Kontrolle bekommen.

Wir haben gesehen, wie die beteiligten Vertragspartner die Entscheidung darüber, welche ausgewählten Geflüchteten/Sans-Papiers sie aufnehmen würden, jeweils auf nationaler Ebene treffen wollten, so dass sie qualifizierte, für das eigene Land nützliche Arbeitskräfte ansiedeln - und den Rest der Menschen, auf einige Länder verteilt, in Schach halten könnten. Das war das offensichtliche Ziel. Diese Politik hat aber nicht funktioniert und, wie Sie wissen, hat das UNHCR 2018 dazu aufgerufen, dass alle Länder zum Gemeinsamen

Europäischen Asylsystem zurückkehren mögen bzw. müssen. Ebenfalls 2018 wurde kraft eines neuen Abkommens beschlossen, dass Geflüchtete, die versuchen, in EU-Staaten anzusiedeln, an bestimmte Hotspots geschickt werden sollen – vorzugsweise Ägäis-Inseln und ein paar abgelegene Camps auf Mittelmeerinseln. Damit wird aber nichts besser, im Gegenteil: Die Geflüchteten werden jetzt gezwungen, noch isolierter, noch weiter ab von den Augen der Öffentlichkeit zu leben.

*Das UNHCR und viele Jurist*innen fanden, dieses Abkommen verstoße gegen das internationale Asylrecht. Was sind Ihrer Meinung nach die problematischen Seiten dieses Abkommens? Inwieweit wurden die Rechte der Geflüchteten bei der Projektentwicklung und Umsetzung überhaupt in Betracht gezogen?*

Dieses Abkommen schien sich spezifisch auf Geflüchtete aus Syrien zu beziehen. Dadurch wurde die Lage der Millionen von anderen Menschen, die ihre Heimat verlassen mussten, sei es aus afrikanischen Ländern oder aus dem Irak, Afghanistan, Pakistan usw., noch ungewisser und diese Gruppen unsichtbarer. Das Abkommen war auch Wasser auf die Mühlen einer rechten Strömung, die sagt, offensichtlich werden syrische Geflüchtete ganz besonders geschützt und können in den Ankunftsändern staatsbürgerliche Rechte missbrauchen. Fast überall auf der Welt sind gefährliche, rechte Tendenzen stark geworden, die sich auf Islamophobie, Xenophobie und die Annahme, die Alteingesessenen seien überlegene Menschen, stützen.

Diese Diskussionen schauen wir uns meist aus einem Türkei-spezifischen Blickwinkel an, aber wir sehen eigentlich, wie in der internationalen Literatur der Begriff des Fremden mit dem Begriff des Flüchtlings synonym wird. Die hohen Ausgaben für die Umsetzung des Abkommens haben nicht nur die Fluchtbewegungen nicht verhindert, sondern sind im Zusammenhang damit zu sehen, dass die gesamte Rhetorik in Bezug auf Flüchtlinge sich immer nur um Geld dreht. Die menschliche und ethische Dimension wird komplett ausgeblendet. Die Geflüchteten – die lebendigen wie die toten - werden je auf eine Zahl reduziert und immer nur auf ihr Flüchtlingsein. Die Versorgung der Wunden des Krieges ist eine Art kosmetische Charity-Leistung geworden, die auf die Schultern von ein paar NGOs abgewälzt wird. Die Geflüchteten haben kaum noch das Recht, sich selbst zu organisieren, ihre Berufe auszuüben und frei über ihre eigene Zukunft zu entscheiden. Ihr Status ist auch deshalb unsicher, weil die Politiken der einzelnen Länder so volatil geworden sind. Die ganze Welt spricht über den Krieg in ihrem Herkunftsland wie über eine Art Videospiel. Nur sie selbst nicht. Dass das «Flüchtlingsein» eine Folge dieses Krieges ist, scheint größtenteils schon in Vergessenheit geraten zu sein. Die hohe Zahl von Menschen, die sich aus afrikanischen Krisenherden auf den Weg macht, wird unsichtbar gemacht. Die großen Migrationsbewegungen in Asien werden ebenfalls als «Wirtschaftsflucht» eingeordnet, obwohl Menschen aus Ländern wie dem Sudan oder Afghanistan natürlich vor immer grausamer werdenden Regimen flüchten. Und noch völlig unklar ist, was mit den Millionen von Menschen werden soll, die in absehbarer Zukunft aufgrund des Klimawandels an einen anderen Ort ziehen müssen. Aber es gibt noch einen anderen Bereich, der völlig übersehen wird: Die Geflüchteten haben ihre eigene Wirtschaft geschaffen. Wenn zum Beispiel gut ausgebildete Menschen ihren eigenen Beruf nicht ausüben dürfen und stattdessen ohne Dokumente, ohne Arbeitserlaubnis und ohne Steuern zu zahlen arbeiten müssen, dann ist das auch ein Problem für die Gesundheits- und Bildungspolitik und die Technologieförderung der jeweiligen Länder. Gleichzeitig drücken diese Länder ein Auge zu, wenn es um die riesigen, illegalen Geldflüsse geht, die mit der undokumentierten Einreise von Menschen entsteht, von denen sie massiv profitieren. Gleichzeitig aber illegalisieren sie diesen Markt und kontrollieren die entstehende Schattenwirtschaft.

Für die Umsetzung des Flüchtlingsabkommens ist eine Summe von 6 Milliarden Euro vorgesehen.

Würden Sie sagen, dass diese Gelder hinsichtlich der Zielsetzungen des Abkommens sinnvoll eingesetzt werden?

Die Vertragspartner haben zwar teilweise die Freiheit, die Ausgabe der Mittel entlang innenpolitischer Prozesse für die jeweils als prioritär identifizierten Bereiche zu beschließen.

Es hat sich allerdings herausgestellt, dass die veröffentlichten Ausgaben der letzten Abrechnungszeiträume doch sehr stark unterschiedlichen Zwecken dienen. Da die EU-Länder hier überhaupt nicht koordiniert vorgehen, konnte zum Beispiel Griechenland beinahe seine gesamten Mittel für die Aufnahmeverfahren für Geflüchtete aufwenden, während andere Länder ganz andere Posten wie zum Beispiel Überwachungstechnologie, Grenzkontrolle, Unterbringung oder Ausbildungsprogramme für private Sicherheitsfirmen in den Vordergrund stellen konnten.

Wir sehen aber spätestens dann, dass die praktischen Politiken fehlerhaft sind, wenn Länder sehr viel höhere eigene Ausgaben haben als von der EU im Budget vorgesehen, ohne dass die irreguläre Flucht irgendwie begrenzt würde. Im Gegenteil, sind die Ägäis und das Mittelmeer zu Massengräbern geworden, während die rechten Regierungen der Länder an der Balkanroute das Thema Flüchtlinge für politische Hetze instrumentalisieren und einige Länder, darunter auch die Türkei, ihre Flüchtlingspolitik als eine Art Geiselpolitik umsetzen. Das kommt davon, wenn man Geflüchtete nur als Zahlen sieht.

Auf der anderen Seite ist dank der Geflüchteten ein ganzer Industriezweig entstanden – das *refugee business*. In der Türkei oder Griechenland zum Beispiel wird dieser Sektor sehr effizient dazu genutzt, hohe Geldbeträge an staatliche Behörden oder der Regierung nahestehende Firmen und NGOs zu kanalisieren. In beiden Ländern hat zum Beispiel das Militär Firmen gegründet, die an dieser Flüchtlingsindustrie sehr gut verdienen. Die Transitländer mit Meeresküsten investieren in die Küstensicherung, die anderen in Sicherheitssysteme für ihr spezifisches Terrain. Dabei werden zunehmend brutalere Interventionsweisen legitimiert – Grenzzaun, Stacheldraht, Abschiebung direkt von der Küste oder das tagelange Aufreiben eines Bootes auf offener See, Grenzwälle usw. Politisch werden auch informelle bis illegale Formen der Jagd auf Geflüchtete legitimiert, wie Bürgerwehren oder Banden, die Geflüchtete wieder zurücktreiben sollen. In Griechenland ist das *refugee business* für fast alle NGOs zu einem primären Beschäftigungsfeld geworden, und in der Türkei können die GONGOs (staatlich initiierte NGOs) je

nach Nähe zur Regierung beträchtliche Einnahmequellen generieren.

Wenn jetzt eine Geflüchtete aus Griechenland in die Türkei abgeschoben wird, werden deren Bedürfnisse irgendwie beachtet? Ist die Türkei ein sicheres Land für Geflüchtete?

Die Türkei macht leider bis heute eine Flüchtlingspolitik, deren ideologischer Boden in der Zeit nach dem 2. Weltkrieg entstand. Der Flüchtlingsstatus wird nur Menschen zuerkannt, die aus Ländern westlich von der Türkei kommen. Alle Menschen, die über die östlichen Grenzen in die Türkei kommen, sind noch immer Geflüchtete zweiter Klasse. Aber nach Ausbruch des Krieges in Syrien hat die Türkei in kurzer Zeit mehr als dreieinhalb Millionen Menschen aufgenommen – ohne ihnen jedoch einen Flüchtlingsstatus zu geben. Sie werden offiziell «Gäste» genannt und bekommen ein Dokument, von dem Ihnen niemand so genau sagen kann, was es denn eigentlich aussagt.

Ich spreche seit vielen Jahren über die Geflüchtetenpolitik der Türkei. Ich könnte gar nicht aufzählen, wie viele Rechtsverletzungen ich in den letzten drei Jahren beobachtet habe. Die Türkei hat bedauerlicherweise eine ethnisch und religiös diskriminierende Geflüchtetenpolitik geschaffen. Demzufolge sind akzeptable Geflüchtete sunnitisch und arabisch, insbesondere wenn sie aus bestimmten Gegenden Syriens kommen. Sie bekommen Zugang zu mehr sozialen Dienstleistungen als alle anderen. Es handelt sich um eine ausgewählte Gruppe von rund 300.000 von insgesamt 3,7 Millionen und dank der Behandlung, die sie erfahren, kann die Türkei ihre gesamte Flüchtlingspolitik als rechtschaffen verkaufen. Die anderen aber, also die Kurd*innen, die Alawit*innen, die Jesid*innen und andere Gruppen, werden auf den Straßen ihrem Schicksal überlassen und müssen in drittklassigen, nicht abgesicherten Jobs arbeiten, wo sie ausgebeutet werden ohne Ende. Sie werden zu einem gefundenen Fressen für den illegalen Arbeitsmarkt in der Türkei. Wir sind noch nicht einmal an den Punkt gekommen, wo wir diskutieren können, ob die Türkei für Geflüchtete ein sicheres Land ist, aber wir werden sehr bald darüber sprechen müssen: Angesichts der sich vertiefenden Wirtschaftskrise und der wachsenden Zahl der Arbeitslosen findet man bei den Massen und der Wählerschaft rechter Parteien diesen wutgefüllten Blick in Richtung Geflüchtete, über die ja immer gesagt wird, dass so wahnsinnig viel Geld für sie ausgegeben werde. Wenn die Regierung in allernächster Zukunft keine sofortigen politischen

und rechtlichen Sanktionen gegen die anschwellende Feindlichkeit gegenüber Geflüchteten verhängt, sondern den rechten Flügel frei gewähren lässt, dann müssen wir uns über eine Zunahme von Angriffen auf Geflüchtete wirklich Sorgen machen.

Sie haben als Professorin viel Feldforschung in der Türkei und in Griechenland betrieben welche Fortschritte gab es beim Flüchtlingsabkommen in den drei Jahren seines Bestehens?

Es ist kein Zufall, dass die Zeit seit 2016 für die meisten Migrant*innen voller schmerzhafter Erfahrungen gewesen ist. Wie gesagt, hat der Text des Abkommens wesentlich zum Inhalt, den Geflüchteten ihren Willen und ihre Initiative zu nehmen und zu verhindern, dass sie in dem Land, das sie erreichen, leben können. Außerdem wurden die bis 2011 von der EU verfolgten Bemühungen um ein integriertes Grenzmanagement, das die Handelsgrenzen der EU quasi in den Südosten der Türkei verlegt hätte, mit dem Abkommen von 2016 endgültig *ad acta* gelegt, womit sich die Grenzen der EU jetzt ganz klar an die Westgrenzen der Türkei verlagert haben. Genauer gesagt zieht die EU ihre Grenzen genau da hoch, wo die Türkei ihre Grenzen mit Griechenland und Bulgarien hat. In gewissem Sinne wird die Türkei damit zu einem Niemandsland. Das scheint aber nicht auszureichen, denn 2018 hat die EU ihre hohen Grenzzäune tatsächlich an die Grenzen zwischen Griechenland und Bulgarien und dem Rest der EU rückverlegt. Damit fällt die Türkei zurück in einen Status jenseits der Grenze und Bulgariens, viel mehr aber noch Griechenlands und die Ägäis, werden zu einem Niemandsland. Das Abkommen von 2018 schafft die rechtlichen Grundlagen dafür, dass die EU das grundlegende Menschenrecht auf Freizügigkeit und freie Wahl des Wohnorts komplett abschafft. Wir werden sehr bald ziemlich rapide sehen, wie negativ die Auswirkungen dieser Politik auf uns alle sein werden: Die Bevölkerungen der Türkei, Bulgariens und Griechenlands, die mit einem zunehmenden Druck durch Geflüchtete allein gelassen werden, denken leider immer stärker rechts, und die Geflüchteten selbst werden in isolierte Gegenden geschickt, wo sich unter ihnen das Gefühl verbreiten wird, dass die Zukunft ihnen etwas schuldig ist.

Wenn man das Abkommen auch als eine Gefahrenquelle für Geflüchtete betrachtet, was ist dann das Hauptproblem, auf das wir uns konzentrieren müssten?

Natürlich geht es in erster Linie darum zu fordern, dass Kriege beendet werden und militärische Besatzungen ein Ende finden, damit sich Länder nach ihren eigenen, inneren Dynamiken gestalten lassen. Wir brauchen aber auch mittelfristige Programme und Politiken. Wir haben tatsächlich stärkere und schnellere Migrationsbewegungen als je zuvor. Nicht nur in Richtung EU. Wenn wir auch die Fluchtbewegungen innerhalb Afrikas und Südamerikas, oder die Klimaflucht innerhalb Asiens bedenken, dann müssen wir alle neuen Gedanken und neue Politiken zum Thema Flucht entwickeln. Die dringendsten Forderungen von Geflüchteten – insbesondere von jungen Menschen, Kindern und Frauen – beziehen sich darauf, nicht an den Ort zurückkehren zu müssen, von dem sie geflohen sind. Wir wissen ja auch, dass Frauen, Kinder und junge Menschen sich am schnellsten mit dem Land identifizieren, in das sie kommen, und damit glücklicher sind als ältere Männer. Das Wissen, das wir schon haben, sagt uns also: mit Ausnahme älterer Männer werden Geflüchtete nicht wieder zurückgehen. An diesen Gedanken müssen wir uns ganz schnell gewöhnen. Demographischen Wandel und den Umbau eines Staates durch Flucht und Migration müssen wir ebenso wie die Einbeziehung von Vertreter*innen von Geflüchteten-Communities in Beschlussfassungsmechanismen der Länder in der Region einfach mitdenken. Wir brauchen eine neue Regionalpolitik. Ich denke, insbesondere Grenzlinien müssen einen Sonderstatus bekommen, so dass über ihr Schicksal regional entschieden werden kann.

Auf der anderen Seite sehen wir zum Beispiel, dass in der Türkei aufgrund der antidemokratischen Strukturen der letzten Jahre eine massenhafte Migrations- und Fluchtbewegung der eigenen Staatsbürger*innen eingesetzt hat. Aber auch Griechenland und Bulgarien leiden aufgrund der ökonomischen Gewalt unter einer rapiden Abwanderung ihrer qualifizierten Arbeitskräfte und müssen mit einem kleinen Staatshaushalt ein Bildungssystem bewerkstelligen, das sich mit Menschen auseinandersetzen muss, die neu sind, aus einem anderen Bildungssystem kommen und andere soziale und kulturelle Prägungen mitbringen. Wir müssen es zu einer Grundvoraussetzung unserer Suche nach Freiheit und staatsbürgerlichem Zusammenleben machen, mit dem Gefühl des Ge-

flüchteteins leben zu lernen. Ich sage nicht: mit Geflüchteten leben, sondern mit dem Geflüchtetein. Geflüchtete und Migrant*innen können dann in dem Land leben, in dem sie sich befinden, wenn sie nicht in alte Modi des Diasporischen und der sozialen Isolation verfallen, sondern in Politik und Alltag dieses Landes mitreden können. Dieses Recht muss ihnen sofort zugestanden werden und den neuen Staatsbürger*innen müssen die Grundlagen zu ihrer Selbstorganisation bereitgestellt werden. Insbesondere für die Themen Grenz- und Souveränitätspolitik wie auch für die Migrationspolitik müssen wir rationale und anwendbare Politiken für eine Zukunft formulieren, die wir letztlich alle miteinander teilen werden. Denn die Frage der Flucht und des Geflüchteteins ist eine so wichtige, dass wir sie nicht den Staaten überlassen dürfen. Sie bestimmt unser Schicksal als Bürger*innen.

Gamze Kafar arbeitete für die kurdische, ausschließlich mit Frauen besetzte Nachrichtenagentur JINHA, welche 2016 durch die türkische Regierung geschlossen wurde. Von 2015 bis 2018 berichtete Gamze Kafar über den Konflikt in Nordsyrien. 2018 zog sie nach Berlin und arbeitet weiterhin als Journalistin.

Neşe Özgen ist Gastwissenschaftlerin am Lehrstuhl für Balkan- und Orientstudien der Universität Mazedonien in Thessaloniki und Juniorprofessorin für Soziologie an der Mimar Sinan Universität der Künste in Istanbul sowie am Lehrstuhl für Politikwissenschaften der Galatasaray-Universität Istanbul. Sie hat ihr Studium in der Türkei absolviert und danach von 1993 bis 1996 als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Sheffield Hallam University gearbeitet. Ihre Forschungsinteressen umfassen qualitative und quantitative Erhebungsmethoden und Methodenforschung sowie Gender, Kapitalakkumulation und Staatsbürgerschaft in Grenzregionen. Konkret befasst sie sich mit den südöstlichen (Irak, Syrien), östlichen (Iran), nordöstlichen (Armenien, Georgien und Aserbeidschan) und westlichen (Bulgarien, Griechenland) Grenzen der Türkei.

Übersetzung und Lektorat von Oliver Kontny und Sebastian Heuer für lingua trans fair

Die Arbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Westasien

Als Stiftung, die der Partei Die Linke nahesteht und sich dem Denken und Handeln ihrer Namensgeberin, der Sozialistin Rosa Luxemburg, verpflichtet fühlt, engagiert sich die Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) in Deutschland und international für Frieden, Demokratie, soziale Gerechtigkeit und einen demokratischen Sozialismus.

Die RLS arbeitet seit vielen Jahren in und zur Region Westasien. Die Büros in Ramallah – mit Zuständigkeit für Palästina und Jordanien – und Tel Aviv – für die Arbeit in Israel – wurden in den Jahren 2008 bzw. 2009 eröffnet und gehören zur ersten Generation der Auslandsbüros der Stiftung. Im Jahr 2017 konnte die RLS mit dem Standort Beirut ein weiteres Büro in der Region etablieren, dessen Länderspektrum neben Libanon auch Syrien und Irak umfasst und darüber hinaus in kleinerem Umfang zu Iran, Saudi-Arabien, Jemen und Katar arbeitet. Die Türkei-Arbeit wird über die Stiftungszentrale in Berlin organisiert, einen eigenen Standort in der Türkei gibt es bislang nicht.

In Westasien kooperiert die RLS mit lokalen Organisationen, Initiativen und Einzelpersonen, die sich für die Gestaltung demokratischer, solidarischer und gendergerechter Gesellschaften einsetzen. Angesichts des erstarkenden Autoritarismus und den verheerenden sozialen, ökonomischen, politischen und ökologischen Folgen von Kapitalismus und Neoliberalismus zielen die Aktivitäten auf Selbstbestimmung, Teilhabe und Verantwortlichkeit. Grundlegend ist aus progressiver Sicht dazu eine solidarische Haltung, die bestehende Herrschafts- und Unterdrückungsverhältnisse überwindet und den Zugang zu Rechten und Gütern für ein selbstbestimmtes Leben für alle - überall auf der Welt ermöglicht.

Vor dem Hintergrund von Kriegen und Krisen in der Region, von Flucht- und Migrationsbewegungen sowie von weitreichenden Verarmungs- und Marginalisierungsprozessen zeichnen sich innerhalb der Gesellschaften zunehmend traditionale, konfessionelle und patriarchal geprägte Tendenzen ab. Auch vor diesem Hintergrund versucht die Stiftungsarbeit Akteure und Perspektiven zu stärken, die die Diskurse und Öffentlichkeiten mit progressiven Inhalten, Ansätzen und Forderungen beeinflussen (können).

Insbesondere in den letzten Jahren ist Westasien

aber auch von emanzipatorischen Bewegungen, Protesten und Aufbrüchen gekennzeichnet, die Aufmerksamkeit und Solidarität verdienen. Die Programme der RLS in den Ländern greifen diese Impulse auf und tragen zu ihrer Sichtbarkeit und Stärkung bei. Um emanzipatorische Stimmen auch in internationale Diskurse und Debatten einzubringen und gängige Stereotype in Form von Analysen, Texten und anderen Materialien zu durchbrechen, veröffentlicht die RLS seit einigen Jahren das Westasien-Dossier in digitaler Form (<https://www.rosalux.de/dossiers/westasien>). Ausgewählte Texte aus den letzten Jahren liegen nun in der vorliegenden Publikation vor.

Weitere Informationen und Kontakte zur Arbeit der RLS in Westasien:

RLS-Regionalbüro Palästina und Jordanien
<http://www.rosaluxemburg.ps/>

RLS-Länderbüro Israel
<https://www.rosalux.org.il/>

RLS-Regionalbüro Libanon
<https://www.rosalux-lb.org/index.php/en/>

Referatsleiterin Westasien / Referentin für Palästina und Israel:
Dr. Katja Hermann
katja.hermann@rosalux.org

Referentin für Libanon etc.:
Charlotte Tinawi
charlotte.tinawi@rosalux.org

Projektmanagerin für Israel und Palästina:
Juliane Drückler
juliane.drueckler@rosalux.org

Projektmanagerin für Libanon etc.:
Ulrike Lauerhass
ulrike.lauerhass@rosalux.org

Referent und Projektmanager für die Türkei:
Dominic Noll
dominic.noll@rosalux.org



**Ausgewählte Beiträge des Westasien-Dossiers
der Rosa-Luxemburg-Stiftung**

ISBN 978-3-948250-23-2

**ROSA
LUXEMBURG
STIFTUNG**